»Berlin ist eine Katastrophe« S. 3

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

Nr. 4 – 25. Januar 2014

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Gefangener der eigenen Pläne: Sigmar Gabriel treibt Stromkosten durch Ausbau der Erneuerbaren Energie weiter in die Höhe Bild: pa

Planlos gegen die Wand

Gericht: Atomausstieg 2011 nicht rechtens – nun drohen Milliardenklagen

Den meisten Medien war es nur eine Randnotiz wert, doch die von der Kanzlerin verordnete Abschaltung der Kernkraftwerke könnte den Staat 15 Milliarden Euro kosten. Doch das ist nur der Anfang.

Die Energiewende der Bundesregierung versinkt immer tiefer in ihren selbstproduzierten Fallen und Widersprüchen. Ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts hat für einen Donnerschlag gesorgt: Danach war der Hauruck-Ausstieg aus der Kernenergie, den Kanzlerin Angela Merkel (CDU) in einer Panikreaktion auf den Unfall in Fukushima 2011 anordnete, ohne Rechtsgrundlage. Der Betreiber RWE hatte gegen die Abschaltung eines seiner Werke geklagt und recht bekommen.

Es wird damit gerechnet, dass andere Betreiber wie EnBW und Vattenfall mit Klagen folgen werden. Laut Schätzungen drohen der öffentlichen Hand Schadenersatzzahlungen von bis zu 15 Milliarden Euro, weil die Politik die Verträge über die Laufzeiten der Meiler nicht eingehalten habe. Eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts wird indes nicht vor Mitte 2015 erwartet.

EnBW hat derweil angekündigt, das Abschaltverbot für wegen der Energiewende unrentabel gewordene konventionelle Werke anzufechten. Die Bundesnetzagentur hatte dem Konzern die Stilllegung untersagt.

EnBW argumentiert, dass die Kraftwerke nicht mehr wirtschaftlich seien wegen des Verfalls der Großhandelspreise für Strom. Diese sind (ganz im Gegenteil zu den Endverbraucherpreisen) massiv gesunken durch die gewaltigen Subventionen für Ökostrom. Ökostrom aus Wind- oder Sonnenenergie fließt aber nicht zuverlässig, weshalb für die „Grundlast“ auch beispielsweise mit Gas betriebene Werke am Laufen gehalten werden müssten. Da diese aber nur liefern dürfen und Einnahmen verzeichnen, wenn kein Ökostrom zur Verfügung steht, sind viele solcher Kraftwerke unrentabel geworden.

> Industriebetriebe werden aus dem Land getrieben

Der Netzagentur liegen 41 Anträge auf Stilllegung vor. Sollten sie stillgelegt werden, drohen indes gewaltige Stromausfälle bei Wind- und Sonnenmangel.

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) hat zwar angekündigt, den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu bremsen. Bei näherem Hinsehen aber bleibt von der Ankündigung wenig: So solle der Ausbau von Wind- und Sonnenenergie auf jährlich 2500 Megawatt „begrenzt“ werden. Laut „Handelsblatt“ aber wurde dieser Wert nur einmal, 2003, überschritten. Ansonsten habe er immer darunter gelegen. Folgerichtig soll auch laut Gabriel der Anteil der Erneuerbaren trotz der angeblichen Begrenzung weiterhin rasant steigen: von derzeit knapp 25 auf 40 bis 45 Prozent bis zum Jahr 2025. Bei dieser Steigerung muss die angepeilte Senkung der Ökostromvergütung von 17 auf zwölf Cent verpuffen.

Experten vermelden derweil Anzeichen dafür, dass deutsche Industriebetriebe eine Verlagerung von Produktionsstätten ins Ausland vorbereiten. Damit wäre das Desaster der Energiewende dann komplett.

Hans Heckel

JAN HEITMANN:

Wem vertrauen?

Die D-Mark, die Rente, die Lebensversicherung. Das waren Dinge, denen die Deutschen lange vertrauten. Die harte Währung gibt es nicht mehr, die Rente ist mittlerweile alles andere als sicher und die private Altersvorsorge längst ein Verlustgeschäft. Wem die Deutschen stattdessen vertrauen, geht aus der regelmäßigen Umfrage der Gesellschaft für Konsumforschung hervor. Bisher erzielten dabei sowohl der ADAC als auch die Stiftung Warentest Spitzenwerte. Beides quasi Synonyme für Seriosität, Glaubwürdigkeit und damit Vertrauenswürdigkeit. Doch damit ist es nun vorbei, nachdem der ADAC der Manipulation von Umfragen und die Stiftung Warentest unfairer Prüfmethoden überführt ist.

Dass Politiker auf der Skala der Vertrauenswürdigkeit an letzter Stelle rangieren, liegt vor allem an ihrem häufig zutage tretenden eigennützigen Machtstreben. Letztlich ist es nichts anderes, was zu den negativen Entwicklungen bei ADAC und Stiftung Warentest geführt hat. Ihre Bosse streben nach ständigem Bedeutungsgewinn und damit zumindest mittelbar nach der Ausübung von Macht. Bei dem Automobilclub kommt noch ein wirtschaftlicher Aspekt hinzu, denn er hat sich schon lange von seinem Kernauftrag entfernt. Dank zahlreicher auf Gewinn ausgerichteter Tochtergesellschaften ist er zu einem regelrechten Konzern mit Milliardenumsatz geworden.

Diese Fehlentwicklungen und der daraus resultierende Vertrauensverlust sind nicht allein für die ADAC-Mitglieder oder die Leser der Testzeitschrift alarmierend. Denn langsam stellt sich wohl jedem die Frage: „Wem oder was kann man überhaupt noch vertrauen?“

Tolerierte Staatsfinanzierung

Banken investieren EZB-Geld verstärkt in Anleihen ihrer Heimatländer

Stets begründet die EZB ihre dem Sparer schadende Niedrigzinspolitik damit, dass sie so die Konjunktur in den unter Rezession leidenden Südländern ankurbeln wolle. Doch alles spricht dafür, dass die EZB weiß, dass diese Strategie ihr Ziel nicht erreicht und sogar neue Gefahrenquellen schafft.

So beklagt die Zentralbank selbst, dass die südländischen Banken die günstig erhaltenen Gelder nicht in Form von Krediten an die Realwirtschaft weitergeben. Stattdessen, doch das wird bei der EZB nicht kritisiert, verwenden die Banken die Mittel dafür, gut verzinste Staatsanleihen ihres Heimatlandes zu kaufen. Dies geschieht der Rendite wegen, denn während für das EZB-Geld fast gar keine Zinsen gezahlt werden müssen, erhält man für italienische oder spanische Staatsanleihen vier und mehr Prozent. Zugleich finanzieren die Banken so aber auch die Staaten, von denen sie in den letzten Jahren im Rahmen von Banken- und Euro-Krise gerettet werden mussten. Denn im Falle einer Staatsinsolvenz droht ihnen so selbst die Pleite.

> EZB schafft so neue Gefahrenquelle

Da Staatsanleihen offiziell als risikofrei gelten, war es möglich, dass die italienische Unicredit italienische Staatsanleihen im Wert von 91,4 Prozent ihres Eigenkapitals hält. Spanische Kreditinstitute besitzen inzwischen 90 Prozent aller von Banken gehaltenen Anleihen Spaniens. Staatsfinanzierung nennt man dies, möglich gemacht durch die Niedrigzinspolitik der EZB.

Diese Fehlentwicklung will nun ausgerechnet der Chef der vom deutschen Staat geretteten Commerzbank, Martin Blessing, bremsen. So sollen ab 2019 Staatsanleihen schrittweise als Risikoanlage bewertet werden. Dies würde Kredite an die Realwirtschaft wieder attraktiver machen, doch eine Zustimmung der dank des Systems sich finanzierenden Regierungen ist ungewiss.

Bel

Die neuen Liberalen?

AfD-Beitritt von Henkel gibt der Partei neuen Auftrieb

Worüber in den Medien bereits seit der Gründung der Alternative für Deutschland (AfD) spekuliert wurde, ist seit dem 14. Januar 2013 Realität. Hans-Olaf Henkel, der ehemalige Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), ist der Euro-kritischen Partei AfD beigetreten. „Erst die unverantwortliche Euro- und Europapolitik aller etablierten Parteien und die Aufgabe liberaler Grundsätze in der Europa-Politik durch die FDP haben mich bewogen, in die AfD einzutreten“, so Henkel. Seine Ankündigung, er werde sich besonders in der Europapolitik für die Abkehr von Zentralismus, Gleichmacherei und Vergemeinschaftung von Schulden und für die Rückkehr zu Subsidiarität, Wettbewerb und Eigenverantwortung einsetzen, dürfte enttäuschte Unionswähler gleichermaßen anzusprechen, wie auch diejenigen, die an der FDP schon lange nichts Liberales mehr ausmachen können.

> Das Neumitglied ist Freund klarer Worte

Mit dem prominenten Neuzugang sind die Erfolgsaussichten für die AfD bei den 2014 anstehenden Wahlen deutlich gestiegen, doch eine Garantie für Wahlsiege hat die Partei damit noch lange nicht. Noch ist unklar, ob die parteiinternen Querelen in einigen Landesverbänden wirklich ausgestanden sind. Ein beachtlicher Teil der deutschen Medienlandschaft scheint im Fall der AfD zudem auf eine objektive Berichterstattung gänzlich verzichten zu wollen. Gelingt der AfD aber im Mai der Einzug ins EU-Parlament und kommen Erfolge bei den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg dazu, könnte es für die FDP schnell um die Existenz gehen. Henkels klare Ankündigung, er wolle seinen Beitrag leisten, der AfD ein „liberales Profil zu geben“, dürfte von enttäuschten FDP-Wählern ohnehin mit großem Interesse aufgenommen worden sein.

N.H.

MELDUNGEN

US-Kritik an ZDF-Dreiteiler

New York – Während der ZDF-Dreiteiler „Unsere Mütter, unsere Väter" in Deutschland überwiegend positiv bewertet wurde, erhält der nun in US-Kunstkinos auf fünf Stunden zusammengeschnittene Film in den Vereinigten Staaten niederschmetternde Kritiken. Der Film über den Zweiten Weltkrieg erinnere an die Propaganda der NS-Zeit, unterstellt beispielsweise die „New York Times". „Fünf Stunden Selbstmitleid" lästert wiederum eine Online-Media-Seite. Andere Kritiker hingegen haben auch Lob: „Auf bewundernswerte Art zeigt der Film, dass totalitäre Systeme alles korrumpieren, auch individuelle Verantwortung." Das ZDF bewertet die kontroverse Debatte in den USA positiv, denn schließlich zeige sie, dass der Film einen wichtigen Beitrag zur Auseinandersetzung mit dem Thema liefere. *Bel*

Zeman blockiert Regierung

Prag – Zwar ist Bohuslav Sobotka endlich offiziell neuer tschechischer Ministerpräsident, doch kaum ist der Sozialdemokrat im Amt, muss er sich einem Machtkampf gegen Präsident Milos Zeman stellen. Dieser gehört zwar der gleichen Partei an, ist jedoch mit den von Sobotka vorgeschlagenen Personen für die Ministerposten nicht einverstanden. Viele Tschechen bewerten Zemans Widerstand als unrechtmäßige Einmischung, denn bisher war es immer Aufgabe des Ministerpräsidenten, sich seine Regierungsmannschaft auszusuchen. Doch Zeman versucht schon seit Amtsantritt in der ersten Jahreshälfte 2013, die Befugnisse seines Amtes auszudehnen. Lange war er nach Aufdeckung eines Korruptionsskandales zulasten der alten Regierung für Neuwahlen und wollte lieber selbst eine Regierung aus Experten zusammenstellen, statt das Volk in vorgezogenen Neuwahlen entscheiden zu lassen. Nun blockiert er den Start der neuen Regierung. *Bel*

Von der Leistung abgekoppelt

»Mütterrente« entpuppt sich als eigentlich ungerecht – Kinderlose dennoch weiter privilegiert

Nicht nur die Summe, die Kinder durchschnittlich in die Rentenkasse einzahlen, liegt deutlich über der „Mütterrente". Auch wird nicht berücksichtigt, ob der Nachwuchs überhaupt in die Sozialversicherung einzahlt.

Ein Sprecher von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) hat Vorschläge barsch zurückgewiesen, die Leistung von Menschen (vor allem Müttern), die mit ihren Kindern die künftigen Beitragszahler aufziehen, über die beschlossene „Mütterrente" hinaus bei der Rente zu begünstigen. Die Bertelsmann-Stiftung hatte errechnet, dass die „Mütterrente", die künftig auch Eltern von vor 1992 geborenen Kindern zukommen soll, nur einen Bruchteil der Zusatzleistung ausgleiche, welche Eltern zuvor zugunsten der Kinderaufzucht hatten schultern müssen.

Im Schnitt erhalte eine Mutter im ganzen Leben nur 8300 Euro aus der neuen „Mütterrente", die pro Kind etwa 28 Euro mehr monatlich in den alten und 26 Euro in den neuen Bundesländern ausmacht. Dagegen aber erbrächte ein durchschnittlicher Beitragszahler 77000 Euro für die Rentenkasse. Und selbst wenn man alle von der Allgemeinheit finanzierten Leistungen für die Kinder wie Schule, Kindergeld, Universitätsausbildung und andere Familienleistungen abziehe, klaffe noch ein Loch von gut 50000 Euro pro Kind.

Dies, so die Kritiker der derzeitigen Rentenpraxis, benachteilige Eltern gegenüber Kinderlosen, was das Kinderkriegen nicht eben attraktiver mache. Der Sprecher des Nahles-Ministeriums aber sieht keinen Handlungsbedarf. Zur Begründung heißt es: Familienpolitik sei nicht Aufgabe der gesetzlichen Rentenversicherung.

Damit wiederholt der Sprecher einen historischen Fehler, den bereits der Vater der heutigen Umlagerente, Konrad Adenauer, beging. Auf die demografischen Risiken einer Rentenversicherung angesprochen, die darauf angewiesen sei, dass immer genügend junge Beitragszahler für alte Empfänger da seien, antwortete der Kanzler: „Kinder kriegen die Leute sowieso." Er sagte diese Worte nur gut zehn Jahre, bevor der „Pillenknick" seinen Optimismus widerlegen sollte.

Als der nun seit Jahrzehnten anhaltende Prozess unzureichender Geburtenzahlen einsetzte, war der greise Kanzler gerade gestorben. Was an der Äußerung aus dem Hause Nahles erschreckt, ist die Tatsache, dass die fatalen Auswirkungen zu geringer Geburtenraten auf die Rentenkasse längst spürbar sind. Dass Familien- und Rentenpolitik zwingend zueinander gehören, kann daher eigentlich niemand mehr bestreiten. Das Arbeitsministerium tut es trotzdem.

Die Autoren der Bertelsmann-Studie schlagen vor, Kinderfreibeträge nach dem Vorbild des Steuerrechts in die Rentenbeitragszahlung aufzunehmen. Damit müssten Eltern wegen ihrer Kinder weniger Beiträge leisten, ohne dass ihre Rentenansprüche dadurch geschmälert würden. Die

Selbstständige und Beamte zahlen nicht in die Rente ein

Lücke müsse durch Steuermittel gefüllt werden, die schließlich auch von Kinderlosen erbracht würden. Als andere Variante schlagen die Experten vor, ein Drei-Säulen-Modell aus Basisrente, Kinderrente und Sparrente einzuführen, um Eltern gegenüber Kinderlosen besserzustellen. Doch daraus wird vorerst nichts, es bleibt bei der Ausweitung der „Mütterrente". Diese aber wiegt die Mehrbelastung durch die Kinderaufzucht nicht nur zu einem sehr geringen Teil auf, wie in der Studie nachgewiesen. Sie birgt auch neue Ungerechtigkeiten.

Die „Mütterrente" fragt nämlich nicht, ob aus den Kindern überhaupt Beitragszahler für die gesetzliche Rentenversicherung geworden sind. Es profitieren auch jene Mütter, deren Kinder beispielsweise als Beamte oder Selbstständige keinen Cent in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. Ja selbst solche Mütter werden belohnt, deren Kinder lebenslang auf staatliche Transfers wie Hartz IV angewiesen sind und so nicht nur keine Beiträge entrichten, sondern der übrigen Gemeinschaft erhebliche Kosten abverlangen. Für die gesetzliche Rentenkasse aber ist aus der Erziehungsleistung der betreffenden Mütter kein Nutzen entstanden, weshalb es kaum zu begründen ist, wofür sie aus der Rentenkasse belohnt werden sollten.

Ein Ausweg aus diesem Dilemma könnte darin bestehen, einen Teil der Zahlungen eines Beitragsleisters direkt an die Rente der eigenen Eltern weiterzuleiten. Es wäre Sache des Staates (bei Beamten) und berufsständischer Versorgungwerke (bei Selbstständigen), ähnliche Direktzahlungen auch für ihr Klientel umzusetzen. Diese Lösung würde nicht bloß den wohl gerechtesten Ausgleich von Erziehungsleistung und Rentenbezug herstellen, sie wäre auch absolut demografiefest, denn die Mehrzahlung von Rente wäre direkt an die Leistung konkreter Beitragszahler gekoppelt.

Zudem vergisst das Bertelsmann-System Mütter, die zwecks besserer Kindererziehung zu Hause bleiben, denen nützen Freibeträge nichts. Ihre Leistung aber nützt der Rentenkasse ebenso wie jene der Berufstätigen, sofern die Kinder später Beitragszahler werden.

Doch diese Lösung dürfte noch weniger Aussicht auf Umsetzung haben als die Vorschläge der Bertelsmann-Stiftung. Dies liegt nicht allein an der Ignoranz der Entscheidungsträger, die aus den Worten des Nahles-Sprechers hervortritt. Solche wahrhaft leistungsgerechten Entwürfe haben auch deshalb kaum eine Chance, weil sie einem Solidaritätsbegriff widersprechen, der im Kern auf sozialistischen Vorstellungen fußt. Hierbei steht der Gleichheitsgrundsatz vor der Regel von (konkreter) Leistung und Gegenleistung, weshalb eine Mutter, die zwar viele Kinder, aber keinen einzigen Beitragszahler hervorgebracht hat, ebenso und aus dem selben Topf „belohnt" werden soll wie eine, deren Kinder Monat für Monat mit ihren Zahlungen den Topf füllen.

Hans Heckel



Gehört zu den Begünstigten der neuen Regelung: Ina, die Mutter des am 3. Oktober 1990 in die Geschichte als „Einheitsbaby" eingegangenen Jakob Bild: pa

Die Schulden-Uhr: Statistik wird geschönt

Der September wird für die Regierungen in Europa ein erfreulicher Monat werden, denn dann sinkt die Verschuldung der Länder mit einem Schlag. Deutschlands Schuldenstand wird dann statt wie derzeit 80 nur noch rund 76 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) betragen. Doch das liegt nicht daran, dass man weniger Schulden hätte, sondern an einer neuen Berechnung des BIP. In dieser werden ab dann auch Ausgaben für die Bereiche Forschung und Entwicklung, aber auch für den Kauf von Rüstungsgütern als Investitionen in die Zukunft verbucht. Die USA haben dies bereits im letzten Jahr vorgemacht und schon war deren BIP um drei Prozent höher, obwohl die Ausgangslage sich nicht geändert hatte. *Bel*

2.035.087.463.074 €

Vorwoche: 2.034.403.792.722 €
Verschuldung pro Kopf: 25.281 €
Vorwoche: 25.272 €

(Dienstag, 21. Januar 2014, Zahlen: www.steuerzahler.de)

»Schlimmer als Assad-Regime«

Al-Kaida auf dem Zenit der Macht – Andere Islamisten begehren auf

Zumindest wenn es um die flächenmäßige Ausbreitung geht, dann ist die Terrororganisation Al-Kaida so erfolgreich wie nie zuvor seit ihrer Gründung. Aktuell existieren in 35 Staaten Ableger von Al-Kaida. Nach über einem Jahrzehnt des 2001 von der US-Regierung ausgerufenen „Krieges gegen den Terror" ist dies ein verheerendes Ergebnis. In Syrien und Irak droht das Problem Al-Kaida, nun noch einmal eine völlig neue Dimension anzunehmen. Dort ist durch die Gruppe „Islamischer Staat im Irak und Levante" (ISIS) der Versuch angelaufen, einen Gottesstaat zu etablieren. Al-Kaida-Kämpfer haben dabei nicht nur das Machtvakuum im syrischen Grenzgebiet genutzt, sondern offenbar auch die Kontrolle über die irakischen Städte Ramadi und Falludscha übernommen. Als Kampfgebiet reklamiert der Al-Kaida-Ableger ISIS obendrein nicht nur den Irak und Syrien, sondern auch den Libanon, Jordanien sowie Palästina samt Israel. Das Endziel: ein islamisches Emirat von Bagdad bis an die Mittelmeerküste als Bedrohung Europas.

Tatsächlich könnten die aktuellen Erfolge von Al-Kaida aber auch den Niedergang der Organisation markieren. In fast allen Gebieten, in denen Al-Kaida-Gruppen die Kontrolle übernommen haben, zeigen sie sich überfordert, eine Herrschaft auch langfristig zu etablieren. Die Gruppen sind häufig bunt zusammengewürfelte Haufen mit Islamisten aus aller Herren Länder. Gemeinsame Basis ist eine extrem

Mittelalterliche Weltsicht stößt viele Bürger ab

fundamentalistische Sicht des Islams kombiniert mit einer starken Ignoranz gegenüber regionalen Besonderheiten und Traditionen der lokalen Bevölkerung. Exemplarisch kann der Fall Timbuktu in Mali gelten, wo ein Al-Kaida-Ableger bis Januar 2013 geherrscht hat. Die Landbevölkerung Malis war von den Islamisten derart terrorisiert worden, dass viele die Flucht durch die Wüste vorzogen.

Welche mittelalterliche Weltsicht die Al-Kaida-Kader der Bevölkerung mit Terror aufdrücken wollen, wird an absurden Details deutlich. Im lebensfrohen Mali kam es zu der Androhung von Hinrichtungen, falls jemand beim Spielen von Musik ertappt würde. In Somalia machten Islamisten der Bevölkerung klar, dass die Nutzung des Internets den Tod bedeutet. In Syrien verhängten ISIS-Rebellen wiederum ein Verbot für Friseurbesuche, denn der wahrhaft Gläubige würde nach ihrer Ansicht lange Barttracht tragen.

Dieser Fundamentalismus im Alltag verursacht inzwischen immer öfter Gegenreaktionen. In Syrien haben sich sieben selbst militant islamistische Rebellengruppen zusammengeschlossen, um gegen ISIS zu kämpfen. In einer Stellungnahme bezeichnen die Rebellen Al-Kaida als „schlimmer als das Assad-Regime". Im Irak hat die Einnahme der Stadt Falludscha durch ISIS-Kämpfer sogar dazu geführt, dass es zu einem Bündnis zwischen sonst verfeindeten Gruppen von Sunniten und Schiiten gekommen ist. Im Scheitern von Al-Kaida, eroberte Gebiete auf längere Sicht auch behaupten zu können, liegt nach Ansicht von Sicherheitsexperten auch eine neue Gefahr. Befürchtet wird, dass sich die Islamisten wieder verstärkt auf das verlegen, was sie wirklich beherrschen: auf Terroranschläge. *N.H.*

Störfeuer von Osten

Widerstand gegen Moldaus EU-Beitritt

Kaum hat die Republik Moldau das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union vereinbart, prasseln die ersten Störfeuer aus Richtung Osten auf die Regierung in Kischinau ein.

Russlands Verteidigungsminister Sergej Schojgu warf Moldau nach dem Besuch des US-amerikanischen Außenministers John Kerry vor, geheime Gepräche über einen Beitritt zur Nato geführt zu haben. Ins gleiche Horn blies der Chef des Mos-kauer Komittees für internationale Beziehungen, Alexej Puschkow, indem er behauptete, Moldau wolle in naher Zukunft Militärbasen für die Nato zur Verfügung stellen, vor allem Flugplätze im Süden und Norden des Landes. Für die USA sei es wichtig, solche Länder von Russland loszureißen und sie zur Zusammenarbeit mit der Nato zu drängen.

Kommunisten für russische Zollunion

Gegen den Kurs der EU-Integration machen in Moldau selbst neben den Kommunisten, die von 40 Prozent der Bevölkerung unterstützt werden, vor allem die autonomen Gebiete der Gagausen im Süden und Transnistrien östlich des Dnister mobil. Während Transnistrien sich 2006 für unabhängig erklärte und seitdem von Russland wirtschaftlich und militärisch unterstützt wird, wollen die Gagausen Anfang Februar ein Referendum durchführen, in dem die Menschen sich für einen Beitritt zur russischen Zollunion oder für die EU-Intergration entscheiden sollen. Moldau grenzt im Westen an Rumänien und ist an seinen übrigen Grenzen von der Ukraine umschlossen.

Welchen Druck Moskau ausübt, wenn es um die Verteidigung seiner Einflusssphäre im postsowjetischen Raum geht, hat jüngst das Beispiel der Ukraine gezeigt.

Rumäniens Präsident Traian Basescu, der neben dem Beitritt Moldaus zu EU und Nato eine Vereinigung mit Rumänien anstrebt, appellierte eindringlich an die EU-Kommission, mit Russland über das Problem Transnistrien zu verhandeln. Die instabile Situation der autonomen Gebiete innerhalb Moldaus, Transnistriens und Gagausiens könnte die Eurointegration der Republik Moldau ernsthaft gefährden.

M. Rosenthal-Kappi

Soziale Schieflage

Von Theo Maass

Über die Feiertage trifft man viele alte Freunde, für die man sonst wenig oder gar keine Zeit mehr hat. Mein Freund Tommy kommt aus dem Ostteil der Hauptstadt. Wir kennen uns seit 1986. Damals führte mich das Interesse am Fußball nach Ost-Berlin, und gelegentlich besuchen wir immer noch die Heimspiele des 1. FC Union in Berlin-Köpenick.

Mit den Jahren stellen sich die Zipperleins ein. Tommy litt vor Weihnachten am Ischias. In Berlin-Marzahn, wo er wohnt, besuchte er einen Orthopäden. Der zeigte wenig Lust, ihn zu behandeln. Fußbäder oder Hausmittel würden ihm schon helfen. Tommy war in seiner Bewegungsfreiheit über die Feiertage eingeschränkt. Aber er kennt das schon. Zum Quartalsende haben die meisten Ärzte ihr Budget aufgebraucht, das ihnen die Kassen vorgegeben haben.

Privatpatienten gibt es in dem DDR-Plattenbauquartier, in dem Tommy wohnt, kaum. Das war zu Beginn der 90er Jahre noch anders. In der Zwischenzeit aber haben die meisten, die es sich leisten können, die Plattenbauten verlassen. Tommy hatte Pech. Nach der Revolution ergatterte er zunächst einige besser bezahlte Stellen – dann nichts mehr. Das Amt hatte ihm später einen „Job" für 5,87 Euro in der Stunde aufgedrückt. Er bekam dazu ergänzende Leistungen und die Auflage, seine soziale Notlage durch Eigeninitiative, also beispielsweise Bewerbungen schreiben, zu verbessern.

„Wie soll ich das bloß machen", fragte er mich um Rat. „Bewirb dich doch als Personalchef beim Arbeitsamt", riet ich ihm lakonisch. Gesagt, getan. Das Amt war damit zufrieden, forderte ihn aber auch nie wieder auf, Bewerbungen zu schreiben. Bei meinem letzten Arztbesuch in meinem Wohnquartier in Berlin-Zehlendorf fragte ich meinen Orthopäden, ob er denn auch Kassenpatienten aus dem Ostteil der Stadt behandeln würde. „Na warum denn nicht", lautete die Antwort. Zu meiner Gegenfrage, ob er sich das denn leisten könnte, entgegnete er, dass ihm eine gesunde Mischung aus Kassen- und Privatpatienten ermöglichen würde, niemanden abzuweisen, der den Weg nach Berlin-Zehlendorf auf sich nehme.

Tommy fährt jetzt immer mit der S-Bahn nach Zehlendorf, wenn er gesundheitliche Probleme hat. Er hat inzwischen nachgedacht. Früher hatte er als Ex-Parteigenosse immer die SED gewählt. Später auch die SPD – abwechselnd nach Gefühl und Wellenschlag. Sein Herz schlägt nun mal links. Die Grünen konnte er als leidenschaftlicher Autofahrer noch nie leiden. „Lebensfremde Spinner", lautete sein Urteil. Aber nun findet er die Forderung nach der Abschaffung der Privatkrankenkassen, wie sie Linkspartei und SPD propagieren, Unfug.

»Berlin ist eine Katastrophe«

Auch CDU-Mitglieder kritisieren Frank Henkels Sicherheitsbilanz



Berlins Polizei wünscht sich mehr Unterstützung vom Innensenator. Doch Frank Henkel meint offenbar, seine Schuldigkeit getan zu haben: Der Senator bei einem Polizei-Einsatz im vergangenen Frühjahr

Bild: imago

Selbst nach zwei Jahren Amtszeit des Berliner Innensenators Frank Henkel (CDU) sind kaum Fortschritte bei der Kriminalitätsbekämpfung erkennbar. Auf einer CDU-Veranstaltung erklärt er jedoch, eine „Trendumkehr" sei erreicht. Das halten auch viele CDU-Mitglieder eher für graue Theorie.

Der Saal in der Berliner CDU-Geschäftsstelle ist voll besetzt. Das „Forum Sicherheit" und der Polizeiarbeitskreis der CDU haben zur Diskussion mit Innensenator Frank Henkel eingeladen. Thema: „Die innere Sicherheit – zwei Jahre Regierungsverantwortung der CDU." Henkel spricht zuerst über den Streit um das Flüchtlingslager am Oranienplatz.

Zuletzt gab es Schlagzeilen wie „Räumung des Camps ist vom Tisch", „Innensenator Frank Henkel mit dem Rücken zur Wand" oder „Wowereits Lehrstunde und Henkels Blamage". Dass er „als Tiger gesprungen und als Bettvorleger gelandet" sei, weist Henkel zurück. Für eine Räumung des Lagers benötige er zwingend einen Beschluss des Senats.

Diesen Beschluss hat er freilich nicht bekommen. „Wowereit hat Sie vorgeführt", ruft jemand aus dem Publikum. Henkel windet sich. Es sei ihm „nie signalisiert" worden, dass es ein Problem gebe, wenn wegen des Nichthandelns der grünen Bezirksbürgermeisterin von Kreuzberg, Monika Herrmann, ein Eingriff in die Bezirksverwaltung seitens des Senats vorgenommen werden müsse. Jetzt müsse er „zur Kenntnis nehmen", dass der „Koalitionspartner eine andere Haltung hat". Härtere Töne gegenüber der SPD vermeidet er. „Die Verantwortung", betont Henkel, „liegt nach wie vor beim Bezirk". Der Integrationssenatorin Dilek Kolat (SPD), die jetzt mit den Flüchtlingen verhandeln soll, drücke er die Daumen.

Der letzte Höhepunkt im Kasperletheater um den Oranienplatz ereignete sich am Freitag vergangener Woche, nach der Veranstaltung in der CDU-Landesgeschäftsstelle. Sechs Afrikaner vom Flüchtlingslager waren samt deutscher Begleiterin ohne Fahrscheine in der U-Bahn unterwegs – just zu einem Treffen mit Kolat. Hoch aggressiv griffen sie die Fahrscheinkontrolleure an – diese wurden laut Polizeimeldung „geschlagen, getreten und gebissen".

Als Polizei kam, griffen die Afrikaner auch die Beamten an, ein Polizist wurde von einer Afrikanerin gebissen. Ein 41-jähriger Nigerianer, der bereits als aggressiver Wortführer am Oranienplatz aufgetreten sein soll, legte sich vor den wartenden U-Bahn-Zug, er musste aus dem Gleisbett herausgeholt werden. Der U-Bahnverkehr war für 25 Minuten unterbrochen. Nichtsdestoweniger fand später das Gespräch bei Kolat statt.

Die politisch-korrekte Berliner Polizeipressestelle (die letztlich Henkel untersteht) erwähnte in einer langen Meldung über den Vorfall mit keiner Silbe, wer die Kontrolleure und Polizisten angegriffen hatte. Nur von einer „Gruppe von mindestens sechs Personen" war die Rede.

Bürger wagen keine Strafanzeigen gegen Araber

In seinem Vortrag bei der CDU beklagt Henkel, die Zustände in der ehemaligen Gerhart-Hauptmann-Schule in Kreuzberg, einem „selbstverwalteten Flüchtlingsheim", seien aus polizeilicher Sicht „noch dramatischer". Ex-Polizeihauptkommissar Karlheinz Gaertner moniert, aus dem Gebäude heraus würden massive Straftaten begangen. Henkel erwidert, wenn Straftaten bekannt würden, greife die Polizei „natürlich ein". Doch sei das Haus eine „bezirkliche Immobilie" und man habe es dort auch mit einem „extrem feindlichen Klima gegenüber der Polizei" zu tun.

Henkel betont, die CDU habe eine „Trendumkehr" bei der Stellenzahl im Sicherheitsbereich durchgesetzt. Im Vergleich zum Haushalt 2011 seien die Voraussetzungen für 584 zusätzliche Sicherheitskräfte bei Polizei und Feuerwehr geschaffen worden. Von den 350 Stellen im Polizeivollzug verspreche er sich viel, sobald sie besetzt seien.

Eine „Trendwende" sei auch bei der Zahl der Wohnungseinbrüche erzielt worden, hebt Henkel hervor. Im Vergleich zum Vorjahr seien sie um acht Prozent zurückgegangen. Genaue Zahlen liegen noch nicht vor. Der Vertreter der *PAZ* stellt gegenüber Henkel fest, auch bei einem Rückgang der Einbrüche um rund 800 Fälle – wie in Medien gemeldet – läge die Zahl immer noch höher als 2011, dem letzten Amtsjahr seines Amtsvorgängers Erhart Körting (SPD). 2011 gab es in Berlin 11006 Wohnungseinbrüche, im Jahr 2012 kletterte ihre Zahl auf 12291 Fälle. Henkel erwidert verschnupft, er befinde sich „nicht in einem Wettbewerb" mit seinem Amtsvorgänger.

Eine Dame fragt, warum nicht mehr Sicherheitskräfte in öffentlichen Verkehrsmitteln mitführen; sie habe Angst, dass ihre Kinder überfallen würden. Das langjährige CDU-Mitglied Helmut Bungardt erklärt, er höre ständig im Radio, „hier wurde jemand niedergestochen, dort wurde jemand erschossen". Was habe das noch mit Sicherheit zu tun. „Berlin", erklärt Burghardt, „ist eine Katastrophe".

Tatsächlich wurden allein in den vergangenen zwei Wochen drei Männer in Berlin auf offener Straße erschossen, täglich gibt es mehrere Messerangriffe. Burghardt berichtet, vergangenen Sommer sei er von einem Libanesen verprügelt worden, als er mit seinem Auto unterwegs gewesen sei. Als er bei der Polizei habe Anzeige erstatten wollen, sei ihm davon praktisch abgeraten worden, da der gegnerische Anwalt vom Gericht seine Adresse erführe. Jemand aus dem Publikum ruft: „Sogar die Richter haben Angst vor denen." Henkel schweigt dazu.

Michael Leh

Die Infrastruktur verfällt

Berlin: Einige Brücken schon gesperrt, 50 gelten als stark gefährdet

Die öffentlichen Einrichtungen Berlins bedürfen vielfach der Sanierung. Im Herbst schätzten die Bezirke allein bei den Schulen der Hauptstadt einen Investitionsbedarf von rund einer Milliarde Euro, unter anderem wegen kaputter Fenster, undichter Decken und defekter Toiletten.

Nun muss Berlin überraschend sieben Brücken wegen dringenden Sanierungsbedarfs sperren. Zuerst wurde die Freybrücke, eine der wichtigsten Havel-Querungen, für Autos gesperrt. Allein drei Buslinien sind davon betroffen.

Die Baufälligkeit von Teilen der Berliner Infrastruktur tritt somit noch vor den Schäden des Winters und zu einer Zeit zutage, in der die Politik den Bürgern stetig teurer werdende Bauprojekte erklären muss, allen voran Oper und Flughafen. Weitere Großprojekte wurden bloß vertagt – auf die Zeit nach 2016. Wie groß hingegen allein der Sanierungsbedarf beim Bestand öffentlicher Bauten und Straßen ist, hält die Politik weitgehend unter Verschluss. Dabei hat die Stadt im Fall der S-Bahn in den vergangenen Jahren das ganze Ausmaß des Verfalls bereits beispielhaft mit allen Folgen für das Leben der Metropole zu spüren bekommen.

Politik gibt lieber Geld für teure Prestigeprojekte aus

Rund 50 von 1102 Brücken gelten bereits als stark gefährdet und müssen gesondert beobachtet werden. Besonders betagt und ausbesserungsbedürftig sind die Potsdamer Brücke (Landwehrkanal) in Tiergarten, die Tegeler Hafenbrücke und der Egidysteg in Tegel sowie die Lindenhofbrücke in Pankow. An der Freybrücke war das Ende der möglichen Nutzung für jeden schon länger abzusehen, denn sie durfte nur noch mit 30 Kilometern pro Stunde befahren werden. Während die Kosten für die privaten Verkehrsteilnehmer durch Staus, Wartezeiten und fehlende Umleitungen ärgerlich sind und viel Zeit verschwenden, verschlingt auch die aufwendige Durchsetzung von Lastwagenfahrverboten durch Polizisten vor Ort Geld.

Für Berlins Wirtschaft sind längere Fahrzeiten für Lkw über die Jahre inzwischen zu einem die Produktivität einschränkenden Faktor geworden. Schon 2009 rechnete der Automobilverband ADAC laut Sprecher Michael Pfalzgraf für das Land Berlin vor: „Bis zu 450 Millionen Euro sind nötig, um die Straßen nachhaltig zu sanieren." Doch seitdem ist wenig geschehen. Berlins Politik hat die öffentliche Infrastruktur stattdessen weiter nachhaltig kaputtgespart.

SV

Geblendet und verzockt

BVG: Durch Spiel mit Finanzjongleuren droht Millionenschaden

Riskante Geschäfte aus der Vergangenheit drohen für das Land Berlin zu einem kostspieligen Abenteuer zu werden. In einem Prozess, der dieser Tage vor einem Londoner Gericht begonnen hat, könnten die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) im schlimmsten Fall zur Zahlung von umgerechnet 155 Millionen Euro verurteilt werden. Hintergrund der Klage der US-Großbank JP Morgan sind sogenannte „Cross Border Leasing"-Geschäfte, auf die sich die Berliner von 1997 bis 2002 eingelassen hatten.

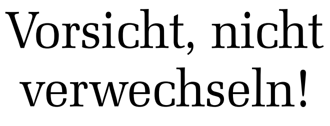
Im Zuge eines Steuersparmodells hatte die BVG an US-Investoren U-Bahn- und Straßenbahnwagen verkauft und anschließend zurückgemietet. Zunächst sparten die BVG dadurch Zinsen, und es brachte Geld in die Kasse. Teil des Handels war allerdings auch, dass die BVG in bestimmten Fällen Ausfallrisiken übernehmen mussten. Vorstand und Aufsichtsrat des Landesunternehmens BVG folgten im Jahr 2007 deshalb dem Rat von JP Morgan, die eingegangenen Risiken neu zu ordnen.

Aus Berliner Sicht entpuppte sich dies als Fiasko. Im Zuge der Risikovorsorge wurden hochspekulative Verbriefungen, sogenannte „Collateralized Debt Obligation" (CDO), gekauft, die sich im Zuge der US-Finanzkrise als „Schrottpapiere" entpuppten. Insgesamt übernahm die BVG im Zuge ihrer „Risikovorsorge" für 150 Firmen Kreditrisiken. Bereits 2008 waren sieben Unternehmen, für die das Landesunternehmen die Haftung übernommen hatte, in der Insolvenz. Die fortschreitende Finanzkrise führte zu weiteren Ausfällen, für die nach Ansicht der Großbank nun die BVG zahlen soll.

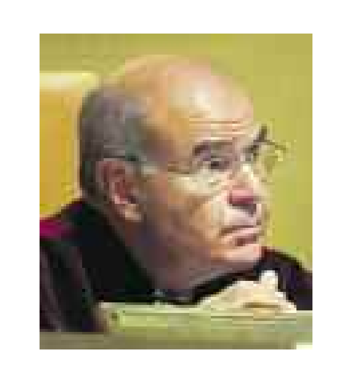
Riskantes Geschäft mit US-Großbank als Fiasko entpuppt

Teil der Verteidigungsstrategie der Berliner ist das Argument, man sei bei dem Geschäft falsch beraten worden. Ob das Landesunternehmen mit dieser Sichtweise bei den Londoner Richtern durchkommt, wird sich zum Prozessende erweisen, das erst in vier oder fünf Jahren erwartet wird. Aus der Schusslinie genommen sind mit der Verteidigungsstrategie „Falschberatung" erst einmal mehrere ehemalige Berliner Landespolitiker. Als 2007 die verhängnisvolle „Risikovorsorge" abgeschlossen wurde, war Thilo Sarrazin (SPD) Finanzsenator und Vorsitzender des BVG-Aufsichtsrats. Oberstes Gremium war im Fall der BVG allerdings die Gewährträgerversammlung, in der 2007 auch der damalige Wirtschaftssenator Harald Wolf („Die Linke") und Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) saßen.

N.H.



Zeitzeugen



Vassilios Skouris – In Juristenkreisen genießt der Präsident des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH) hohes Ansehen. Doch für die meisten EU-Bürger ist der 1948 in Thessaloniki geborene Grieche trotz seiner wichtigen Rolle in der europäischen Gesetzgebung ein Unbekannter. Über ein Jahrzehnt seines Lebens verbrachte Skouris in Deutschland. Sein juristisches Staatsexamen machte er an der Freien Universität Berlin, weitere Stationen waren Hamburg und Bielefeld, bis es ihn 1982 zurück in seine Heimat zog. Außer zweier kurzer Unterbrechungen als griechischer Innenminister widmete er sich dem Europarecht. 1999 wurde er von Athen nach Luxemburg entsandt, wo er seit 2003 Präsident des EuGH ist. 2012 wurde seine Amtszeit bis 2015 verlängert. Sein europarechtliches Werk sei durchdrungen „vom lebendigen Geist der Verantwortung um die gemeinsame Rechtsordnung der Europäischen Union“, hieß es 2010 bei der Vergabe der Ehrendoktorwürde der Juristischen Fakultät der Universität Heidelberg über Skouris.



Thomas von Danwitz – Seit 2006 ist der 51-Jährige Richter am EuGH. Er verdankt der CDU diesen Posten, die die Möglichkeit nutzte, die 2000 von der rot-grünen Koalition entsandte Ninon Colneric von dem Posten zu holen. Diese war der 2005 wieder an die Regierung gekommene Union zu gewerkschaftsnah und feministisch und die Union bestand darauf, den wirtschaftsliberalen von Danwitz an den EuGH zu schicken, der zwar keine Erfahrung als Richter hatte, aber sich im Europarecht an verschiedenen deutschen und französischen Hochschulen einen Namen gemacht hatte.

Juliane Kokott – Im Grunde hat die 57-jährige EuGH-Generalanwältin einen verantwortungsvolleren Posten als von Danwitz. Denn sie und die anderen acht Generalanwälte liefern den 28 Richtern eine Voreinschätzung der Fälle plus Empfehlung. Ihren Auslegungen des Europarechts wird zumeist gefolgt. Die sechsfache Mutter wurde von Rot-Grün entsandt.



Andreas Voßkuhle – Der 50-jährige Präsident des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG) hat mehrfach deutlich gemacht, dass sich seiner Meinung nach der EuGH zu sehr in Belange einmischt, die eigentlich Sache des BVerfG seien. In einem Interview rüffelte er im Rahmen des Kompetenzstreites sogar Vassilios Skouris.

Berlin blüht böses Erwachen

Armutszuwanderung: Da die Rechtslage Lücken aufweist, entscheidet nun der EuGH

Die Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU beziehe sich auf die freie Wahl des Arbeitsplatzes, aber nicht auf „die freie Wahl des Sozialsystems“, meint der CDU-Politiker Wolfgang Bosbach. Doch offenbar ist dies nicht so eindeutig geklärt.

Leerverkäufe, Vorratsdatenspeicherung, Rücktrittsrecht bei Lebensversicherungen und nun die Frage, ob EU-Bürger auch Anrecht auf die deutschen Hartz-IV-Leistungen haben – die Themenpalette, mit der sich der Europäische Gerichtshof (EuGH) auseinandersetzen hat, ist äußerst bunt und seine Urteile sind folgenschwer. Der EuGH überprüft nicht nur die Einhaltung vorhandener europäischer Gesetze, sondern setzt mit seinen Beschlüssen auch selber neue Maßstäbe. Wer sich nicht an das EU-Recht hält, das offiziell über der nationalen Gesetzgebung steht, der muss mit Strafen rechnen. Und das kann ganz schön teuer werden, wie bereits zahlreiche Unternehmen, aber auch Staaten wie Schweden, Irland, Spanien und Belgien erfahren mussten. Am Spektakulärsten war wohl die Entscheidung 2012, dass das US-Unternehmen Microsoft ein Rekordbußgeld von 860 Millionen Euro entrichten musste, doch auch der deutsche Energieversorger Eon, der Autobauer VW, die Telekom und der Pharmakonzern AstraZeneca mussten schon Strafen zahlen.

Und es ist keineswegs nur Deutschland, das voller Sorge bezüglich der Auswirkungen eines EuGH-Urteils auf die Sozialkassen und den Staatshaushalt blickt. Auch andere Staaten, die zu den Einwanderungsländern zählen, fürchten die Folgen. Schließlich gilt ein Urteil des EuGH nicht nur für das Land, aus dem der Anlass für die Entscheidung kam, sondern für alle EU-Staaten. Doch diese Tragweite scheint Brüssel nicht zu beeindrucken. So hat die EU-Kommission bereits in einem Leitfaden avisiert, dass sie zwar nicht generell für Sozialleistungen für arbeitslose Zuwanderer sei, jedoch eine Einzelfallprüfung befürworte. Und da der EuGH eine Institution der EU ist, ist fraglich, inwieweit die zuständigen Richter sich über diese Empfehlung erheben werden.

Hartz IV: Deutsche Besonderheit stärkt Zuwanderer

Immerhin ist der Leitfaden der EU-Kommission nicht bindend für deutsche Gerichte. Gegenüber der „Berliner Zeitung“ betonte zudem Frank Schreiber, Richter am Hessischen Landessozialgericht, dass die Debatte derzeit einseitig geführt werde. „Das ist kein Problem des Sozialrechts, sondern des Aufenthaltsrechts“, so der Jurist, der betonte, dass das EU-Recht es zulasse, zugewanderte Arbeitnehmer, die sich nicht um Arbeit bemühten und Sozialleistungen beantragten, auszuweisen. Dass dies möglich ist, belegte 2013 Belgien (siehe Seite 6), das ohne Kritik von Seiten Brüssels EU-Bürger des Landes verwies.

Doch es gibt auch zahlreiche Unstimmigkeiten bei der jetzigen Rechtslage. So erhalten illegal eingereiste Asylbewerber derzeit mehr Unterstützung von staatlicher Seite als legal ins Land zugewanderte, arbeitslose EU-Bürger. Zudem gilt Hartz IV als arbeitsmarktpolitisches Instrument und nicht als Sozialleistung. Es könnte also sein, dass diese von deutscher Seite vorgenommene Einstufung zum Bumerang wird, denn arbeitsmarktpolitische Instrumente passen in eine Rubrik mit der Arbeitnehmerfreizügigkeit. So monierten im Rahmen der Debatte mehrere Sozialrechtler, dass die deutsche Politik juristisch bisher überhaupt nichts dazu unternommen habe, eine für den EuGH unangreifbare Gesetzgebung zu schaffen, damit eine Einwanderung in den Sozialstaat verhindert wird. Nun könnte der EuGH mit seinem erst in einigen Monaten zu erwartenden Urteil diese deutsche Nachlässigkeit schwer bestrafen. *R. Bellano*

Vorsicht, nicht verwechseln!

Immer wieder kommt es angesichts der verschiedenen Gerichte auf europäischer Ebene zu Verwechselungen. So musste am 16. Januar der „Spiegel“ zum „Knopf im Ohr Urteil“ zuungunsten des deutschen Plüschtierherstellers Steiff einen Fehler einräumen: „In einer früheren Version des Artikels hieß es, das Urteil stamme vom Europäischen Gerichtshof (EuGH), dem höchsten EU-Gericht. Das ist nicht korrekt. In Wahrheit handelt es sich um das Gericht der Europäischen Union, das dem EuGH nachgeordnet ist.“ Die Verwirrung ist in diesem Fall nachzuvollziehen, auch weil sich beide Gerichte eine Internetseite teilen. Zudem ist es auch für Nicht-Juristen schwer zu durchschauen, was genau die unterschiedlichen Aufgaben der beiden Häuser sind, die beide zur EU gehören.

Klingen ähnlich: EuG, EuGH und EGMR

1988 wurde das Gericht der Europäischen Union (EuG) dem 1952 gegründeten EuGH zur Entlastung unterstellt. Auch hier sind 28 Richter tätig, jedoch keine Generalanwälte. Bürger der EU können hier Klagen einreichen, Mitgliedsstaaten und EU-Organisationen müssen sich jedoch gleich an den EuGH wenden, der auch Revisionsklagen gegen Urteile des Gerichts der Europäischen Union annimmt.

Gern wird der EuGH auch mit dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) verwechselt. Dieser sitzt allerdings nicht wie die anderen beiden in Luxemburg, sondern in Straßburg. Auch sitzen hier 47 Richter aus den Mitgliedsstaaten des Europarats. Dieser hat nichts mit der EU zu tun, auch wenn ihm die Länder Europas mit Ausnahme Weißrusslands und dem Vatikanstaat angehören. Auch Russland, die Türkei, Armenien, Aserbaidschan und Georgien sind Mitglied. Und wie der Name schon verrät, geht es hier nicht um Europa-, sondern um Menschenrecht. *Bel*



Hier werden für ganz Europa wichtige Entscheidungen getroffen: Kammer des Europäischen Gerichtshofes Bild: EuGH

Wer hat das letzte Wort?

EuGH und Bundesverfassungsgericht im Kompetenzstreit

Was die Richter des EuGH sagen, ist im wahrsten Sinne des Wortes oberstes Gesetz. Doch selten erhalten sie den Posten, weil sie die Qualifiziertesten ihrer Spezies sind. Oft sind sie das Produkt der jeweiligen Machtverhältnisse in den Hauptstädten ihrer Heimatländer. Ändern sich die dortigen Machtverhältnisse, ist ein Richter oft genug bei der nächsten anstehenden Amtsverlängerung um weitere sechs Jahre seinen Posten wieder los. Und auch wenn die 28 Richter und neun Generalanwälte nur in besonderen Ausnahmefällen mit Fragen und Klagen befasst sind, bei denen ihr Heimatland zu einer direkt betroffenen Partei gehört, so gilt EU-Recht stets für alle EU-Mitgliedsstaaten, womit stets eine indirekte Betroffenheit vorliegt.

Gleichzeitig sind die Richter auch Diener zweier Herren, denn berufen werden sie zwar von ihrem Heimatland, unterstellt sind sie aber der Europäischen Union, und die hat oft ganz eigene Interessen. Wer glaubt, dass diese Abhängigkeiten keine Rolle spielen, schließlich agiert ein EuGH-Richter auf Basis der EU-Gesetzgebung, der unterschätzt, wie viel Interpretationsspielraum auch juristische Texte bieten.

Schon alleine die Vielsprachigkeit am EuGH öffnet hier Tür und Tor für Interpretationen. Am EuGH und am Gericht der Europäischen Union in Luxemburg arbeiten zusammen rund 2000 Mitarbeiter. Fast die Hälfte davon sind

Unabhängigkeit der Richter ist durchaus relativ

Übersetzer, schließlich müssen alle Urteile in den 24 verschiedenen EU-Amtssprachen erfolgen. Interne Arbeitssprache beim EuGH ist Französisch, was vor allem immer wieder den Unmut osteuropäischer Mitglieder hervorruft. Oft ist es schon schwer genug, qualifizierte Europarechtler aufzubieten, wenn es um die Entsendung von Richtern, aber auch um die Verteidigung im Falle einer Anklage geht. Dass die dann auch noch die Spitzfindigkeiten der französischen Sprache beherrschen müssen, macht die Personalsuche noch schwieriger.

Am meisten stört es jedoch nationale Regierungen, Behörden und Juristen, dass der EuGH sich immer mehr in Themenbereiche einmischt, die lange als Einflussbereich der nationalen Gerichte galten. Während die EU vor allem in den Bereichen Wirtschafts- und Finanzrecht juristisch gestalten durfte, galten Sozial- und Arbeitspolitik als Sache der Einzelstaaten. Doch das hat sich inzwischen geändert. Der EuGH bewertet dies keineswegs als Anmaßung und Einmischung, sondern sieht dies als Folge der zunehmenden europäischen Integration.

Diese Entwicklung hat vor allem zum Konflikt mit dem deutschen Bundesverfassungsgericht geführt. Karlsruhe ist beispielsweise keineswegs bereit, in wichtigen Entscheidungen im Rahmen der Euro-Rettung Luxemburg das letzte Wort zu überlassen. Die Verfassungsrichter sehen das Grundgesetz als letzte Instanz an. Dem stimmt der EuGH nicht zu. Sollte Karlsruhe zu einem nicht genehmen Urteil kommen, könne man ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland einleiten, so der EuGH-Präsident Vassilios Skouris. *Bel*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Hans-Jürgen Mahlitz, Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@ preussische-allgemeine.de
anzeigen@ preussische-allgemeine.de
vertrieb@ preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **5689**

Das blutige Geschäft der DDR

Das sozialistische Deutschland zwang in den 80er Jahren Häftlinge zur Blutspende und beschaffte sich so Geld

Häftlinge in der DDR mussten arbeiten, auch die politischen. Dass sie vor allem für westliche Konzerne schufteten, ist inzwischen vielfach dokumentiert, vor allem von Ikea. Der schwedische Möbelproduzent ließ eine eigene Studie anfertigen, nachdem der Konzern Profite aus der Zwangsarbeit einräumen musste. Zu den beiderseitig profitablen Geschäften zwischen „Klassenfeind“ und „realem Sozialismus“ gibt es nun weitere neue Erkenntnisse der Stasi-Unterlagenbehörde. Die Fernsehsendung „Report Mainz“ deckte zudem am 14. Januar den Handel der DDR mit erzwungenen Blutspenden auf.

Demnach machten mehr Firmen in der Bundesrepublik Kasse mit Gefängnisware aus der DDR als bisher bekannt. „Report Mainz“ beruft sich auf die noch unveröffentlichte Studie der Behörde des Bundesbeauftragten für Stasi-Unterlagen und des Historikers Tobias Wunschik „Knastware für den Klassenfeind. Häftlingsarbeit in der DDR, der Ost-West-Handel und die Staatssicherheit (1970–1989)“. Neben Versandhändlern wie Quelle, Neckermann, Bauer und dem schwedischen Möbelhaus setzten nach neuen Erkenntnissen auch Aldi, Kaufhof, Karstadt, Woolworth und Schlekker auf die günstige Ware aus der DDR. Volkswagen ließ in den 1980er Jahren Scheinwerfer für den Golf in der DDR fertigen, die aus Häftlingsarbeit stammten, so „Report Mainz“. Schon früh hatten in den Westen gelangte oder freigekaufte DDR-Häftlinge den Verdacht, von ihnen gefertigte Waren würden im Westen verkauft. Inge Naumann, eine politische Gefangene im DDR Frauengefängnis Hoheneck, musste dort Strumpfhosen im Akkord nähen. „Die Zwangsarbeit war für mich menschenverachtend, das war Sklaventreiberei“, so Naumann, die von der extrem hohen Arbeitsnorm berichtet. Nach Entlassung in den Westen sah sie die Strumpfhosen bei Aldi für 68 Pfennig. In dem Buch „Hoheneker Protokolle“ aus dem Forum Verlag Leipzig berichten weitere Frauen von Zwangsarbeit in Haft. Umgerechnet rund 200 Millionen Euro setzte die DDR jährlich mit ausschließlich in Häftlingsarbeit Gefertigtem um, Mischware nicht mitgerechnet, so Historiker Wunschik.

Der Handel mit Blut indes ist eine neue Seite der systematischen Gefangenenausbeutung in der DDR. Laut Report geht aus Akten der DDR- Staatssicherheit (Stasi) hervor, dass Gefangene der Haftanstalt Waldheim zum Blutspenden gezwungen wurden. Rudolf Uhlig, damals Vize-Chef des DDR-Bezirksinstituts für Blutspende- und Transfusionswesen Erfurt, sagte „Report Mainz“, dass

> Krankenschwestern verweigerten Stasi den Dienst

Mitarbeiter auch Gefangenen der Haftanstalt Gräfentonna bei Erfurt Blutspenden abgenommen hätten. Ab Mitte der 1980er Jahre wurden so erzwungene Blutabgaben gängige Praxis: „Es hat sich dort sehr gelohnt“, so Uhlig. Rund 60 bis 70 Spender seien pro Besuch durch ihn und seine Mitarbeiter abgeholt worden. Die Spenden kamen demnach nur von den Häftlingen und das, obwohl sich das Personal teils weigerte, an dem schmutzigen Handel mitzuwirken. Aus den Stasi-Unterlagen geht hervor, dass die Blutspenden nicht freiwillig waren. Ein Spitzel berichtete der Stasi, dass Krankenschwestern sich weigerten, den Gefangenen Blut abzunehmen. Laut dem Bericht des inoffiziellen Mitarbeiters sagten sie, „die armen Strafgefangenen“ seien „doch sicher alle gezwungen worden“. Das Blut wurde vom Zentralen Exportbüro beim DDR-Ministerium für Gesundheitswesen in den Westen verkauft. Als Endabnehmer konnte bisher das Bayerische Rote Kreuz (BRK) identifiziert werden, das die Blutprodukte über einen Schweizer Zwischenhändler in der DDR erwarb.

Das BRK reagierte auf den Vorwurf mit einer Erklärung: „Diesen Bluthandel hat es tatsächlich gegeben – das ist nicht neu und wurde Ende der 90er Jahre bereits sehr intensiv von den Medien berichtet im Zusammenhang mit dem damaligen ‚Blutspendeskandal‘. Der Blutspendedienst des BRK hat diese Lieferungen jedoch sehr schnell wieder gestoppt – offenbar waren den damaligen Verantwortlichen selbst Zweifel gekommen!“ Wer etwas gewusst habe, sei heute nicht mehr nachvollziehbar, so das BRK.

Die Etiketten der Blutbeutel haben indes in den Stasi-Akten überdauert. Sie zeugen von dem Geschäft, das der Handel mit Blutkonserven bis heute bietet. 2009 berichtete die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom „Rohstoff Blut“. Blutkonserven seien demnach eine Handelsware, für die damals in Deutschland jährlich 500 Millionen Euro bezahlt worden seien: „Das Geld fließt vor allem an das Rote Kreuz“, stellte das Blatt fest. Fünf bis sechs Liter Blut waren demnach 2009 rund 1000 Euro wert, bei damals 4,7 Millionen Blutspenden im Jahr. Grund für diesen Markt ist vor allem der Spendermangel. Rund 15 Prozent der Deutschen spenden laut einer repräsentativen Umfrage der „Apotheken Umschau“ jährlich wenigstens ein Mal Blut. Laut Spendendiensten sind es noch weniger. Immerhin sind Blutspenden heute sicher – welche gesundheitlichen Tests und hygienischen Standards die DDR bei den Blutspenden im Gefängnis durchführte, bleibt offen. Der Bluthandel hingegen bietet auch heute noch in anderen Ländern lukrative Verdienstmöglichkeiten: Chinas Bauern beispielsweise spenden der Aufwandsentschädigung wegen, obwohl diese offiziell verboten ist – nur so können einige im Post-Sozialismus ihre Familie ernähren, wie der Sender „Arte“ 2012 dokumentierte.

Sverre Gutschmidt



Stasi-Haftkrankenhaus Berlin-Hohenschönhausen: Gab es auch hier Zwangs-Blutspenden? Bild: pa

MELDUNGEN

Aus der Kirche ausgeschlossen

Wiesdorf – Die stellvertretende Kreisvorsitzende der Partei „Pro NRW“ in Leverkusen, Maria Demann, wurde vergangene Woche einstimmig aus den Reihen ihrer Kirchengemeinde ausgeschlossen. Nachdem ein nicht genannt werden wollender Tippgeber den Superintendenten des Kirchenkreises Leverkusen, Gert-Renée Loerken, darüber informiert hatte, dass die in der Wiesdorfer Christuskirche mit Leitungsfunktionen betraute Demann Mitglied bei „Pro NRW“ ist, berief dieser eine Krisensitzung ein. „Polemik, Diffamierung und verächtlich machende Schmähung von politisch Andersdenkenden lehnt das Presbyterium als Mittel des politischen Diskurses ab“, so die Begründung. Demanns Parteifreunde sprechen von einer „Hexenjagd und einem Schauprozess nach DDR-Vorbild“. *Bel*

Petitions-Initiator muss gehen

Stuttgart – Nachdem der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann die Internetpetition gegen den neuen Landes-Bildungsplan als „religiös imprägniert“ bezeichnet hat und Gegnern fundamentalistische Einstellungen unterstellte, nahm der Druck auf den Initiator der Petition überhand. Gabriel Stängle sah sich gezwungen, von seinem Posten als Referatsleiter im Realschullehrerverband zurückzutreten, nachdem sich auch der Verband von seinem Engagement distanziert hatte. Dieser teilte mit, dass Stängles Unterschriftenaktion im Widerspruch zu den Vorgaben des Verbandes stünde. Für diesen sei der Bildungsplanentwurf, der das Thema „sexuelle Vielfalt“ beinhalte, kein Umerziehungsversuch, sondern entspreche den Richtlinien des Verbandes hin zur Achtung und Toleranz gegenüber Andersdenken. Stängles Engagement sei daher eine Privatmeinung. *Bel*

Stasi-Unterlagen im Visier

Bundeszentrale für politische Bildung für Auflösung der Jahn-Behörde

Geht es nach Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB), dann kann die Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (BStU) aufgelöst werden. Es bedürfe keiner Stasi-Unterlagenbehörde, die zugleich Anträge auf Akteneinsicht bearbeitet, eine eigene Forschungsabteilung unterhält und auch in der Bildung über die DDR-Vergangenheit aktiv ist. Krüger fügte hinzu, dass die Überprüfung der Mitarbeiter im öffentlichen Dienst und der Abgeordneten in Parlamenten durch einen Generationenwechsel nicht mehr im Mittelpunkt stehe, so dass das Bundesarchiv die Archivfunktion übernehmen könne.

Dabei kann von einem Generationenwechsel in Behörden und Parlamenten, wie ihn Krüger sieht, noch keine Rede sein. So beschäftigte die Thüringer „Linke“-Bundestagsabgeordnete Kersten Steinke nach Angaben des MDR bis 2013 einen früheren Stasi-Spitzel. Auch wenn Steinke nichts von der Stasi-Tätigkeit ihres Mitarbeiters gewusst haben will, sprach die Vorsitzende des Bundestags-Petitionsausschusses erst Ende Juli 2013 auf einer Versammlung der „Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR“, die für die Rechte von Ex-Stasi-Mitarbeitern kämpft.

Ebenfalls nicht schlüssig ist ein weiteres Argument Krügers, wonach die Aufarbeitung nach 1945 auch nicht zentral organisiert worden sei, sondern plural und zivilgesellschaftlich, so dass dies auch für

> Ist Aufdeckung von Stasi-Spitzeln nicht mehr wichtig?

die neuen Bundesländer im Falle der Stasi-Unterlagen angewendet werden sollte. Dabei sagte er 2012 noch in der Wochenzeitung „Das Parlament“, dass die Alliierten darauf gedrungen hätten, dass eine Erziehung zur Demokratie stattfinde.

Den Vorstoß Krügers kritisierte der kultur- und medienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Marco Wanderwitz ‚insoweit, dass der Zugang zu den Stasi-Unterlagen und ihre Erschließung für Opfer und Forscher sowie für die Aufarbeitung der DDR-Diktatur unerlässlich seien.

Es ist nicht das erste Mal, dass der Präsident der BpB in die Kritik gerät. So vertrat er wiederholt dezidiert linke Positionen. 2002 berichtete die „Welt“, dass dem linksextremen Internetforum „indymedia.de“ ein Online-Award verliehen worden war, der auf Initiative der BpB ausgelobt worden sei. Später wurde bekannt, dass die BpB die umstrittene Internetseite auch in der eigenen Jugendzeitschrift „fluter“ dargestellt hat, ohne auf die verfassungsfeindlichen Bestrebungen der Netzseitenbetreiber, wie sie von Verfassungsschutzämtern festgestellt werden, hinzuweisen. 2010 ermahnte das Bundesverfassungsgericht die BpB zu mehr Ausgewogenheit und rechtsstaatlicher Distanz, weil sie nachträglich eine Publikation mit einem Aufsatz des *PAZ*-Autors Konrad Löw eingestampft hatte. So dürfe die BpB eine behördliche Geschichtsinterpretation nicht als die einzig legitime oder vertretbare hinstellen. Der jetzige Bundesbeauftragte für Stasi-Unterlagen, Roland Jahn, stellte klar, dass die Akten des DDR-Geheimdienstes auch nach dem Übergang in das Bundesarchiv nach den Regeln des Stasi-Unterlagen-Gesetzes zugänglich bleiben müssten. Wie und in welcher Form die aus dem Stasi-Unterlagengesetz resultierenden Aufgaben des BStU fortgeführt werden, will die Große Koalition erst noch entscheiden. *U. Blode*

Ideologie statt Wissen

Baden-Württemberg: Attacken gegen den Bildungsplan

Noch ist es nur der Plan der grün-roten Landesregierung, an den Schulen Baden-Württembergs künftig über die „Vielfalt in der sexuellen Identität“ zu informieren, der Eltern im „Ländle“ auf die Barrikaden treibt. Tatsächlich könnte der Widerstand, den die Pläne des baden-württembergischen Kultusministers Andreas Stoch (SPD) entfacht haben, nur ein Vorgeschmack auf weitere Auseinandersetzungen sein. Das Vorhaben, den Schülern mit aller Macht „sexuelle Vielfalt“ näherzubringen, ist nämlich nur ein Teil eines größeren Projekts. Auch was sonst im Rahmen der „Bildungsplanreform 2015“ in Baden-Württemberg geplant ist, könnte noch auf Widerstand stoßen.

So soll künftig etwa ein neuer Fächerverbund „Naturphänomene und Technik“ – zusammengesetzt aus den Fächern Physik, Chemie, Biologie und Technik – flächendeckend in den Klassen 5 und 6 etabliert werden. Dass dies tatsächlich zu einer Stärkung der naturwissenschaftlichen Grundbildung führt, wie angekündigt, kann getrost bezweifelt werden. Sehr viel wahrscheinlicher ist, dass mit einem derartigen Fächer-Sammelsurium bestenfalls noch rudimentäre naturwissenschaftliche Kenntnisse vermittelt werden. Zumindest sprechen die Erfahrungen, die man bisher mit derartigen Versuchen gesammelt hat, für eine solche Befürchtung. „Es ist bedenklich, wenn man Biologie, Physik und Chemie in ein Fach ‚Naturwissenschaften‘ zusammenfasst ... Damit kommt die Vermittlung von Fachwissen eindeutig zu kurz. Die Grundlagen stehen nicht mehr im

> Schulen sollen lieber »Verbraucherwissen« und »Soziales« lehren

Fokus. Das ist politisch nicht gewünscht“, so Brigitte Balbach, Vorsitzende des Verbandes „Lehrer NRW“. Werden die Pläne zur „Bildungsplanreform 2015“ Realität, dann ist tatsächlich zu befürchten, dass Baden-Württemberg – bisher auch bildungspolitisch meist ein „Musterländle“ – früher oder später in die Liga von Bremen, NRW und Berlin abrutscht.

Abgerundet wird das Bild von Plänen zur Zurückdrängung naturwissenschaftlichen Unterrichts durch Versuche, zunehmend Fächer wie „Verbraucherbildung“ oder – wie in Baden-Württemberg geplant – „Alltagskultur, Ernährung und Soziales“ zu etablieren. Zu befürchten ist, dass es bei solchen Vorhaben mehr um unterschwellige Vermittlung rot-grüner Vorstellungen als um echte Wissensvermittlung geht. Auch der Hinweis auf eine politische Motivation für derartige Reformpläne ist nicht von der Hand zu weisen.

Deutschland kann für sich verbuchen, dass es einst das weltweit führende Bildungssystem hatte. Schaut man sich allerdings an, was dafür getan wird, diesem Status wieder etwas näherzukommen, bekommt man eher den Eindruck, Ziel der deutschen Bildungspolitik sei eine weitere Niveauabsenkung. Den anhaltenden Versuchen, Physik, Chemie und Biologie als eigenständige Fächer in einigen Bundesländern abzuschaffen, ist die Abschaffung des Staatsexamens für Lehrer vorausgegangen. Die fundierte Lehrerausbildung an Universitäten wurde durch Bachelor- und Masterstudiengänge an Pädagogischen Hochschulen verdrängt. Verschwunden sind ebenso renommierte Abschlüsse wie der Diplom-Ingenieur. Aktuell ist es eine andere, derzeit noch vorhandene Stärke des deutschen Bildungssystems, die angegriffen wird: Kehrseite der auf Druck der OECD stattfindenden Erhöhung der Akademiker ist die Schwächung der bewährten dualen Ausbildung. *N.H.*

MELDUNGEN

Rache für britische Pläne

Warschau – Bemühungen des britischen Premiers David Cameron, das Sozialsystem seines Landes vor negativen Folgen der EU-Freizügigkeit zu schützen, haben in Polen eine Diskussion über Vergeltungsmaßnahmen angefacht. Aus den Reihen der Bauernpartei, dem Koalitionspartner von Regierungschef Donald Tusk, hat der Politiker Jan Bury den Vorschlag gemacht, die in Großbritannien lebenden Polen sollten die britische Supermarktkette Tesco boykottieren. Im Fernsehsender TVN wurde wiederum die Möglichkeit angesprochen, die in Großbritannien wohnenden Polen zu einer Anti-Cameron-Kampagne bei den Europa-Wahlen zu mobilisieren. *N.H.*

Israel: Strafsteuer für Helfer

Tel Aviv – Mit Empörung reagieren mehrere politische Stiftungen aus Deutschland auf eine im Dezember bereits im israelischen Kabinett genehmigte Gesetzesänderung, laut der Zahlungen an kritische Nichtregierungsorganisationen (NGO) mit einer Strafsteuer in Höhe von 45 Prozent belegt werden sollen. In Israel und den palästinensischen Gebieten sind zahlreiche Organisationen aktiv, die jedoch nicht den Vorstellungen der israelischen Regierung entsprechen, diese oft kritisieren und daher auch oft als antisemitisch bezeichnet werden. Dieses Urteil teilen deutsche Stiftungen wie die der FDP angeschlossene Friedrich-Naumann-Stiftung, die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung und die Heinrich-Böll-Stiftung (Grüne) oft nicht. „Als einer Demokratie nicht würdig“, bezeichnet so auch Ralf Fücks von der Böll-Stiftung laut „Spiegel“ die neue Strafsteuer. Diese hat zur Folge, dass nur noch 55 Prozent der deutschen Steuergelder bei den NGO ankommen. *Bel*

Was die anderen dürfen

Belgien weist EU-Bürger aus, Bulgarien missachtet Grundsätze der Humanität und Südländer verkaufen Pässe

Allein dass hierzulande über mögliche Belastungen des Sozialsystems durch EU-Ausländer diskutiert wird, hat zu dem Vorwurf geführt, Deutschland bringe das EU-Recht auf Freizügigkeit in Gefahr. Tatsächlich sind es aber ganz andere EU-Staaten, die das Prinzip der Freizügigkeit aushöhlen.

Während in Deutschland hitzig die Frage diskutiert wird, ob arbeitslose EU-Ausländer Anspruch auf Hartz-IV-Leistungen haben, obwohl sie nie in die deutschen Sozialkassen eingezahlt haben, macht Belgien Nägel mit Köpfen. Es wirft EU-Ausländer sogar schon dann aus dem Land, wenn diese nicht mehr in die belgischen Sozialkassen einzahlen. Bekannt wurde diese Praxis quasi nebenbei, nachdem das Wirtschaftsblatt „Libre Mercado“ Zahlen zu Spaniern veröffentlicht hat, die aus Belgien ausgewiesen wurden. Demnach haben belgische Behörden im Jahr 2013 allein 323 Spanier aufgefordert, das Land wieder zu verlassen. Die Betroffenen konnten entweder keine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nachweisen oder aber das Studium war beendet. Ausweisungen scheinen sogar dann zu erfolgen, wenn sich EU-Ausländer in Belgien selbstständig machen.

Falls keine Scheinselbständigkeit unterstellt wird, wäre diese Praxis eigentlich ein klarer Verstoß gegen das EU-Niederlassungsrecht. Die Botschaft ist allerdings ohnehin eindeutig: Wer als EU-Ausländer nicht in die belgische Sozialkasse einzahlt, der kann gehen. Insgesamt haben 2712 EU-Ausländer 2013 die Aufforderung erhalten, Belgien zu verlassen. Hochgerechnet auf die Einwohnerzahl müsste Deutschland im Vergleich rund 20 000 EU-Bürger auffordern, wieder in Richtung Heimat zu ziehen – europäische Freizügigkeit hin oder her.

Es ist nicht nur das Vorgehen Belgiens bei Sozialleistungen für EU-Ausländer, das den Verdacht nahelegt, dass in der EU zweierlei Maß angelegt wird und Deutschland auf die Rolle des Buhmanns in der EU quasi abonniert ist. Nur wenige Wochen ist es her, dass Bulgariens Botschafter in Berlin die von der CSU angestoßene Debatte über Armutseinwanderung scharf kritisierte. „Wer Vorurteile bedient und populistisch argumentiert, schadet der europäischen Idee insgesamt und damit uns allen“, so Radi Naidenov in der „Welt“.

Ohne dass dies in den hiesigen Medien großartig ein Thema gewesen wäre, ist gerade im Fall von Bulgarien die Frage angebracht, wie das Land mit Menschen umgeht, die es offenbar nicht im Land haben will. Nicht die sonst stets wachsame EU, sondern das UN-Flüchtlingshochkommissariat UNHCR hat kürzlich davor gewarnt, dass in Bulgarien für Asylwerber ein großes Risiko bestehe, „inhumaner und entwürdigender Behandlung“ ausgesetzt zu werden. Zu den angeprangerten Missständen gehören die Verhängung von Haft statt Asylverfahren, Unterkünfte ohne Küchen und warmes Wasser, oder dass Asylbewerber nur auf private Initiative hin mit Essen versorgt werden. Das Vorgehen Bulgariens hat Rückwirkungen auf die gesamte EU: Besonders unattraktive Bedingungen führen in der Praxis dazu, dass Asylbewerber zusehen, in andere EU-Länder zu kommen.

Brüssels Reaktionen fördern Regelverletzungen

Sowohl Griechenland als auch Italien haben eine derartige Asylpolitik zulasten der anderen EU-Mitglieder lang genug vorexerziert und entsprechende EU-Vereinbarungen zum Asylrecht längst zur Makulatur werden lassen. Vom UN- Flüchtlingshochkommissariat steht die Forderung im Raum, dass andere EU-Staaten vorerst keine Asylwerber mehr nach Bulgarien zurückschicken sollen.

Macht das Beispiel weiter Schule, dürfte früher oder später die Frage im Raum stehen, ob man weiterhin auf Grenzkontrollen innerhalb Europas verzichten kann. Das Weiterreichen von Asylbewerbern ist dabei nicht das einzige Phänomen, das ein Europa ohne Grenzen zunehmend infrage stellt.

Gleich mehrere wirtschaftlich angeschlagene EU-Staaten haben mittlerweile den Verkauf von Staatsbürgerschaften als regelrechtes Geschäftsmodell entdeckt. Bereits ab Februar will Malta damit beginnen, 1800 Pässe zu je 650 000 Euro an Nicht-EU-Bürger zu verkaufen. Insgesamt will der 420 000-Einwohner-Inselstaat in den kommenden Jahren bis zu 20 000 neue Pässe auf den Markt werfen. Das Vorhaben geht allerdings nicht nur Malta etwas an. Die Pass-Inhaber haben das Recht, auch in alle anderen 27 EU-Staaten zu reisen, zu leben und zu arbeiten. Einmal in einem der EU-Mitgliedsland eingebürgert, besteht ein Recht auf volle Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit für die gesamte EU. Zwar versichert die Regierung in Valetta, Antragsteller würden extrem sorgfältig auf eine kriminelle Vergangenheit geprüft, zu befürchten ist aber, dass bei entsprechenden Geldsummen die Praxis weniger streng aussieht. Krisenstaaten wie Zypern, Spanien, Portugal, Irland und Ungarn verfolgen ähnliche Pläne wie Malta oder praktizieren bereits die Einbürgerung gegen Geld, den Kauf von Staatsanleihen oder Investitionen.

Noch einmal völlig andere Dimensionen droht das Thema Einbürgerung in die EU durch das Vorgehen Rumäniens anzunehmen. Dort haben die Behörden damit begonnen, gegen eine geringe Gebühr massenhaft Bürger des Nachbarlandes Moldau einzubürgern. Rumäniens Staatspräsident Traian Basescu erwartet bis zu 800 000 Anträge auf eine rumänische Staatsbürgerschaft. *Hermann Müller*



Mit zweierlei Maß: Während der bulgarische Botschafter bereits die deutsche Debatte über Armutszuwanderung entwürdigend fand, wurde nun bekannt, dass vor allem der Umgang mit Asylbewerbern in seinem Heimatland inhuman sei. Diese würden oft ohne Essen und Sanitäranlagen zusammengepfercht. Bild: interTopics

Attacken nehmen zu

Europa: Islamisten werden angriffsfreudiger

Was in Wolgograd geschah, ist nur der Anfang einer neuen Serie von Albträumen“, so lautet das Credo des belgischen Muslims Ilias Azaouaj. Der 22-Jährige wandelte sich vom gemäßigten Gläubigen zum leidenschaftlichen Gotteskämpfer, der sich jetzt von Syrien aus in einer Videobotschaft meldete und sich als Al-Kaida-Mitglied outete.

Die Islamisierung europäischer Einwohner schreitet ohne Zweifel immer weiter voran, wie auch die Geheimdienste verschiedener Länder einschließlich des deutschen Verfassungsschutzes bestätigen. Übergriffe auf die demokratische westliche Ordnung, vor allem in Belgien, Schweden und Großbritannien, explodieren geradezu.

Vor allem Schweden ist betroffen

Rund 17 000 überwiegend von jugendlichen Anhängern des Propheten begangene Sexualverbrechen verzeichnet das schwedische Statistikamt für 2013, außerdem 87 000 Anzeigen wegen gewalttätiger Attacken auf Christen des für seine Toleranz bekannten skandinavischen Landes sprechen eine eigene Sprache. Nach Hochrechnungen wird die Stadt Brüssel spätestens 2030 mehrheitlich von einer muslimischen Bevölkerung bewohnt sein. In England und Skandinavien existieren Schariagerichte und patrouillieren islamistische Sittenwächter nachts durch die Straßen. Muslime haben Stadtteile als „in ihrem Besitz“ erklärt. Immer wieder kommt es – auch in Deutschland – zu Kirchenschändungen und Attacken auf Gläubige selbst in den Gotteshäusern.

Die Politik zeigt sich blind, fordert weiter den Dialog und übersieht Fakten. Als Vorbild dienen den meist jugendlichen Islamisten die Verfolgungen in Ländern der Dritten Welt, so in Nigeria, Ägypten, Syrien und Indonesien, wo in den vergangenen Jahren mehr als 1000 Kirchen abgefackelt wurden.

Religiöse Hasspropaganda bleibt freilich nicht auf Moscheen beschränkt. Über Tonband ist sie am Basar, im Taxi und auch in Privathäusern allgegenwärtig. Die Islamwissenschaftlerin Rita Breuer meint: „Antichristliche Propaganda muss man in den meisten muslimisch geprägten Ländern nicht mehr hinter vorgehaltener Hand äußern, sie ist salonfähig und gehört vielerorts geradezu zum guten Ton.“ *J. Feyerabend*

Wie Werwölfe bei Vollmond

USA: Ex-Verteidigungsminister Robert M. Gates rechnet mit der politischen Elite ab

Einen Schock haben die soeben erschienenen Memoiren von Ex-Verteidigungsminister Robert M. Gates in Washington ausgelöst. Gerade passend zu den Zwischenwahlen in diesem Jahr und den beginnenden Vorbereitungen für die Präsidentschaftskandidatur 2016 enthüllt das Buch „Duty. Memoirs of a Secretary at War“ („Pflicht. Memoiren eines Verteidigungsministers im Krieg“) die Frustrationen des einstigen Pentagon-Chefs unter den Präsidenten George W. Bush und Barack Obama. In oft bitteren Worten kritisiert Gates das angebliche Missverhältnis des Präsidenten Obama zum Militär sowie die Inkompetenz des Sicherheitsstabs im Weißen Haus nebst Vize-Präsident Joe Biden. Auch spricht er von einer vergifteten Atmosphäre. Umgekehrt flammt Kritik an Gates auf. „Es ist höchst selten für ein Kabinettsmitglied, gar einen Verteidigungsminister, ein so feindseliges Porträt von einem amtierenden Präsidenten zu veröffentlichen“, so der renommierte Journalist Bob Woodward, der einst die „Watergate“-Affäre aufdeckte.

Der 70-jährige Gates hat seit US-Präsident Richard Nixon in unterschiedlichen Ämtern allen Präsidenten bis auf Clinton gedient. Er war zwei Jahre lang Verteidigungsminister unter George W. Bush und wurde, obwohl Republikaner, von Obama übernommen. 2011 trat er – gegen dessen Willen – offiziell aus persönlichen Gründen zurück. Seine Memoiren geben einen seltenen Einblick in das Weiße Haus. Er war beteiligt an Entscheidungen über den Irakkrieg, den Lufteinsatz in Libyen, das Vorgehen in Afghanistan und auch die Legalisierung von Homosexuellen im US-Militär, der höchst sensiblen Aufhebung der Regel „Don't ask, don't tell“.

Kritik an Obama steht im öffentlichen Interesse

Es war vor allem die Situation um Afghanistan, die ihn frustrierte. Mangel an Vertrauen zieht sich anklagend durch das ganze Buch. Der Ex-Pentagon-Chef beschuldigt Biden und den Nationalen Sicherheitsrat im Weißen Haus einer „ständigen aggressiven, misstrauischen und manchmal herablassenden und beleidigenden Infragestellung unserer militärischen Führer“. Das wurde für Gates zu einem großen Problem, während er versuchte, zwischen dem Weißen Haus und der militärischen Führung zu vermitteln.

Dies bringt Sarah Chayes, damals Assistentin des Leiters der Joint Chiefs of Staff im Pentagon und Afghanistan, auf die Palme. „Ich hätte zehn Jahre meines Lebens gegeben für eine halbe Stunde mit Präsident Obama“, schreibt sie in der „L.A. Times“, „um ihm Informationen zu geben, die er im Weißen Haus nicht bekam. Und Gates konnte ihn jederzeit erreichen. Warum hat er nicht, was ihm nicht passte, damals offen gesagt, anstatt alles frustriert in sich reinzufressen und sich heute zu beklagen? Er hat dem Präsidenten und dem Land schlecht gedient.“

Für Obama gibt es aber neben all der Kritik von Gates auch Lob. Privat fand dieser bereits 2010, dass Obama „sehr gedankenvoll und analytisch ist und zugleich äußerst entscheidungsfreudig. Wir haben sehr ähnliche Vorstellungen, mit der nationalen Sicherheit umzugehen.“ Doch Gates erkannte, dass Obama weitere 30 000 Soldaten nur ungern nach Afghanistan schickte, da er nicht wirklich glaubte, dass die Opfer seiner Soldaten etwas ändern würden. Auch spürte der Pentagon-Chef, wie sich sein Commander in Chief unbehaglich fühlte mit den beiden ererbten Kriegen und so dem Militär nicht traute, das ihm Vorschläge unterbreitete. „Als ich da saß“, beschreibt er ein Treffen im Weißen Haus, „dachte ich: Der Präsident traut seinem Kommandanten (Petraeus) nicht, er kann Karzai nicht ausstehen, er glaubt nicht an seine eigene Strategie und betrachtet diesen Krieg nicht als den seinen. Für ihn gibt es nur eines: Raus aus Afghanistan ... Er steht voll hinter seinen Truppen, nur nicht hinter ihrer Mission.“ Doch am Ende des Buches kommt er trotz allem zu dem Ergebnis: „Ich glaube, dass alle seine Entscheidungen richtig waren.“ Auch die ungemein riskante, Osama Bin Laden mit den Navy Seals zur Strecke zu bringen, anstatt, wie Gates und die Militärs empfohlen hatten, über einen Luftangriff auf das Haus.

Großes Lob hat Gates immerhin für Hillary Clinton, weniger dafür für den Kongress: „Privat können die Abgeordneten äußerst vernünftig wirken. Doch wenn in Sitzungen die Fernsehkameras aufblitzen, hat das die Wirkung vom Vollmond auf Werwölfe.“ Gates gibt zu, dass die Organisation von zwei Kriegen, wo Tausende von Amerikanern ums Leben kamen, seine Psyche unerträglich belastet hat und am Ende zu seinem Rücktritt führte. „Das Leben ganz oben ist kein Picknick“, schreibt er. „Die Leute hatten keine Ahnung, wie ich diesen Job hasste.“ *Liselotte Millauer*

Investition in die Zukunft der Menschen

Anders als in Deutschland wird das Geld aus den Exporterfolgen in Norwegen nachhaltig angelegt

Anders als zu den Zeiten der D-Mark haben viele Deutsche nicht mehr das Gefühl, dass sie selbst davon profitieren, wenn immer neue Exportrekorde vermeldet werden. Völlig anders sieht dies allerdings in Norwegen aus.

Es sind zwei sehr unterschiedliche Rekordzahlen, die zu Anfang des Jahres vermeldet wurden. Zum einen ist Deutschland abermals Exportweltmeister geworden. Nach Berechnungen des Münchener ifo-Instituts haben im vergangenen Jahr die deutschen Ausfuhren die Importe um rund 200 Milliarden Euro übertroffen. Noch vor China mit 195 Milliarden Euro und Saudi-Arabien hat die Bundesrepublik damit das weltweit größte Handelsplus eingefahren. Eher weniger beachtet wurde dagegen die Erfolgsmeldung einer anderen Exportnation. Nach Daten, die Norwegens Zentralbank Mitte Januar vorgelegt hat, wurde vom staatseigenen norwegischen Pensionsfonds erstmals das Volumen von 5,11 Billionen Norwegischer Kronen – umgerechnet 611 Milliarden Euro – erreicht. Im Schnitt entfallen damit auf jeden Bürger Norwegens rund 120 000 Euro. In landeseigenen Kronen gerechnet, hat der aus den Ölexporten gespeiste Staatsfonds – meist einfach „Ölfonds“ genannt – jeden Norweger zum Millionär gemacht.

Dass die Einwohner Norwegens laut „World Happiness Report 2013“ knapp hinter Dänemark die zweitglücklichsten Menschen auf der Welt sind, dürfte nicht zuletzt daran liegen, dass sich Exporterlöse des Landes ganz konkret auf das Leben der Menschen auswirken. Durch geschicktes Anlegen und stetigen Zufluss ist Norwegens „Government Pension Fund Global“ (GPFG) mittlerweile der größte Staatsfonds der Welt. Selbst Saudi-Arabiens Staatsfonds ist mit einem Volumen von umgerechnet rund 500 Milliarden Euro bereits um mehr als 100 Milliarden Euro kleiner als der Spitzenreiter aus Norwegen. Die Regierung in Oslo darf davon pro Jahr nur vier Prozent ausgeben, etwas mehr als der Fonds an Rendite abwirft. Ansonsten sind die Einnahmen des Fonds für schlechte Zeiten und zukünftige Generationen vorgesehen.

Mit dem, was jährlich an Erträgen entnommen wird, leistet sich Norwegen so manchen Luxus. Bauern erhalten etwa Subventionen dafür, dass sie Milchkühe in beheizten Ställen in Arktisnähe halten. Im ländlichen Raum wird so manche Busverbindung aufrechterhalten, die andernorts längst eingestellt worden wäre. Im Schnitt erhält jeder fünfte Norweger im erwerbsfähigen Alter obendrein irgendeine Form von Sozialleistungen.

> Staatsfonds verfügt über mehr Geld als Pendant aus Riad

Schaut man dagegen auf den Weltmeister des Exports, dann scheinen viele Deutsche immer mehr das Gefühl zu haben, dass sie selbst kaum von der Tatsache profitieren, dass deutsche Produkte in aller Welt so reißend Absatz finden. Die Steuer- und Abgabenlast ist hoch, während die öffentliche Infrastruktur wie Straßen und Schulen vielerorts zunehmend verfällt. Dies ist kein subjektives Empfinden. Auch unter hiesigen Wirtschaftswissenschaftlern herrscht seltene Einigkeit darüber, dass in Deutschland zu wenig investiert wird.

Im Widerspruch dazu steht ein anderer Befund: die anhaltenden Kapitalexporte Deutschlands. „Wir sind der größte Gläubiger der Welt“, so Volker Treier vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) gegenüber der „FAZ“. Die Unterschiede, wie die deutschen Leistungsbilanzüberschüsse im Ausland angelegt werden, sind im Vergleich zu Norwegen gravierend, nicht nur wegen des professionellen Agierens des nordischen Staatsfonds. Deutsche Ersparnisse werden mit ziemlicher Regelmäßigkeit in unglücklichen Auslandsinvestments à la US-Subprime versenkt, darüber hinaus gehen aber auch hohe Summen an die EU nach Brüssel. Seit dem Jahr 2008 fließen zusätzlich noch direkt oder indirekt hohe Summen in die Krisenländer der Euro-Zone.

Tatsächlich erklärt auch dies nur zum Teil, warum hierzulande die wiederkehrenden Meldungen über deutsche Exporterfolge oftmals nur noch gelangweilt zur Kenntnis genommen werden. Im Unterschied zu D-Mark-Zeiten spiegelt sich die deutsche Exportstärke nicht mehr unbedingt in steigender Kaufkraft der Bürger wider. Während in der Vergangenheit eine harte D-Mark für sinkende Importpreise sorgte, von der breite Bevölkerungsschichten profitierten, ist mittlerweile die künstliche Schwächung der Währung insgeheime Staatsdoktrin im Euro-Land. Fraglich ist, wie lange Deutschland dieses Verschenken und Abschöpfenlassen seiner Wirtschaftskraft noch durchhalten kann. Der inländische Investitionsstau wird sich irgendwann auch in nachlassender Produktivität auswirken.

Auch das oftmals dilettantische Agieren bei der Anlage der Leistungsbilanzüberschüsse wird sich künftig spürbar bemerkbar machen. Alternde Gesellschaften wie Deutschland sind darauf angewiesen, Überschüsse in der Leistungsbilanz aufzuweisen, um quasi als Gesamtgesellschaft im Alter Ersparnisse zur Verfügung zu haben.

Wie schnell der Schritt von einer Exportnation zu einem Nettoimporteur erfolgen kann, macht das Beispiel des ebenfalls überalterten Japan deutlich. Nach aktuellen Zahlen des Finanzministeriums hat Japan im November 2013 mit umgerechnet 4,2 Milliarden Euro das größte Minus im Außenhandel seit dem Jahr 1985 eingefahren. *Norman Hanert*



Lukrative Einnahmequelle: Der Mineralölkonzern Statoil ist das größte norwegische Unternehmen und gehört zu zwei Dritteln dem Staat
Bild: Bildagentur-online

MELDUNGEN

Investitionen statt Konsum

München – Deutschlands Überschüsse in der Handelsbilanz, die 2013 bei rund 200 Milliarden Euro gelegen haben, verärgern vor allem die US-Amerikaner, die ein Defizit von 340 Milliarden Euro aufweisen. Selbst im Handel mit China erzielte Deutschland im vergangenen Jahr ein Plus von drei Milliarden Euro – erstmals seit 1988. Diese deutsche Stärke würde das Ausland gerne geändert sehen, indem der deutsche Staat Lohnerhöhungen vorantreibt, die die Binnennachfrage und so den Import ausländischer Waren steigern. Doch abgesehen davon, dass Lohnerhöhungen hierzulande Sache der Tarifparteien und nicht des Staates sind, weist das Essener RWI darauf hin, dass von einem zusätzlich ausgegebenen Euro nur zehn Prozent in importierte Produkte fließen. Das Münchner ifo-Institut schlägt daher vor, dringend notwendige Investitionen endlich durchzuführen, da hiervon 30 Prozent in Anlagen und Maschinen aus dem Ausland fließen. *Bel*

Vereinheitlichung bei Bio-Produkten

Brüssel – Die EU-Kommission ist trotz stets kritisiertem Regulierungswahn erst jetzt darauf aufmerksam geworden, dass es bei dem Markt für Bio-Lebensmittel sehr uneinheitliche Standards gibt, die für die Verbraucher, aber auch Hersteller mehr als irritierend sind. So existieren in den Ländern der EU 63 verschiedene Importstandards für Bio-Produkte aus dem Ausland. Aber auch ökologische Waren aus dem EU-Inland werden derzeit noch recht lax reguliert. Wer bisher dachte, der Pestizid-Anteil in Bio-Produkten habe so niedrig zu sein wie bei Baby-Nahrung, der sieht sich enttäuscht. Nun sollen die Standards vereinheitlicht und die Kontrollen verstärkt werden. Kritiker befürchten jedoch, dass die EU vor allem mehr Verwaltungsaufwand für die Hersteller bewirken wird. *Bel*

Bargeldverbot hilft Staaten

Enteignung von Bürgern wird dadurch erleichtert

So offen wie bisher niemand sonst hat der Harvard-Ökonom Larry Summers klar gemacht, was man von den Verheißungen einer bargeldlosen Gesellschaft zu halten hat. Werden sonst regelmäßig Argumente wie Kampf gegen Geldwäsche, Kriminalität und Schwarzarbeit angeführt, so eröffnet Summers zufolge die Abschaffung von Bargeld die Möglichkeit, dass der Staat sich auf Kosten der Sparer effektiv entschulden kann. Kann künftig nur noch mit Karte bezahlt werden, ermöglicht dies Staat und Banken, Kontoinhabern zusätzliche Belastungen aufzuzwingen, ohne dass die Verbraucher noch auf Bargeld ausweichen können, so Summers.

Bei einem Vortrag vor dem Internationalen Währungsfonds (IWF) wurde der renommierte Ökonom erstaunlich konkret, was den Sparer droht, wenn Ersparnisse nur noch auf dem Konto angelegt werden können, während die Alternative Bargeld nicht mehr zur Verfügung steht. Staat und Banken könnten den Zinssatz deutlich unter Null drücken, durch Inflation würde jeder, der dann Ersparnisse auf dem Konto hat, jedes Jahr einen bestimmten Prozentsatz draufzahlen. Das Verfahren einer solchen schleichenden Enteignung ist unter Ökonomen als „finanzielle Repression“ bekannt. Die USA haben auf diese Weise in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg Schulden abgetragen.

Die vorgebrachten Überlegungen – eine Kombination der klassischen finanziellen Repression mit den Möglichkeiten einer bargeldlosen Gesellschaft – sollten durchaus ernstgenommen werden. Summers ist als Ökonomen kein Leichtgewicht. Unter US-Präsident Bill Clinton diente er als Finanzminister, unter Barack Obama galt Summers als ernsthafter Kandidat für den Posten des Notenbankchefs.

> US-Ökonom Summers benennt die Folgen

Auch der Anlass und Ort des Summers-Vorschlages – eine Forschungskonferenz des IWF im November 2013 – dürften kein Zufall gewesen sein. Der IWF unter der Leitung der Französin Christine Lagarde liebäugelt selbst mit entsprechenden Modellen, um Sparer zur Kasse zu bitten. Erst unlängst wurde in einem Arbeitspapier des IWF ein neuerlicher Testballon zur Sparerenteignung gestartet. Zur Gesundung der Euro-Zone haben Ökonomen einen „Schuldenverzicht der Gläubiger, höhere Inflation, Kapitalkontrollen und andere Formen einer finanziellen Repression“ vorgeschlagen. Im Kleingedruckten zur EU-Bankenunion ist die Heranziehung von Sparern zur Sanierung maroder Banken bereits enthalten. Ab dem Jahr 2016 werden im Ernstfall nur noch Bankeinlagen bis 100 000 Euro garantiert sein. Alles, was darüber hinausgeht, soll im Notfall zur Bankensanierung oder Abwicklung herangezogen werden können. Der Ausnahmefall „Zypern“ wäre damit künftig Standard.

In Europa könnte das Thema „Sparerenteignung“ auch noch aus einem anderen Grund schnell auf der politischen Tagesordnung stehen. Als Nachfolger für den jetzigen EU-Kommissionschef José Manuel Barroso ist neben anderen auch Lagarde im Gespräch. Nach Informationen der Tageszeitung „Die Welt“ soll Lagarde als Kandidatin für den EU-Chefposten einen entschiedenen Befürworter haben: den CDU-Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble. *N.H.*

Nur die Alten bleiben

Zuwanderung nach Deutschland kostet Griechenland die Zukunft

Seit nun bereits zwei Stunden sitzt Despina schweigend in der Geburtstagsrunde. Doch das liegt nicht daran, dass die 26-jährige Griechin ein schüchterner Mensch wäre. Ihr fehlen schlicht die Worte, genauer die deutschen, denn die ausgebildete medizinische Fachkraft gehört zu Tausenden jungen Griechen, die ihr Glück in Deutschland suchen. Derzeit lebt sie bei einer Deutschen, die sie im Urlaub kennengelernt hat und die sie unterstützt. Doch da Despina neben ihrer Muttersprache nur leidlich Englisch spricht, erweist sich die Jobsuche als schwer. In der Statistik taucht Despina zwar als Fachkraft auf – schließlich besitzt sie alle entsprechenden Abschlüsse, um als solche zu gelten –, doch die fehlenden Sprachkenntnisse machen eine Tätigkeit in ihrem erlernten Beruf unmöglich. Auch als Küchenhilfe findet sie keine Anstellung, denn selbst dort wird ein Grundwortschatz erwartet, und der beim Amt beantragte Sprachkurs beginnt erst im April und kostet zudem einen Eigenbeitrag von 150 Euro. Auf die Idee, sich anhand von Büchern und Computerkursen selbst die Sprache beizubringen, ist Despina allerdings noch nicht gekommen.

Menschen wie Despina werden allmählich auch für ihr Heimatland zum Problem. Auf den ersten Blick verringern die Auswanderer zwar die Zahl der Arbeitslosen, langfristig jedoch fehlen sie dem Land. Griechenland hat schon seit Jahren eine niedrige Geburtenrate, die schlechten Perspektiven aufgrund der Krise haben die Lust der Griechen auf Nachwuchs jedoch weiter reduziert, so dass in dem Land je Frau noch weniger Kinder geboren werden als in Deutschland oder Italien. Wer auswandert steht weder als Arbeitnehmer noch als Elternteil zur Verfügung, wenn es Griechenland irgendwann wieder besser geht. Und mit jedem Ausgewanderten sinkt die Chance auf eine Erholung. Denn neben einem überdimensionalen Schuldenberg drückt eine starke Alterung der Gesellschaft das Land. Der Altenquotient, der angibt, wie viele Senioren auf den Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung kommen, liegt derzeit bei 29,9 Prozent, im EU-Durchschnitt sind es 24,2 Prozent. 2050 sollen es sogar 57,5 Prozent sein. Hinzu kommt, dass hier die Zahl der Erwerbsfähigen, nicht der Erwerbstätigen berücksichtigt wird. Bedenkt man, dass die Arbeitslosigkeit in Griechenland bei 28 Prozent liegt, die der unter 25-Jährigen sogar bei 58 Prozent, dann ist die Lage schon jetzt mehr als brenzlig, denn auf 4,1 Millionen Rentner und Arbeitslose kommen derzeit gerade einmal 3,8 Millionen Erwerbstätige.

> Arbeitnehmer, aber auch zukünftige Eltern fehlen

Da aufgrund der schlechten Berufsperspektiven in den letzten fünf Jahren 150 000 griechische Akademiker das Land verlassen haben, 46 Prozent der Verbliebenen bereits konkret über eine Auswanderung nachgedacht haben, fragt man sich, wer denn einen künftigen Aufschwung des Landes anschieben soll. Qualifizierte Zuwanderer wird das Krisenland Griechenland kaum anwerben können.

Und Griechenland steht nicht allein vor derartigen Problemen. Vor allem Spanien leidet unter einer ähnlichen Entwicklung. So ist ein baldiges Ende der Euro-Krise auch mangels südländischer Steuerzahler nicht absehbar. *Bel*

Gefräßiger Krake

Von Rebecca Bellano

Im vergangenen Jahr hat der deutsche Staat vermutlich Rekord-Steuereinahmen von 620 Milliarden Euro verzeichnet. Da es 2012 rund 600 Milliarden Euro waren, entspricht dies einem Plus von gut drei Prozent. Angesichts dieser Entwicklung müsste man davon ausgehen, dass die deutsche Wirtschaft 2013 gut gewachsen ist. Doch als nun dieser Tage publik wurde, dass das Wirtschaftswachstum nur 0,4 Prozent betrug – ein Wert, der so niedrig ist, wie seit dem Rezessionsjahr 2009 nicht mehr – fragte man sich, wie der Staat bei einer so bescheidenen Entwicklung der Wirtschaft derart stark abkassieren konnte? Ein Blick auf die eigene Lohnabrechnung zeigte Arbeitnehmern, die sich 2013 über eine Gehaltserhöhung freuen konnten, dass der Staat hier oft überproportional zugegriffen hat. So kräftig, dass die Reallöhne der Deutschen im vergangenen Jahr gesunken sind.

All dies verstärkt das Gefühl, dass der deutsche Staat sich wie ein gefräßiger Krake ausbreitet. Wenn er das eingezogene Geld überwiegend sinnvoll nutzen oder wenigstens keine Schulden machen würde, wäre all das noch akzeptabel. So jedoch erhöht es den Frust der Bürger.

Falsche Vorbilder

Von Harald Tews

Gier ist gut.“ Mit dieser Aussage erntete der Finanzhai Gordon Gekko in Oliver Stones Kinofilm „Wall Street“ von seinen Zuhörern einst Applaus. Die Umkehrung der Moral, die Todsünden zu einem erstrebenswerten Ziel macht, breitet sich immer weiter aus. Als „Wall Street“ 1987 erschien, wollten alle so sein wie Gekko: lieber Arm ab, als arm dran. Wie selbstzerstörerisch die Gier nach dem großen Geld sein kann, ist gerade mit Scorseses „The Wolf of Wall Street“ in den Kinos zu sehen, wo Leonardo DiCaprio den Finanzbetrüger Jordan Belfort spielt, der ständig auf Droge ist (siehe Kritik S. 9).

Von einer abschreckenden Wirkung kann auch hier keine Rede sein. Man lacht mit diesem (Anti-)Helden, man bewundert ihn für seine Skrupellosigkeit. Gut möglich, dass jetzt alle so sein wollen wie Belfort: Taschendiebe. Aber nicht solche Kleinkriminelle, die sich mit ein paar Cent abgeben und Gefahr laufen, auf offener Straße von der Polizei gefasst zu werden. Sondern solche, die über die Anonymität des Internets Millionenbeträge aus ihren Opfern heraussaugen – und das oft in der Grauzone der Legalität.

Nachdem gesetzliche Regelungen betrügerischen Finanzspekulationen weitgehend den Riegel vorgeschoben haben, reiben sich die Internetbetrüger bereits die Hände. Die Abmahnwelle wie im jüngsten Fall um das Pornoportal „RedTube“, das zehntausende Deutsche wegen angeblicher Urheberrechtsverletzungen zur Kasse bittet, deutet an, wohin sich die Gier-Reise verlagert. Gewitzte Betrüger wie Gekko oder Belfort, die in Filmen aufs Heldenpodest gehoben werden, weil sie Rechtslücken im System zu ihrem Vorteil nutzen, werden jetzt schon im Internet als Vorbilder gefeiert.

Alimentierung fördert Faulheit

Von Hans Heckel

Der Zorn von Bayerns Finanzminister Markus Söder (CSU) ist nur zu verständlich. Offenbar hat der Freistaat 2013 4,3 Milliarden Euro in den Länderfinanzausgleich gezahlt, 14 Prozent mehr als im Jahr zuvor und damit mehr als die Hälfte des gesamten Topfes gefüllt. Neben Bayern standen nur noch Hessen, Baden-Württemberg und Hamburg auf der Zahlerseite, alle übrigen zwölf Länder haben Geld bekommen.

Und es dürfte noch krasser kommen. Nach neuesten Schätzungen wird sogar das reiche Hamburg demnächst auf die Nehmerseite wechseln. Deutlicher kann kaum zutage treten, dass das System des finanziellen Ausgleichs zwischen „starken“ und „schwachen“ Ländern längst aus den Fugen geraten ist.

Aber was wäre die Lösung? In fünf Jahren muss der Finanzausgleich verlängert werden. Dann will Bayern zuschlagen: Das „Stadtstaaten-Privileg“ zugunsten von Berlin, Hamburg und Bremen soll weg, schlechte und gute Haushaltsführung in den Ländern soll belohnt respektive bestraft werden und einen größeren Teil der Lasten Berlins soll der Bund direkt übernehmen.

> Bayerns Unmut über Finanzausgleich der Länder ist verständlich

An allen Stellen dürfte sich erheblicher Widerstand melden. Die Stadtstaaten argumentieren, dass sie ihren Bonus damit verdienen, dass sie Infrastrukturleistungen für ihr Umland erbringen, welche ausgeglichen werden müssten. Tatsächlich erhalten Metropolen innerhalb von Flächenstaaten ähnliche Privilegien auf Landesebene, auch München, wie sie die Stadtstaaten auf Bundesebene zugesprochen bekamen. Eine Lösung wäre die Änderung des Lohnsteuereinzugs: Pendler zahlen ihre Lohnsteuer ausschließlich am Wohnort. Eine Verschiebung zugunsten des Arbeitsortes würde das Stadtstaaten-Privileg womöglich überflüssig machen.

Sanktionen wegen finanzieller Schlamperei indes sind überfällig. Bislang werden gut wirtschaftende Länder bestraft zugunsten derer, die sich leisten, was sie sich nicht leisten können. Schließlich ist über den Status von Berlin ohnehin nachzudenken.

Frappierend ist, dass die Nehmerländer immer mehr, die Geber immer weniger werden. Eigentlich sollte der Ausgleich den Schwachen helfen, zu den Starken aufzuschließen. Offenkundig erzeugt er genau das Gegenteil. Grund: Wie jede bedingungslose Alimentierung untergräbt er Reformbereitschaft und Disziplin.

Um dem Problem zu Leibe zu rücken, müsste daher der gesamte Ansatz auf den Prüfstand: weg vom Glauben an Gleichmacherei und Dauersubventionierung, hin zu einem echten Wettbewerbs-Föderalismus. Dann würden auch Fragen nach überfälligen Länderfusionen, die heute kaum eine Chance haben, ganz anders beantwortet werden.

Der Länderfinanzausgleich ist offenbar kein Erfolgsmodell: Während die Zahl der Geberländer abnimmt, nimmt die der Hilfsempfänger zu. Seit einigen Jahren ist auch Nordrhein-Westfalen Nehmerland und auch Hamburg wird voraussichtlich die Seite wechseln. Bild: pa

Moment mal!

Bürger, wehrt Euch! Schreibt Briefe und Kommentare

Von Klaus Rainer Röhl

Und wieder sendet ihr mir viele Briefe / In denen ihr, dick unterstrichen / schreibt / Herr Kästner, wo bleibt das Positive? Ja, weiß der Teufel, wo es bleibt.“ Erich Kästner, der die NS-Zeit als Drehbuchschreiber für die Ufa überstand, hatte damals recht. Aber heute hat sich die Lage geändert. Wir – das heißt, die bisher nur schweigende, murrende, knurrende Mehrheit der Deutschen – haben heute eine ganz große Chance. Und auch schon, ohne dass die meisten von uns das wahrnehmen, lauter Erfolge. Wir, und nicht sie, die Ritter des Mainstreams, setzen plötzlich die Themen. Und darauf kommt es bekanntlich an, das weiß man spätestens seit 1968: Wer in der öffentlichen Diskussion die Themen besetzt, hat schon fast gewonnen, weil die anderen immer nur gezwungen sind zu reagieren.

Und in den letzten Wochen hat die Mehrheit der Deutschen ganz entschieden den Mund aufgemacht. Bei Befragungen, in Leserbriefen und vor allem im Internet. Eigentlich sollten wir stumm sein und aufgeben. Wenn wir nur unsere Tageszeitungen und Magazine lesen würden und die vorgestanzten, in die Nachrichten eingebetteten Kommentare auf dem Bildschirm sehen, die unablässig wiederholten Bekenntnisse von der ewigen Schuld der Deutschen oder wenn wir pausenlos das Wort „Klimakatastrophe“ ohne Anführungszeichen hören, als handele es sich um eine Tatsache. Die „Energiewende“, im Ausland weitgehend unbekannt, kommt ebenso frech wie selbstverständlich über die Lippen unserer Nachrichtensprecher wie „die Erneuerbaren“. „Deutschland braucht Zuwanderer“, heißt es zudem derzeit landauf und landab. „Wir brauchen qualifizierte Fachkräfte!“

> Medien und Politiker halten uns offenbar für blöde

Und da kommen, Gott sei Dank, soll man sagen, jetzt endlich die gut ausgebildeten und fleißigen Arbeiter aus Bulgarien und Rumänien.

Seid ihr so doof oder tut ihr nur so? Als handele es sich nicht um den wirklich einmaligen Vorgang, dass rund eine Million Zigeuner oder mehr in Bulgarien und Rumänien ihre Pappkartons packen und dahin fahren, wo es auch für nicht arbeitende Zuwanderer Wohnung, Kindergeld und Krankenversorgung gibt. Wenn sie ein Gewerbe anmelden und länger als drei Monate arbeitslos sind, können sie auch die Grundsicherung beziehen. Wer könnte es ihnen verdenken, wenn sie dieses einmalige Angebot nicht ausschlagen. Die sind doch nicht blöd. Nur wir waren blöd. Wir, die bislang nur stumme und den Zorn immer wieder runterschluckende Mehrheit der Deutschen, haben es viele Jahre hingenommen, dass es in vielen Städten überbordende Gewalt gibt, zum Beispiel in Hamburg, wo es die Rote Flora gibt, in die sich die Polizei gar nicht mehr reintraut, weil Beamte angegriffen und teils schwer verletzt werden, oder in Berlin, wo jahrelang und nicht nur am 1. Mai Tausende von Autos mit Benzin übergossen und angezündet werden, wofür der von den Tätern selbst einführte verniedlichende Ausdruck „Abfackeln!“ sich in den Medien eingebürgert hat.

Wir, die Mehrheit der Deutschen, haben bisher stillgehalten und nur gejammert. Oder geflucht: „Alles Mist, aber man kann ja nichts machen.“ Mit einem Mal ist das anders. Liegt es am Wetter, am Geburtstag Karls des Großen, oder ist das Fass einfach übergelaufen? Jedenfalls haben die Regierenden im Bund, in den Ländern und selbst in der EU-Bürokratie inzwischen gemerkt, dass es so nicht mehr geht. Dass sich überall Unmut rührt und sich auch nicht durch noch so aufwendige Späße wie „Deutschland sucht den Superstar“ und immer neue Koch-Shows ablenken lässt. Dann reagiert man. In Berlin wird die Polizeipräsenz verstärkt wegen „massiver Proteste der Bevölkerung“, in Hamburg wurden kurzfristig ganze Stadtbezirke zu Gefahrenzonen erklärt, wegen „großer Unruhe in der Öffentlichkeit“. Die meisten Deutschen, wollen keine Gewalt auf Berlins und Hamburgs Straßen mehr dulden. Wollen keine Umerziehung im Sinne der Gender-Ideologen an unseren Schulen. Keine Einwanderung in unser Sozialsystem. Selbst die EU-Bürokraten, die sich für die Aufnahme der Zuwanderer in das deutsche Sozialsystem eingesetzt hatten, rudern zurück. „So war es nicht gemeint“, sagte der EU-Sozialkommissar Laszlo Andor. Na also.

Ein großer Teil der wortreichen Rückzieher ist bereits eine Reaktion auf unseren Unmut. Die Herren des Mainstreams wissen mehr über die Volksstimmung, als sie öffentlich sagen. Allenfalls bedauern sie die „mangelnde Akzeptanz“ dieser und jener Maßnahme durch die Mehrheit.

> Das Internet bietet neue Möglichkeiten, seinen Unmut publik zu machen

So steht es um die Sache der Deutschen nicht schlecht, trotz der sozialdemokratisch beherrschten GroKo. Wir haben immerhin eine Partei, die nur halbwegs, aber eben doch halbwegs für unsere Interessen eintritt, die CSU. Und die „Bild“-Zeitung. Deren grell-bunte Bilder die meisten von uns nicht mögen. Aber auf Seite 2 stehen Kommentare und Meldungen, die, in einer Auflage von rund drei Millionen gekauft und vermutlich von elf Millionen gelesen werden. Wie letzte Woche der Kommentar von Hugo Müller-Vogg über das Unwort des Jahres „Sozialtourismus“: „Deutschland kann nicht das Sozialamt für halb Europa sein. Auch Solidarität hat Grenzen – und nicht nur finanzielle. Eines ist sicher: Davon, dass man Sozialtourismus nicht mehr Sozialtourismus nennt, verschwindet er nicht.“ Deutlicher geht es nicht. Dem Volk aufs Maul schauen, was schon Luther tat, und alles offen aussprechen, hat bei der Springerpresse freilich eine Grenze: Israel. Da ist das Maul plötzlich zu. Ähnlich wie bei dem viel besuchten anti-islamistischen Blog namens „Politically Incorrect“ (PI) hat der Mut eine Grenze, wenn es um Kritik an Israel geht.

Die guten Aussichten der Deutschen, Gehör und Beachtung zu finden, werden durch die kommenden EU-Wahlen verstärkt. Vor allem durch die bloße Existenz der Partei Alternative für Deutschland (AfD), die im Bundestagswahlkampf auf Anhieb 4,7 Prozent der abgegebenen Stimmen holte, sich als immun gegen Diffamierungen erwies und bei der EU-Wahl die Dreiprozent-Hürde überspringen wird. Vielleicht gibt es sogar eine Überraschung wie in Österreich, wo die ebenfalls Euro-kritische FPÖ fünf Monate vor den Wahlen mit 25 Prozent vor allen anderen Parteien liegt, anders als ihre Schwesterpartei FDP, die ratlos dahindümpelt. Die EU-Wahl könnte sich in eine Revolte der Wähler verwandeln. Davor haben die Hüter des Mainstreams eine Heidenangst.

Setzen wir ihnen weiter zu. Deshalb ans Werk! An die Leserbriefe, ans Telefon und ins Internet. Die Botschaft kann so einfach und deutlich sein, wie der ganzseitige Essay der „Welt“ vom 17. Januar mit dem Titel „Wickelt den Euro ab!“ Die gemeinsame Währung sei ein mutiges Experiment, das gescheitert ist, so die These. Es nun abzubrechen, wäre weniger verheerend als die Arbeitslosigkeit in vielen EU-Ländern.

Liebesgrüße aus Florenz

Die Renaissance zu Besuch am Rhein – Prächtige Ausstellung über die Medici-Stadt begeistert Bonner Publikum

Florenz weist ein reiches kulturelles Erbe auf. Hervorgebracht wurde es von Botticelli und Verrocchio, Michelangelo und Leonardo da Vinci, Dante, Vasari und vielen anderen Malern, Bildhauern, Architekten, Ingenieuren und Schriftstellern. Die Bonner Bundeskunsthalle feiert sie mit einer an Höhepunkten reichen Schau.

Ausgerechnet eine Dichtergröße, die Florenz fluchtartig verlassen musste, empfängt die Besucher am Eingang zur Ausstellung. In voller Lebensgröße steht Dante Alighieri vor uns und präsentiert in einem berühmten Gemälde (1465) von Domenico di Michelino die drei Jenseitsreiche Hölle, Läuterungsberg und Paradies. Die beschrieb er eindrucksvoll in seinem Meisterwerk: der um 1307 bis 1320 verfassten „Göttlichen Komödie“. Ein aufgeschlagenes Exemplar hält Dante in der Linken. Es wirft goldene Strahlen auf Florenz, das somit gleichsam zum Paradies auf Erden verklärt wird.

Das aber ist eine Beschönigung des Malers, die nicht in der Absicht des Dichters lag. Der politisch unliebsame Dante hatte die Arnostadt 1301 verlassen, um einer Geldstrafe zu entgehen. Sollte er gefasst werden, stand ihm der Tod auf dem Scheiterhaufen bevor. Er ließ sich in der Stadt der Textilproduktion, des Fernhandels und der europaweiten Bankgeschäfte, die ihren korrupten Bewohnern in seiner im Exil verfassten „Göttlichen Komödie“ schlecht wegkommt, nie wieder blicken. Das Beiwort „göttlich“ verlieh erst Dantes Bewunderer, der Florentiner Autor des „Decamerone“, Giovanni Boccaccio der Komödie, um damit seine Wertschätzung auszudrücken, die er seinem Dichterkollegen und dessen Werk gegenüber hegte.

Die größte Dichte an Glanzstücken weist die Schau in den der Renaissance gewidmeten Abteilungen auf. Die Renaissance war eine Epoche der Wiederentdeckung und Orientierung an der griechisch-römischen Antike in Philosophie, Wissenschaft und Kunst. Als einer der bedeutendsten Förderer dieser Bewegung gilt Lorenzo der Prächtige (1449–1492) aus der Familie der Medici. Durch Handel und Bankgeschäfte reich geworden, bestimmten die Medici die politischen Geschicke von Florenz und stiegen schließlich zu Großherzögen der Toskana auf. Eine dank Bemalung und Ausformung lebensecht wirkende Büste, die nach einem Lebendabdruck oder der Totenmaske angefertigt wurde, stellt uns Lorenzo vor. Mit gesenktem Blick und zusammengekniffenen Lippen wirkt er recht finster. „Der Prächtige“ wird er wegen seines aufwändigen Lebensstils sowie seiner Förderung von Künsten und Wissenschaften genannt. Zu seinen Schützlingen gehörten der Maler, Bildhauer und Architekt Michelangelo sowie der Künstler und Universalgelehrte Leonardo da Vinci, die mit Zeichnungen vertreten sind.



Der Florentiner Hölle entkommen: Dante Alighieri vor den Toren von Florenz   Bild: Bundeskunsthalle

Ein weiterer berühmt gewordener Schützling Lorenzos war Sandro Botticelli. Zu den absoluten Höhepunkten der Schau gehört sein Gemälde „Minerva und der Kentaur“, dessen Entstehungsjahr nicht überliefert ist. Es zeigt eine Frau, die einen wilden Pferdemenschen mit einem fast sanft anmutenden Griff ins Haupthaar zähmt. Auch mit religiösen Gemälden weiß Botticelli zu fesseln, wie das der „Madonna mit dem Kind und fünf Engeln“ (um 1470) beweist. Geradezu vorwurfsvoll starrt uns die Madonna aus den Augenwinkeln an, während sich das Kind wie in Vorahnung der Schmerzen der Passion krümmt.

Zu Botticellis Gemälden gesellen sich Meisterwerke seiner Vorgänger, Zeitgenossen und Nachfolger. Masaccio ist mit dem „San Giovenale-Triptychon“ (1422) vertreten. Auf dem von zwei Tafeln mit Heiligendarstellungen flankierten Mittelbild thront die den Jesusknaben präsentierende Maria. Die Mutter und das zwei Finger in den Mund steckende Kind schauen beklommen drein. Von Fra Angelico werden Bildtafeln (1450–1452) mit ausdrucksvollen Darstellungen aus der Kindheitsgeschichte Jesu gezeigt. Auch die Bildhauer warten mit beeindruckenden Werken auf. Zum Beispiel Andrea del Verrocchio. Er arbeitete seit 1467 an der 16 Jahre später vollendeten, überlebensgroßen Bronzegruppe „Christus und der ungläubige Thomas“. Christus fordert Thomas auf, die entblößte Seitenwunde zu prüfen. Der tritt beherzt heran – und zögert dann: die vorgestreckten Finger verharren über der Wunde.

Der erste, der den bis heute anhaltenden Ruhm dieser Künstler verbreitete, war der Maler, Architekt und Schriftsteller Giorgio Vasari. Als eines von 350 Kunstwerken, Prachtbänden, und Objekten aus den Sammlungen der Medici ist eine Erstausgabe seiner 1550 in Florenz veröffentlichten „Lebensbeschreibungen der herausragenden Architekten, Maler und Bildhauer Italiens“ ausgestellt. Damit wurde Vasari zum Begründer der Kunstwissenschaft. Zwar sind seine Ausführungen parteiisch, wiederholt sachlich falsch und heben unangemessen stark die Bedeutung der florentinischen und römischen Kunst hervor. Von Michelangelo soll Vasari gar als „Schwätzer“ abgetan worden sein. Dabei hatte der ihn doch zum „Göttlichen Michelangelo“ verklärt!

Festzuhalten bleibt: Jeder, der sich mit der Kunst der italienischen, insbesondere florentinischen Renaissance beschäftigen möchte, findet in den Schriften Vasaris eine unentbehrliche Grundlage. *Veit-Mario Thiede*

Bis 9. März in der Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland, Friedrich-Ebert-Allee 4, Bonn. Öffnungszeiten: Dienstag und Mittwoch 10 bis 21 Uhr, Donnerstag bis Sonntag 10 bis 19 Uhr. Eintritt: 10 Euro. Informationen: Telefon (0228) 9171200, Internet: www.bundeskunsthalle.de. Der Katalog aus dem Hirmer Verlag kostet in der Bundeskunsthalle 35 Euro, im Buchhandel 49,90 Euro.

Meldung

Zum Tod von Claudio Abbado

Berlin – Schicksal, Zufall, Vorahnung? Mit den „Unvollendeten“ von Franz Schubert und Anton Bruckner krönte Claudio Abbado seinen letzten großen Auftritt auf dem „Lucerne Festival“ 2013. Was wollte er uns damit sagen?

Der eine, Schubert, hatte seine Sinfonie nach dem Andante bewusst unvollendet gelassen – alles war gesagt, nichts blieb offen. Der andere, Bruckner, hätte gern weiter komponiert – Krankheit und Tod setzten nach dem dritten Satz ein Ende. Auf Abbado trifft beides zu: Einerseits ein reichhaltiges, in sich geschlossenes Lebenswerk, andererseits ein Lebensweg, den man gern noch weiter begleitet hätte.

Oft wird Abbado „Karajans Nachfolger“ als Chef der Berliner Philharmoniker genannt. Aber er war weit mehr: nicht nur einer der bedeutendsten Dirigenten der Musikgeschichte, sondern auch der Dirigent, der wohl am besten zu Berlin passte. Wenn es denn in der Musik so etwas wie „preußische Tugenden“ gibt, dann verkörperte Abbado sie. Konsequent enthielt er sich am Pult jeglicher Show-Effekte. Diszipliniert, mit sparsamen Bewegungen, geradezu minimalistisch führte er „seine“ Orchester durch die schwierigsten Musikwerke. Es schien, als habe er unsichtbare Bande zu jedem einzelnen Musiker geknüpft, als genüge ein Blickkontakt.

Der italienische Grandseigneur hat an allen Stationen seines künstlerischen Wirkens – Berlin, Wien, Salzburg, Mailand, Luzern – anhaltende Spuren hinterlassen. Am Montag ist er im Alter von 80 Jahren in Bologna gestorben. *Hans-Jürgen Mahlitz*

In geheimer Mission

Was trieb der vor 30 Jahren gestorbene Edzard Schaper während des Krieges im Baltikum?

Noch bis weit in die 70er Jahre des 20. Jahrhunderts hinein war Edzard Schaper einer der meistgelesenen deutschen Autoren. In nicht wenigen seiner Romane wie etwa in „Die sterbende Kirche“, „Der vierte König“ oder „Der Henker“ hatte er sich nicht nur zu einem Fürsprecher der verfolgten orthodoxen Kirche des Ostens gemacht, sondern auch zu einem Anwalt der seinerzeit von der Sowjetunion so bedrängten und von der übrigen Welt in Vergessenheit geratenen baltischen Völker.

Geboren ist Schaper am 30. September 1908 in Ostrowo, einem kleinen Garnisonsort in der damaligen preußischen Provinz Posen, als Sohn eines preußischen Militärbeamten. Anfang der 1930er Jahre wurde er in Estland sesshaft. Er heiratete die Deutschbaltin Alice Pergelbaum und wohnte mit ihr als freier Schriftsteller in Reval.

Mit dem Zweiten Weltkrieg sollte sich für die baltischen Staaten vieles ändern. Unmittelbar vor dem Anfang September 1939 begonnenen Einmarsch deutscher Truppen in Polen war es bekanntlich zu jenem deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt gekommen, dessen geheimes Zusatzprotokoll die gegenseitigen Interessensphären der beiden Großmächte in Osteuropa absteckte, wonach neben Finnland und dem östlichen Teil Polens auch Estland und Lettland (und später noch Litauen) dem sowjetischen Einflussbereich zugesprochen wurden. Die deutschstämmige Bevölkerung wurde vom Deutschen Reich zum Verlassen ihrer bisherigen Heimat im Baltikum aufgefordert und zum Teil in die eroberten Gebiete in Polen umgesiedelt. Parallel dazu schufen die Russen auf den baltischen Territorien erste Fakten, indem sie hier eigene militärische Stützpunkte ausbauten.

Das Verhalten Schapers in jener Zeit stellt sich etwas verwirrend dar. Jedenfalls hatte er zu Beginn des Zweiten Weltkrieges Estland recht überstürzt verlassen. Als er im Frühjahr 1940 wieder nach Estland zurückkehrte – was zu der Zeit ein sehr ungewöhnlicher Schritt war –, war er interessanterweise mit einem Empfehlungsschreiben der Reichsschrifttumskammer ausgestattet worden. Nach außen hin arbeitete er als Korrespondent der US-Nachrichtenagentur United Press in den baltischen Staaten. Seine wahre Tätigkeit in jener Zeit ist jedoch undurchsichtig.

In einer nicht veröffentlichten „autobiographischen Skizze“ aus dem Jahre 1952 heißt es stichwortartig: „Erste Beziehungen mit der finnischen Kontraspionage. 1940 zur Tarnung und um eine Legitimation für den Verbleib im Lande zu haben, Korrespondent der United Press. Mit heiligem Leichtsinn viele merkwürdige Transaktionen gemacht, nicht ohne Unterstützung von Canaris, ... Etwas reichlich zwielichtige Zeit, um es mild auszudrücken.“

Schaper scheint sich jedenfalls zwischen mehreren Fronten zugleich befunden zu haben. Die Sowjets hielten ihn für einen Spion. Sogar der estnische Geheimdienst hatte ihn im Visier. Und auch die Nazis schienen zunehmend misstrauisch zu werden, auf welcher Seite er stand und für wen er arbeitete.



Deutscher Agent 007? Autor Edzard Schaper   Bild: Schaper-Stiftung

Die brutale Annexion der kleinen baltischen Länder durch die Sowjetunion (abgeschlossen am 5./6. August 1940 mit dem vom Obersten Sowjet in Moskau verkündeten Beschluss, dass man dem „Wunsch“ der „befreiten“ baltischen Staaten nach Aufnahme in die UdSSR stattgegeben habe) hat Schaper zutiefst empört. Er war der letzte deutsche Augenzeuge gewesen, der die westliche Welt über das Unrechtsgeschehen im Baltikum informiert hat. Dann wurde es Anfang August 1940 auch für ihn allerhöchste Zeit, vor seinen Häschern der sowjetischen Militär- und Zivilstellen zu fliehen, nachdem bereits seit dem 17. Juli 1940 in Estland eine Verhaftungswelle und Deportierungen in sowjetische Strafgefangenenlager eingesetzt hatten.

Schapers Zufluchtsort war Finnland. Er schrieb nun vor allem für die „Berliner Börsenzeitung“. Vorübergehend zog er als Kriegsberichterstatter mit einer deutschen Division an die Karelienfront. Er machte Erfahrungen, die ihn emotional derart aufwühlten, dass er mehr und mehr in Gegnerschaft zum NS-Regime geriet. Gegenüber Otto Sprunck, der Schapers Leben in Skandinavien nachgespürt hat, erklärte ein mit Schaper befreundeter Ikonenmaler und Priester in Helsinki, Schaper sei „von einer Fahrt nach Estland erschüttert nach Helsinki zurückgekehrt, denn er habe während dieser Reise, die er mit mehreren finnischen Journalisten unternommen habe, mit eigenen Augen Menschenverfolgungen gesehen, die er kaum für möglich gehalten hätte. Das müsse etwa 1943 gewesen sein“.

Schapers Gegnerschaft zum Nationalsozialismus sollte Konsequenzen haben. Im Juni 1944 wurde er in Abwesenheit beim Volksgerichtshof in Berlin angeklagt und später zum Tode verurteilt. Doch auch die Sowjets blieben ihm auf der Spur. Als sie im weiteren Kriegsverlauf mehr und mehr die Kontrolle über ihren finnischen Nachbarn gewannen, setzte Schaper sich nach Schweden ab. Doch konnte er sich vor ihnen erst in Sicherheit fühlen, als es ihm 1947 gelang, sich in der Schweiz niederzulassen, wo er bis zu seinem Tod am 29. Januar 1984 wohnte. *Matthias Hilbert*

Filmkritik

Triumph des Geldes

Als 1987 Oliver Stones „Wall Street“ in die Kinos kam, betrat mit der von Michael Douglas gespielten Hauptfigur des Finanzjongleurs Gordon Gekko eine wahre Hassfigur die Filmbühne. Doch unter Bankern galt er gerade wegen seiner ungezügelten Geldgier als Idol. So nannte ihn auch der New Yorker Finanzbetrüger Jordan Belfort als sein Vorbild. Dessen von Geld, Sex und Drogen ausschweifendes Leben hat Martin Scorsese jetzt auf die Leinwand gebracht.

„The Wolf of Wall Street“ (Der Wolf der Wall Street) zeigt wieder ein ähnlich ambivalentes Verhältnis des Regisseurs zu seinem Helden wie schon bei Oliver Stone: heimliche Bewunderung für den wie entfesselt agierenden Betrüger einerseits, tiefe Verachtung für das ausbeuterische Finanzsystem andererseits. Da ist dieses von Leonardo DiCaprio gespielte Verkaufsgenie, das noch einem toten Hund einen Knochen anzudrehen weiß und das innerhalb eines Jahres vom Schrottpapier-Händler zum Multimillionär mit eigener Jacht samt Hubschrauber und blonder Eheschönheit aufsteigt. Drei Stunden lang wird in dem Film enthemmt der Sieg des Geldes gefeiert mit dekadenten Zutaten wie Zwergenwerfen.

Das alles zeigt uns Scorsese im Hochglanzformat mit Bildern, die sich ins Gedächtnis einbrennen, etwa wenn ein Ferrari im Drogenrausch zu Schrott gefahren wird. Die Kehrseite zeigt uns der Regisseur solch meisterhafter Sozialdramen wie „Hexenkessel“, „Taxi Driver“ oder „Wie ein wilder Stier“ nicht: nämlich jene Menschen, die durch die Gier der Banker all ihr Hab und Gut verloren haben. Eine solche Tragödie bringt an den Kinokassen nicht genug Kapital ein. *tws*

»Mehr Dampf! Baut Bahnen!«

Vor 100 Jahren nahm die vom Deutschen Reich finanzierte Ostafrikanische Zentralbahn ihren Betrieb auf

Großer Bahnhof in Kigoma am Tanganjikasee. Die Eisenbahnbauer hatten am 2. Februar 1914 ihr Ziel erreicht: eine Eisenbahnlinie von Hafen zu Hafen quer durch Deutsch-Ostafrika. Doch die Freude war von kurzer Dauer, wenig später brach der Erste Weltkrieg aus.



1252 Kilometer: Gleisverlegung für die deutsch-ostafrikanische Zentralbahn in der Kolonie Deutsch-Ostafrika Bild: Ullstein

Mit der 1252 Kilometer langen Strecke verfügte die Kolonie über zwei Eisenbahnlinien. Den Anfang hatte zwei Jahre zuvor die Usambarabahn gemacht, die vom Hafen Tanga bis an den Kilimandscharo führte. Die Ostafrikanische Zentralbahn, auch „Tanganjikabahn“ genannt, verband Daressalam mit Kigoma am Tanganjikasee. Beide Eisenbahnlinien hatten einen hauptsächlichen Zweck: die Rohstoffquellen der Kolonie nutzbar zu machen. Dazu brauchte man bessere Transportwege als die alten Karawanenstraßen. Deren Verlauf folgte die Eisenbahn auf dem ersten Abschnitt. Vor allem für die deutschen Siedler war das nützlich, sie konnten ihre landwirtschaftlichen Produkte besser absetzen.

Um den Bau der Bahn zu finanzieren, war 1904 von mehreren großen Banken in Berlin die Ostafrikanische Eisenbahngesellschaft (OAEG) gegründet worden. Das brachte das bereits seit 1890 geplante Projekt entscheidend voran. Das Deutsche Reich stellte 21 Millionen Reichsmark zur Verfügung, ein Jahr später begannen die Arbeiten in Daressalam.

Mit der Bauleitung wurde der Reichskommissar und Geheime Baurat Franz Allmaras beauftragt. Die Probleme, die er zu bewältigen hatte, waren enorm und ungewohnt: der ständige und meist vergebliche Kampf gegen die Malaria, das tropische Klima, das aufgeweichte, überschwemmte Land während der Regenzeit und permanent fehlendes Baumaterial. Dennoch schwärmte Baurat Allmaras später von seiner Arbeit: „Trotz aller Anstrengungen und Sorgen waren es doch schöne Tage, die man auf Expeditionen zubrachte. Nirgends in der Welt fühlte ich mich so sicher wie im Zelte im Inneren Afrikas. Fern von allem europäischen Getue war man Mensch, der freie Mensch, in weiter, freier Natur.“

Als 1912 das erste Teilstück von Daressalam nach Tabora in Betrieb genommen wurde, jubelte in der Zeitschrift „Süssenrotters Kolonialkalender“ der preußische Hauptmann Wilhelm von Puttkamer: „Mehr Dampf! Baut Bahnen! Jahrelang erscholl vergebens der Weckruf! Neuerdings aber ist es anders geworden. In allen unseren Kolonien kracht gegenwärtig die Axt, donnert der Sprengschutz, freie Bahn zu schaffen für den Unterbau, der den Schienenweg tragen soll. Nicht regenarme Steppe, nicht Feld, nicht Wasser, nicht Urwald vermag ihn aufzuhalten; siegreich dringt er vor, ein Wahrzeichen des Ernstes mit dem die Europäer begonnen haben, den schwarzen Erdteil ihrer Kultur dienstbar zu machen.“

Der vergebliche Weckruf, den von Puttkamer beklagte, war in der Tat spät erhört worden. Eher halbherzig hatte das Deutsche Reich 30 Jahre zuvor begonnen, sich an der von anderen europäischen Mächten kräftig betriebenen Kolonisierung zu beteiligen. Deutsch-Ostafrika war erst seit 1885 dabei. Am Anfang stand eine Initiative des Gründers der „Gesellschaft für Deutsche Kolonisation“, Carl Peters. Er hatte diese Gesellschaft 1884 in Berlin gebildet. In deren – selbst gestelltem – Auftrag reiste er nach Sansibar, sehr zum Unwillen der Reichsregierung. Sie hatte folglich einen erbetenen Schutz der Expedition abgelehnt. Auf dem Festland gegenüber Sansibar schloss Peters mit Häuptlingen Verträge ab, die den Schutz vor Feinden versprachen und als Gegenleistung die Rechte an Land und Verwaltung verlangten. Was sie da mit drei Kreuzen unterschrieben, verstanden die betrunken gemachten Häuptlinge wohl kaum. Diese „Schutzbriefe“ wollte Peters Reichskanzler Otto von Bismarck andienen, doch der zeigte wenig Interesse. Für ihn waren diese Abkommen „ein Stück Papier mit Neger-Kreuzen darunter“. Erst als Peters drohte, seine Sammlung dem belgischen König Leopold anzubieten, lenkte von Bismarck ein. Im April 1885 wurde ein Gebiet, das die jetzigen Länder Tansania (ohne Sansibar), Burundi, Ruanda und einen Teil von Mosambik umfasst, zum „Schutzgebiet Deutsch-Ostafrika“.

Bis mit dem Bau der Tanganjikabahn begonnen wurde, sollten noch einmal 20 Jahre vergehen. Dann aber beeilten sich die Deutschen. Denn von Westen bauten die Belgier und die Briten ebenfalls eine Eisenbahn. Wer als Erster einen der großen Binnenseen erreichen würde, bestimmte die künftigen Wege des Handels. Mit 15 000 Afrikanern gelang das Unmögliche: Für die letzten 400 Kilometer der Tanganjikabahn wurden nur zehn Monate Bauzeit benötigt. Dabei waren die Arbeiten an diesem Teilstück besonders aufwendig. Drei Tunnel und zahlreiche Brücken waren erforderlich, 300 Meter Höhenunterschied mussten bewältigt werden.

Der bereits zitierte Wilhelm von Puttkamer wurde angesichts dieser Leistung vollends zum Romantiker: „Aber nicht alleine die rohe Gewalt ist es, die sich einer widerstrebenden Natur entgegensetzt, sie zu beugen unter den Willen des Menschen, auch dem Sinn für Schönheit, Kunst und Eleganz wird Rechnung getragen. Luftige und geräumige Stationsgebäude führt man auf; in leichter, eleganter Bauart schwingt sich der eiserne Brückenträger über den Strom, der bisher in des Urwalds erhabener Weltabgeschiedenheit dahinrauschte, übersponnen höchstens von Lianen und Schlinggewächsen in zierlichem Gewebe.“

Als die Tanganjikabahn ihren Betrieb aufnahm, dauerte eine Reise von Daressalam nach Kigoma 58 Stunden. Heute geht es nicht viel schneller. Noch immer rattern die Waggons über die alten Schwellen und die Schienen, die einst von Krupp kamen. Nahezu die gesamte Infrastruktur stammt noch aus jener Zeit. Statt wie vorgesehen dreimal pro Woche, fährt Tansania Railways nur einmal auf der gesamten Strecke. Und die Wirtschaftsgüter, für die die Bahn einst gebaut wurde, werden längst mit meist überladenen Lastwagen transportiert, denn die sind schneller.

Laut Fahrplan wird die Fahrt zwischen dem Indischen Ozean und dem Tanganjikasee in 40 Stunden bewältigt. Aber was besagt schon der Fahrplan?

Klaus J. Groth

Erschossen auf dem Weg in die Freiheit

Chris Gueffroy war der letzte DDR-Flüchtling, der dem Schießbefehl zum Opfer fiel

Diese Todesanzeige erschien am 21. Februar 1989 in der „Berliner Zeitung“ im Ostteil der Stadt: „Für uns alle unfassbar – er war noch so jung. Wir trauern in unendlichem Schmerz und voll Liebe um Chris Gueffroy, geboren 21. Juni 1968, gestorben am 6. Februar 1989, der durch einen tragischen Unglücksfall von uns gegangen ist.“ Unterzeichnet war die Annonce von der Mutter des Toten, Karin Gueffroy, von der Familie und von Freunden. Es war kein Unglücksfall, dem Chris Gueffroy zum Opfer fiel, es war Mord, angeordnet von den Machthabern des DDR-Regimes. Der Schuss eines Grenzsoldaten traf den jungen Mann ins Herz, als er gemeinsam mit einem Freund versuchte, die Sperranlagen vor dem Britzer Zweigkanal im Berliner Stadtbezirk Treptow zu überwinden. Chris Gueffroy starb innerhalb von Minuten, sein Freund wurde schwer verletzt.

Die Annonce der Familie war auch eine Botschaft. Durch sie sollten die westdeutschen und internationalen Medien erfahren, was Erich Honecker, Erich Mielke und Genossen aus Sorge um die Reputation des Arbeiter- und Bauernstaates mit gespielter Empörung leugneten: Dass es einen Schießbefehl gab und dass wieder ein DDR-Bürger beim Fluchtversuch erbarmungslos getötet wurde. Die Schüsse auf Chris und seinen Freund waren in den umliegenden Wohngebieten in Ost und West zu hören gewesen. Ein Bewohner hatte beobachtet, wie zwei Menschen am Zaun von NVA-Soldaten abtransportiert worden waren.

Nach dem Bau der Mauer am 13. August 1961 war der Schießbefehl das letzte und perfideste Mittel, um den Exodus aus der DDR zu stoppen. Auf einer Lagebesprechung am 20. September sagte Honecker in seiner Eigenschaft als Sicherheitssekretär des Zentralkomitees: „Gegen Verräter und Grenzverletzer ist die Schusswaffe

Offiziell war es ein Unfall

anzuwenden. Es sind solche Maßnahmen zu treffen, dass Verbrecher in der 100 Meter-Sperrzone gestellt werden können.“ Die NVA-Soldaten an den Grenzanlagen wurden von ihren Vorgesetzten indoktriniert, Hass gegen die „Grenzverletzer“ zu empfinden und skrupellos die Waffe zu gebrauchen. Wer einen Flüchtling erschoss, wurde belobigt. Mindestens 138 Menschen fanden von 1961 bis 1989 an der Berliner Mauer den Tod.

Die Geschichte des Chris Gueffroy gleicht der vieler DDR-Flüchtlinge. Bevormundung, Schikanen, berufliche Perspektivlosigkeit und die wirtschaftlich katastrophale Lage ließen meist junge Menschen den einzigen Ausweg aus dem Gefängnisstaat suchen. Gueffroy durfte sich zunächst als Privilegierter fühlen. Als großem Turntalent standen ihm, so schien es, alle Möglichkeiten offen. Er besuchte die Kinder- und Jugendsportschule des FC Dynamo Berlin. Hier förderte die DDR junge Sportler, mit denen sie im Ausland glänzen wollte. Gueffroy träumte davon, Pilot zu werden. Doch die Zulassung zum Abitur war abhängig von der Verpflichtung, als Offiziersanwärter in die Nationale Volksarmee einzutreten. Der junge Mann weigerte sich, und damit war ihm die Zukunft verbaut. Resigniert begann er 1985 eine Kellnerlehre im Flughafenrestaurant von Berlin-Schönefeld. Anfang 1989 sollte er zur NVA eingezogen werden. Gemeinsam mit einem Kollegen beschloss er, am 5. Februar über die Mauer nach West-Berlin zu fliehen. Sie hatten von Bekannten gehört, dass der Schießbefehl ausgesetzt worden sei, ein tragischer Irrtum. Im Fall einer Festnahme, so glaubten sie, würden sie nach einer Haft von der Bundesrepublik freigekauft.

Der Ablauf des Fluchtversuchs ist in der „Chronik der Mauer“, einem Forschungsprojekt des Zentrums für Zeithistorische Forschung in Potsdam, der Bundeszentrale für politische Bildung und des Deutschlandradios, dokumentiert. Danach erreichten die Männer gegen 21.30 Uhr die Kleingartenkolonie „Harmonie“ im Bezirk Treptow mit selbstgebauten Wurfankern. Gegen 23.30 Uhr kamen sie vor der drei Meter hohen Hinterlandmauer am Britzer Zweigkanal an. Sie überstiegen sie mit einer Räuberleiter. Beim Durchkriechen des Signalzauns lösten sie Alarm aus. In Panik rannten sie auf das letzte Sperrelement, den Metallgitterzaun zu. Jetzt fielen die ersten Schüsse. Im Kugelhagel versuchten sie, einen Wurfanker über den Zaun zu werfen. Das misslang. Der Schuss eines Grenzpostens traf Chris in den Fuß, der nächste ins Herz. Sein Freund überlebte und wurde zu drei Jahren Haft verurteilt. Kurz vor dem Mauerfall kaufte ihn die Bundesrepublik frei.



Bild: pa

Jedes Kreuz ein Toter: Gedenken an die Mauer-Opfer

Karin Gueffroy erfuhr erst zwei Tage später nach Vernehmungen durch die Stasi vom Tod ihres Sohnes. An der Beerdigung auf dem Friedhof Baumschulenweg am 23. Februar nahmen über 100 Menschen teil. Stasi-Mitarbeiter in Zivil kontrollierten jeden. Westdeutsche Korrespondenten hatten sich unter die Trauernden gemischt und berichteten am nächsten Tag.

In einem Brief an den „Lieben Erich“ mit „sozialistischem Gruß“ informierte Stasi-Minister Mielke persönlich den Genossen Honekker über „Umstände und das Zustandekommen der westlichen Reaktion auf den Dir bekannten Vorfall an der Staatsgrenze der DDR zu Westberlin ... Die Veröffentlichung der durch den zweiten Sohn der Gueffroy aufgegebenen Todesanzeige in der ‚Berliner Zeitung‘ am 21. Februar 1989 konnte nicht verhindert werden, um auch im Hinblick auf den störungsfreien Ablauf der Beisetzung keine negativen Reaktionen der Angehörigen hervorzurufen und keinen Vorwand für Behauptungen im Sinn von Vertuschung zu bieten.“ Auch gelang es nicht, „feindlich-negative Kräfte“ zum Schweigen zu bringen. Unter dem Druck der Proteste von Bürgerrechtlern in der DDR und diplomatischen Vertretungen in Ost-Berlin musste Honecker den Schießbefehl, den es angeblich nie gegeben hatte, am 3. April aufheben

Der NVA-Soldat, der Gueffroy erschoss, wurde am 20. Januar 1992 im ersten sogenannten Mauerschützenprozess vom Berliner Landgericht zu drei Jahren und sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Der Bundesgerichtshof kassierte das Urteil am 14. März 1994 mit der Begründung, das Landgericht habe nicht ausreichend berücksichtigt, dass der Todesschütze in der militärischen Hierarchie ganz unten stand. Er sei „in gewisser Weise auch Opfer des Grenzregimes“ gewesen. Eine andere Kammer des Landgerichts verurteilte den Angeklagten zu einer Freiheitsstrafe auf Bewährung. Bei den folgenden Prozessen gegen Todesschützen orientierten sich die Richter an dem Spruch des Bundesgerichtshofs und verhängten überwiegend Bewährungsstrafen.

K.J.G.

Prophet einer kommenden Nation

Vor 200 Jahren starb der Philosoph Johann Gottlieb Fichte – Mit seinen »Reden an die deutsche Nation« predigte er gegen Napoleon

Der Kant-Verehrer Johann Gottlieb Fichte gilt als einer der Hauptvertreter des deutschen Idealismus. Sein Einfluss auf die Geistesgeschichte beschränkte sich aber nicht nur auf sein philosophisches Werk. Mit seinen „Reden an die deutsche Nation" hat er das Nationalbewusstsein der Deutschen geschärft.

„Das Urteil der Geschichte ist eindeutig: Fichte hatte einen unheilvollen Einfluss auf die deutsche Geschichte. Allen Beschönigungsversuchen zum Trotz muss er als einer der Vorväter zum unseligen deutschen Nationalismus gelten und spielt damit auch eine Rolle in der Entstehung des Nationalsozialismus." Der Fichte-Biograf Manfred Kühn geht mit dem Philosophen, dessen Leben und Werk er in einem 2012 erschienen Buch aufrollte, hart ins Gericht. Tatsächlich haben die Nationalsozialisten Fichte hoch auf ihr Podest gehoben, nicht zuletzt auch wegen seinen antisemitischen Äußerungen.

Die Deutschen als das »Urvolk«

Doch eine direkte Verbindung von Fichte zum NS-Terror zu ziehen, scheint an den Haaren herbeigezogen. Fichte verabscheute Terrorregime. Die Schreckensherrschaft der Jakobiner war es gerade, die ihn vom glühenden Anhänger der Französischen Revolution zum Agitator gegen Napoleon und für einen nationalen deutschen Befreiungskrieg machte.

Als Preußen im Frieden von Tilsit seine Niederlage gegen Napoleon konstatierte, bäumte sich in Berlin einer gegen die Franzosen auf, der zuvor schon den Zorn der Fürsten auf sich gezogen hatte. Nach 1789 forderte Fichte in mehreren Schriften vom regierenden Adel Europas die „Denkfreiheit" zurück. Dass diese ihm selbst zum Verhängnis werden konnte, erfuhr er in Jena, als seine philosophischen Vorträge über die auf eine Existenz Gottes verzichtende moralische Weltordnung als Gotteslästerung verstanden wurden und ihm im Zuge des aufsehenerregenden „Atheismusstreits" von 1799 seine Professur entzogen wurde. Als freischaffender Publizist fristete er ein bescheidenes Leben, erhielt 1805 eine kurzfristige Vertretungsprofessur in Erlangen, eher er in Berlin sein rhetorisches Talent als politischer Ideengeber entfalten konnte. Im Rundsaal der Berliner Akademie hielt er einen Vortragszyklus aus 14 „Reden an die Nation", in denen er seine Vorstellung von der nationalen „Erschaffung einer ganz neuen Ordnung der Dinge" entwarf. So sagte er:

„Alle, die entweder selbst schöpferisch und hervorbringend das Neue leben, oder ... das Nichtige wenigstens entschieden fallen lassen und aufmerkend dastehen, ob irgendwo der Fluss ursprünglichen Lebens sie ergreifen werde, oder die ... die Freiheit wenigstens ahnen, und sie nicht hassen, oder vor ihr erschrecken, sondern sie lieben; alle diese sind ursprüngliche Menschen, sie sind, wenn sie als ein Volk betrachtet werden, ein Urvolk, das Volk schlechtweg, Deutsche."

Es war weniger politisches Programm, das Fichte hier verbreitete, als ein pädagogisch-philosophisches. Ausgehend von seinem philosophischen Hauptwerk „Grundlage der gesamten Wissenschaftslehre" von 1794/95, in dem er den Zusammenhang der äußeren Dinge mit dem Selbstbewusstsein des Ichs thematisierte, zog Fichte Verbindungen zwischen der politischen Realität und dem Nationalbewusstsein der Deutschen. Gemäß seiner geschichtsphilosophischen Analyse befand sich Deutschland im dritten von fünf Zeitaltern. Nach der Niederwerfung durch Napoleon war das Leben damals bestimmt durch pure Selbsterhaltung. Für Fichte aber waren die Deutschen ein freiheitsliebendes Urvolk, die sich und andere auf die höchste Stufe führen könnten. Die These der Anführerschaft begründete er sprachphilosophisch mit der Kraft der germanischen Sprache, die – anders die französische – frei von lateinischer „Verunreinigung" war. Ausgehend von den pädagogischen Schriften Johann Heinrich Pestalozzis sollte eine in geschlossenen Anstalten stattfindende Nationalerziehung dazu dienen, äußere Einflüsse weiter fern zu halten. Unter dem Gebrauch der Vernunft sollte dann das höchste Ziel, der Nationalstaat, angestrebt werden, nach dessen Vorbild sich andere Nationen anschließen sollten.



Scharfer Denker und Redner: Johann Gottlieb Fichte Bild: action press

Ein Opfer der Freiheitskriege

Das Publikum hörte Fichte damals begeistert zu. Er war ein begnadeter Redner – um nicht zu sagen: Prediger. Dieser Begabung verdankte es der 1762 geborene Sohn eines einfachen Bandwirkers, also Bandwebers, dass er als Kind von einem Mäzen gefördert wurde. An einem Sommersonntag des Jahres 1771 kam der sächsische Freiherr von Militz in Fichtes Geburtsort Rammenau in der Oberlausitz, um den dort amtierenden Geistlichen Wagner zu hören, dessen Predigten weithin berühmt waren. Durch einen Zufall kam der Edelmann zu spät und bedauerte dies. Aber er wurde mit der Versicherung getröstet, dass ein neunjähriger Gänsehirte ihm genau Wagners Predigt Wort für Wort wiederholen könne.

Bescheiden aber nicht verlegen, trat der junge Fichte in das Zimmer, sagte nicht etwa die Predigt auf, sondern hielt sie wirklich, mit einem Feuer, einer eindringlichen Kraft und Beredsamkeit, dass der Freiherr ihn sofort ins Militzsche Schloss Siebeneichen mitnahm und dafür sorgte, dass Fichte auf eine höhere Schule kam. 1774 besuchte er die berühmte Gelehrtenschule Schulpforta bei Naumburg. Fichte studierte zwar Theologie und hat auch auf vielen Kanzeln gestanden: in Zürich, Warschau, in zahlreichen deutschen Städten und Dörfern, auch in seinem Heimatort, aber eine Pfarrstelle hat er nie erhalten.

Ein großes inneres Erlebnis vermittelte ihm die Kantische Philosophie. Er traf in Königsberg den großen Meisterdenker, der sein zweiter Förderer wurde. Denn als Fichtes Debüt-Schrift „Versuch einer Kritik aller Offenbarung" aus Versehen anonym erschien, glaubten viele Zeitgenossen, es handele sich um ein lange erwartetes neues Werk von Kant. Der aber nannte am 3. Juli 1792 in einer öffentlichen Gegenerklärung den wahren Verfasser und machte Fichte so über Nacht berühmt.

Diese Bekanntheit setzte Fichte geschickt ein, um sich nach dem Verlust seiner Professur in Jena mit seinen „Reden an die deutsche Nation" wieder für höhere Aufgaben zu empfehlen. Obgleich seine Reden nicht die erhoffte nachhaltige Wirkung im Volk erreichten, machte ihn Friedrich Wilhelm III. 1810 zum ersten Rektor der neu gegründeten Berliner Universität. Fichte hatte nicht lange etwas davon. Als Preußen wieder den Krieg gegen die Franzosen aufnahm, meldete er sich freiwillig als Feldprediger bei den Truppen. Dabei steckte er sich bei seiner Frau, die kranke Soldaten pflegte, am Lazarettfieber an. So wurde er vor 200 Jahren, am 27. Januar 1814, unmittelbares Opfer der Freiheitskriege. *Harald Tews*

Ein fast schon sadistisches Experiment

Wilhelms II. Schulzeit in Kassel gehört zu den schlimmsten Jahren seines Lebens — Eigene Erfahrungen später Antrieb für Schulreform

Die alte Residenzstadt Kassel ist im Mai Austragungsort des Deutschlandtreffens der Ostpreußen. Hier, in der seit 1866 zu Preußen gehörenden ehemaligen Hauptstadt des Kurfürstentums Hessen-Kassel, verbrachte Kaiser Wilhelm II. einige seiner prägendsten Jugendjahre.

Der 1859 geborene preußische Thronfolger hatte von Geburt an einen verkrüppelten Arm, was für den Spross einer Herrscherdynastie wie der der Hohenzollern, bei der das Militärische und die damit verbundene uneingeschränkte körperliche Leistungsfähigkeit das Maß aller Dinge waren, einer Katastrophe gleichkam. Die in der Folgezeit angewandten Heil- und Erziehungsmethoden waren brutal und würden heutzutage für Eltern und Erzieher zweifellos strafrechtliche Konsequenzen wegen der Misshandlung Schutzbefohlener nach sich ziehen.

Die entscheidenden Weichen für Wilhelms künftige Erziehung und Ausbildung wurden 1866 gestellt, als Dr. Georg Hinzpeter, ein calvinistischer Philologe aus Bielefeld, zu seinem Hauslehrer ernannt wurde. Damit setzte sich die Leidenszeit Wilhelms fort, denn der asketisch-spartanische Hinzpeter forderte von seinem Zögling stets mehr, als dieser zu leisten vermochte. Wilhelms aus dem britischen Königshaus stammende ehrgeizige Mutter machte aus ihrer Unzufriedenheit über den ältesten Sohn keinen Hehl, so dass er nur wenig Selbstvertrauen entwickelte und diesen Mangel durch ein übertrieben forsches Auftreten zu kompensieren suchte. Außerdem kultivierte er in politischen Fragen eine Opposition, die weit über die normale Renitenz von Heranwachsenden gegenüber ihren Eltern hinausging. Hatten seine weltoffenen und liberalen Eltern gehofft, den Charakter und die Ansichten ihres Sohnes in ihrem Sinne formen zu können, erreichten sie genau das Gegenteil. Er verehrte seinen

»Ausgequetscht wie ein Schwamm«

Großvater Wilhelm I., dessen Partei er bei häuslichen Diskussionen stets schon aus Prinzip ergriff, und bewunderte Reichskanzler Otto von Bismarck, den seine Eltern als erbitterten politischen Gegner betrachteten.

Im Jahre 1873 bestand er die Aufnahmeprüfung zum Gymnasium. Um ihren politisch widerspenstigen Sohn von den aus ihrer Sicht negativen Einflüssen am Berliner Hof fernzuhalten, entschieden seine Eltern zunächst ohne Wissen des kaiserlichen Großvaters, Wilhelm auf das altehrwürdige Lyceum Fridericianum in Kassel zu schicken. Hier sollte Wilhelm eine aufgeklärte Erziehung erhalten, damit er keine „ignorante und nutzlose Marionette der Gesellschaft" würde, sondern die Mentalität seiner Generation kennenlernen, um diese später angemessen regieren zu können. Dass ein Thronerbe ein öffentliches Internatsgymnasium besuchte, war zwar ein fortschrittliches, aber in diesem Fall auch fast schon sadistisches Experiment, das auch nur zum Teil gelingen sollte. Um sicherzustellen, dass der ungestüme Prinz fern vom Elternhaus nicht über die Stränge schlägt, sondern sich auf den Lernstoff konzentriert, sollte Hinzpeter mit ihm nach Kassel gehen. Damit gingen Wilhelms Überforderung und die Entbehrungen weiter. Einen Vorgeschmack darauf bekamen er und sein Bruder Heinrich bereits bei der Anreise: Es ging überwiegend zu Fuß bei Wind und Wetter „auf den Landstraßen über den Harz hinweg" nach Kassel, „in echter Weise des fahrenden Schülers", so, wie Hinzpeter es sich vorstellte. Als sie am 10. September 1874 am Kasseler „Fürstenhof", in dem sie für die nächsten Jahre wohnen sollten, ankamen, waren die Prinzen so ausgehungert, verschmutzt und abgerissen, dass der Kastellan sie zunächst abwies.

Trotz seines wohlklingenden Namens war das ehemals kurfürstliche Stadtpalais selbst nach bürgerlichen Maßstäben eher einfach, dafür lag es aber unmittelbar neben der nicht minder spartanisch ausgestatteten Lehranstalt. Wilhelm musste ein Tagespensum absolvieren, das weit über die schulischen Erfordernisse hinausging. Er selbst schrieb dazu später:

„Ich musste im Sommer jeden Tag um 5 Uhr aufstehen, um 6 Uhr saß ich schon über der Arbeit, um mich auf den Schulunterricht vorzubereiten, der von 8 bis 12 Uhr währte. Die Zeit von 12 bis 2 Uhr wurde ausgefüllt mit Spazierengehen, Fechten und Schwimmen. Dann folgten wieder zwei Schulstunden, an die sich für mich eine Repetitionsstunde bei Hinzpeter anschloss. Von 5 bis 6 war Essenspause, die wieder von zwei Arbeitsstunden abgelöst wurde. Oft dauerte der Nachhilfeunterricht bis 9 Uhr und länger. Kam doch bei mir zu den Lasten, die alle Schüler zu tragen hatten, noch der Spezialunterricht." Wann immer Hinzpeter ihn beim Nichtstun erwischte, gab er ihm eine Beschäftigung. So beklagte er sich bei seiner Mutter, er fühle sich „ausgequetscht wie ein Schwamm" – vergeblich. Trotz der ständigen Überforderung entwickelte sich der Prinz nach Ansicht seiner Lehrer „im Ganzen vorteilhaft". Er bekam schnell Anschluss an seine bürgerlichen Mitschüler und „genoss zum ersten Male die Freuden aufrichtiger Freundschaft".



Hatte eine freudlose Jugend: Der spätere Kaiser Wilhelm II. als Schüler Bild: Archiv

Im Januar 1877 legte Wilhelm mit einem eher mittelmäßigen Ergebnis die Reifeprüfung ab. Es dürfte ihm nicht schwer gefallen sein, Kassel nach dem Schulabschluss so schnell wie möglich zu verlassen, hatte er die zurückliegenden Jahre doch überwiegend in schlechter Erinnerung. Selbst lange danach kritisierte er die von ihm erlebte Erziehung als stupide Büffelei, die jeden Enthusiasmus unmöglich mache. Stattdessen forderte er einen aufgelockerten Unterricht, freie Nachmittage und viel Sport. Seine „Verachtung für das humanistisches Gymnasium, dieses verknöchertste aller Systeme, mit dem an der Jugend gefrevelt wird", konnte er nicht verbergen. So gaben seine Kasseler Schuljahre ihm den Anstoß, als Kaiser eine Reform des Schulwesens auf den Weg zu bringen. Ende 1890 hielt er dazu anlässlich einer Schulkonferenz in Berlin eine viel beachtete Rede, in der er namentlich seine alte Schule scharf kritisierte und ihr vorwarf, „keine selbstbewussten Deutschen" auszubilden. Das Gymnasium, so seine Hauptthese, entspreche „nicht den Anforderungen eines modernen technischen Zeitalters".

Wenn Wilhelm ab 1891 jährlich einige Wochen in Kassel auf Schloss Wilhelmshöhe verbrachte, machte er um das Friedrichsgymnasium stets einen Bogen und auch das Kollegium ging seinem ehemaligen Schüler demonstrativ aus dem Weg. *Jan Heitmann*

Litauer würdigen deutschen Dichter

Zu: War Donalitius‘ Werk preußisch oder litauisch (Nr. 2)

Die Frage des Autors, ob das Werk des Dichters und Pfarrers Christian Donalitius nun preußisch oder litauisch sei, reduziert dessen Bedeutung für die litauische und europäische Literatur auf eine ethnisch-nationale Ebene, die ihm nicht zukommt. Damit wird man dem literarischen Genius des Dichters und Pfarrers, der vor 300 Jahren im preußischen Königreich in der Nähe von Gumbinnen geboren wurde, nicht gerecht. Das betont der Autor auch indirekt mit seiner Feststellung, indem er ihm hohe „literarisch-ästhetische Qualität seiner Poesie“ bescheinigt.

Die erste deutschsprachige Ausgabe seines berühmten Versepos „Die Jahreszeiten“ hat Johann Ludwig Rhesa erst 38 Jahre nach dem Tod Donalitius‘ in Königsberg veröffentlicht. Es rückt dieses Werk in den Rang der Weltliteratur und fand eigentlich nur bei Litauern die ihm gebührende Aufmerksamkeit und Würdigung.

In Deutschland wird des jetzt 300. Geburts-Jubiläums von Donalitius nicht annähernd so würdevoll gedacht wie in Litauen. Das liegt jedoch nicht daran, dass die Litauer sich dieses preußischen Pfarrers und Dichters „bemächtigt“ haben, sondern weil er ihre Sprache in den Rang einer litauischen Literatur gehoben hat, die über Europa hinaus Weltgeltung erlangt hat, wohingegen die deutsche Literaturkritik sich weitgehend in Schweigen gehüllt hat.

Die Kraft der Poesie von Donalitius spürt man beim Lesen der Übersetzung der „Jahreszeiten“ von Rhesa oder Hermann Buddensieg. Der Würdigung seines Gesamtwerkes durch den Autor Vaidas Seferis ist insoweit zuzustimmen. **Günter Uschtrin, Regesbostel**

Mandela war kein Heiliger

Zu: Polemik gegen Humboldtforum (Nr. 51/52)

Ich glaube es nicht: Es gibt in Berlin eine „No-Humboldt“-Bewegung? Wenn die sich doch wenigstens „Nein“-Humboldt nennen würden. Ernsthaft, wie tief sinken wir Deutsche noch?

Dann haben diese Linken außerdem noch die Idee mit einem Mandela-Platz. Wissen diese Typen eigentlich, was hinter der ganzen Mandela-Sage steckt. Das Mandela-Ehepaar wurde von den Kommunisten erfunden und geschickt für politische Zwecke eingefädelt. Winnie musste man aufgeben. Die warb für brennende Reifen um den Hals des politischen Gegners. Das war nach der Erringung der Freiheit schlechte Öffentlichkeitsarbeit.

Mandela selbst hatte ständig die linke Faust erhoben. Bis 14 Tage vor seiner persönlichen Freiheit meinte er noch, die gesamte Industrie zu verstaatlichen. O-Ton des freien Mandela: „Wir haben nie gesagt, alles zu verstaatlichen.“ Nicht lange nach der „Freiheit“ begann der ANC unter Mandela mit der Privatisierung von Staatsfirmen und der Reserve Bank.

Statt Religion hat man jetzt den Mandela mit Heiligenschein. Vor Pretoria steht jetzt eine neun Meter hohe Statue mit weit geöffneten Armen. Hier in Südafrika wird der Mann wie ein globaler Heiliger verehrt. Das hilft natürlich dem Selbstbewusstsein der von den Weißen unterdrückten Schwarzen.

Um die Masse der armen Schwarzen kümmert sich der ANC weitaus weniger als die abgeschaffte weiße Regierung. Die Heuchelei der prominenten Redner bei den vergangenen Mandela-Feierlichkeiten ist ohrenbetäubend. Nachdenkliche Stimmen gibt es nicht. **Klaus Borgolte, Kapstadt/Südafrika**

Wahrer Lehrstoff

Zu: *PAZ*

Herzlicher Dank gebührt unserer *Preußischen Allgemeinen Zeitung*, die immer wieder der Wahrheit eine Gasse bahnt. Jahrzehntelang benutzte ich das alte *Ostpreußenblatt* als Lehrmittel an Schweizer Schulen, was auch unter anderem im Arbeitszeugnis des Kantonalen Schulinspektorats des Kantons Uri zum Ausdruck kommt: „Herr Panzer verstand es, in kurzer Zeit das Vertrauen von Behörden und Volk zu gewinnen.“

Man forderte mich sogar zur Entsorgung der Geschichtsbücher unwahren Inhaltes auf und diese durch eigene Skripte zu ersetzen. An Schulen referierte ich als Zeitzeuge erfolgreich zu den Themen Zweiter Weltkrieg beginnend mit dem Versailler Diktat – von dem französischen Historiker und ehemaligen Stabschef de Gaulles, Miksche, wurde es als Versailler Verbrechen bezeichnet –, französische Resistance, sowjetische Kriegsgefangenschaft, Flucht und Vertreibung. **Helmut Panzer, Locarno/Schweiz**



Nachhilfe für die Fachkräfte der Zukunft? Integrationskurse gehen zulasten der Steuerzahler. Gleichzeitig wächst mit neuen Zuwanderern der Druck auf dem Arbeitsmarkt Bild: action press

Kampf mit Feder

Zu: Nicht nur sein Kniefall polarisierte (Nr. 48)

Im Februar 1937 war Brandt nach Spanien delegiert worden, um nicht mit der Waffe, sondern nur mit der Feder auf roter Seite zu kämpfen. Die rote Fahne mit Hammer und Sichel führte auch er, und sie war es, die Brandt mit geballter Faust grüßte und sich im eleganten Falcon-Hotel an den Ramblas in Barcelona meldete.

Hier machte er als Vorstandsmitglied der „Sozialistischen Arbeiterpartei“ seine revolutionären Studien. Hier sammelte er viele Eindrücke und Informationen, die er den Genossen in Paris mit dem „Referat des Genossen Willy“ vermittelte. Darin hieß es: „Die Aufgaben der bürgerlichen Revolution sind in der antifaschistischen Hälfte Spaniens zum großen Teil im ersten Ansturm gelöst worden. Ein reinigender Sturm hat die Kirchen und Klöster gesäubert. Die Macht der Kirche ist gebrochen. Die Granden sind verschwunden.“ **Ingeborg Schollen, Antwerpen/Belgien**

Dank an Steinbach

Zu: Gedenktag für Vertriebene? (Nr. 1)

Erika Steinbach ist wirklich zu danken für das Durchhalten für die Ostdeutschen in schwierigster Zeit. Mittlerweile stehen wir vor einen Epochenwechsel, der den Ostdeutschen wieder Gerechtigkeit bringen wird. **Jörn Gebert, Frankfurt am Main**

Lachender Dritter

Zu: Washington deckte Saudis (Nr. 2)

Na, da schau’n wir mal, ob die USA die Saudis davonbomben werden. Aber dann würden sie auch Ex-Präsident Bushs Eigentum, also seine Beteiligung an Ölquellen, zerstören. Der Iran wäre der lachende Dritte. Aber das wäre ja der Untergang der USA. Ich glaube kaum, dass die US-Regierung zurzeit richtig lachen kann. Schau’n wir mal. Am Drücker sitzen alle. **Jürgen Forbriger, Dresden**

Deutscher Sozialstaat für ganz Europa

Zu: Kein Entrinnen (Nr. 1)

Als Theologe sehe ich es als Gericht Gottes an, dass die einstige DDR-Funktionärin und Aktivistin Angela Merkel nach dem Grundgesetz die „Richtlinien der deutschen Politik“ bestimmt, obschon sie erneut bei ihrer neuerlichen Amtseinführung schwor, Schaden vom deutschen Volk fernhalten zu wollen. Mit Hilfe der SPD wird Deutschland zunehmend der Sozialstaat für den gesamten EU-Raum. Sogar die Franzosen haben nun offen ihren Unmut über die Bevormundungen durch die Brüsseler Technokraten bekundet, so dass heutzutage François Hollande nicht mehr zum Präsidenten gewählt würde. Marine Le Pen mit ihrem „Front National“ wäre die Siegerin, aber in Deutschland gibt es kein entsprechendes Pendant, sondern nur die Schlangenfrau Merkel.

Wer heutzutage deutsche Interessen vertritt, wird flugs zum Neonazi gestempelt. So fällt es jedes Mal auf, dass bei Mord oder anderen Kapitalverbrechen die Herkunft der Täter verschwiegen wird. In der populären Sendung im ZDF „Aktenzeichen XY-Ungelöst“ heißt es höchstens einmal, dass die Täter einen „osteuropäischen Akzent“ hatten. Nach der Statistik – auch aus Polizeikreisen – sind zirka 80 Prozent sämtlicher Straftäter in diesen Sendungen Muslime, Ausländer, aber von der Herkunft her keine Deutsche. Durch den Beitritt und die Zuzugsmöglichkeiten von Rumänen und Bulgaren wird die Kriminalität in deutschen Landen weiterhin zunehmen.

Da die Kirchen nur mit sich selbst beschäftigt sind und im Übrigen nur in ihre Tasche arbeiten, würden sie nicht kostenlos Bibeln auf Märkten und öffentlichen Plätzen verteilen und für den christlichen Glauben Propaganda machen. Die religiöse Propaganda überlässt man dann lieber Salafisten und fanatischen muslimischen Predigern. Und wer sich gegen diese subversiven Einflüsse äußert, wird als intolerant oder antidemokratisch bezeichnet und muss – als Arbeitgeber – sogar damit rechnen, aufgrund des „Antidiskriminierungsgesetzes“ bestraft zu werden. So bleibt in unserem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat die Meinungsfreiheit auf der Strecke.

Selbst im Nahen Osten spricht es sich schon herum, dass man nur nach Deutschland zu kommen und sich hier als Flüchtling zu deklarieren braucht – und schon bekommt man vom Staat Unterstützung, Unterkunft und Arbeit. Palästinensische Jugendliche mit Mittelschulabschluss fragten bei mir an, ob ich ihnen nicht zu einem Studienplatz in Deutschland verhelfen könne. Dabei gibt es in Deutschland schon übermäßig viele Mediziner an den Universitätskliniken, die nicht einmal richtig Deutsch sprechen können, so dass man sogar fürchten muss, als Patient nicht richtig verstanden zu werden. Bei so viel Unbildung muss man Zweifel an deren fachlicher Qualität haben, zumal diese Mediziner gar nicht wissen, was ein „Numerus clausus“ ist.

Aber da Europa nicht mit einer Stimme reden kann und sämtliche Fehlschlüsse und Fehlkalkulationen auf Kosten Deutschlands gehen, ist auch der Kollaps Deutschlands programmiert. **Klaus Mosche Pülz, Guntersblum**

Euro-Kritiker raus

Zu: Euro-Kritiker in der Defensive (Nr. 2)

Ergänzend zum Artikel in der *PAZ* sei angemerkt, dass neben Klaus-Peter Willsch auch der Euro-Kritiker Alexander Funk, MdB, (CDU-Saar) nicht mehr dem Haushaltsausschuss angehören darf, ferner die sächsische CDU-Bundestagsabgeordnete und Euro-Kritikerin Veronika Bellmann nicht mehr dem Europaausschuss. Die treibende Kraft bei diesen Rausschmissen soll Presseberichten zufolge übrigens Schäuble gewesen sein. Kauder macht dann formal den Vollstrecker. **Michael Leh, Berlin**

Man lebt lieber mit den Lügen

Zu: Dummes Volk? (Nr. 48)

Sicherlich ist die Verdummung schon vielfach gelungen, denn wie soll man sich erklären, dass die Abschaffer Deutschlands immer wieder gewählt werden. Auf Seite 5 erinnert Frau Lengsfeld an den Marsch der 68er durch die Institutionen, und jetzt sind die Parteien von der Antifa infiziert. Der Verteidigungsminister verbietet Traditionspflege zur Wehrmacht, weil die Linken protestieren, da sie doch die rote Vergewaltigerarmee als Befreier ehren. Die 25 Cent Rentenzulage hatte der Wähler auch noch nicht als Verdummung angesehen, allerdings hätten wir heute den Teuro nicht, hätte man das Volk denn gefragt.

Leider haben wir jetzt schon zu viel SED, denn wer seine nicht genehme freie Meinung kundtut, muss mit Diffamierung und Berufsverbot rechnen. Der Publizist Jürgen Todenhöfer fordert eine Revision der Siegergeschichtsschreibung, welche schon lange überfällig ist, denn mit Halbwahrheiten werden Extremisten gezüchtet. Wer an die Alleinschuld Deutschlands glaubt, wird Deutschland hassen, und wer Lügen erkennt, kann ins andere rechte Extrem geraten.

Beide Extreme könnten reduziert werden, wenn man denn wahre Geschichte lehren würde, oder dürfen wir das immer noch nicht? Jedoch ist es ziemlich schizophren, wenn Politiker und Medien, die bereits „anders geschriebene Geschichte“ ausländischer Historiker nicht wahrnehmen wollen. Man bleibt lieber bei der Alleinschuldlüge, denn andernfalls könnte Hitler etwas entlastet werden, mit – wie sie wohl fürchten – Machtverschiebungen. Eine Überwachung und das Einschränken der Freiheit wird wohl demnächst gemeinsam mit den USA praktiziert. **Martin Schröder, Detmold**

Und wer hilft uns?

Zu: Kein Entrinnen (Nr. 1)

Guter Artikel zum Jahresanfang. Ein kleiner Hinweis zu „unseren Schwarzfüßen“ und deren Kosten: Die Integration dürfte die Milliarde (1000 Millionen) bei weitem überschritten haben, weil der Kommentar von der „FAZ“ schon ein paar Jahre alt ist. Eigentlich müsste man von unserer Kanzlerin Angela Merkel erwarten, dass sie bei den Saudis nach einer finanziellen Hilfe nachfragt. Schließlich sind es überwiegend muslimische Glaubensbrüder, die wir früher vor Wien noch in die Flucht gejagt haben.

Wie sich doch die Zeiten ändern. Und unser Pastor – IM Larve –, der Bundespräsident Joachim Gauck, setzt unsere Heimatvertriebenen, die millionenfach vergewaltigt und totgeschlagen wurden, mit Wirtschaftsflüchtlingen gleich. Tiefer geht es wirklich nicht. **Rüdiger Röthke, Berlin**

Neuer Freund im Osten

Zu: Streit um Russlandpolitik (Nr. 2)

Die Geschichte lehrt uns, dass es sowohl für Deutschland als auch für Russland von Vorteil war, wenn gute Beziehungen bestanden. Erinnert sei an das von Bismarck eingefädelte Dreikaiserabkommen zwischen Russland, Österreich und Deutschland. Solange dieses bestand, waren die politischen Verhältnisse stabil. Völlig ohne Not wurde es trotz mehrfachen Drängen Russlands nicht verlängert, die fatalen Folgen für beide Seiten sind bekannt.

Nun haben sich die Zeiten dahingehend geändert, dass keine deutschen Interessen in der Politik mehr geltend gemacht werden. Weder in der EU und erst recht nicht weltweit. Es zählt einzig das Wirtschaftsinteresse des Hegemons am anderen Ende des Atlantiks. Seit Kriegsende hat sich die deutsche Politik den Wünschen der USA unterzuordnen.

Derzeit stehen bezüglich Russlands die Zeichen einmal mehr auf Konfrontation. Der neue Kalte Krieg ist in vollem Gange. Vor diesem Hintergrund kommt für den Posten des Russlandbeauftragten der Bundesregierung nur die Personalie Schockenhoff in Betracht. Bereits in der vergangenen Legislaturperiode hat er sich auf diesem Gebiet als Poltergeist bewährt. Erinnert sei an seine Aussage, Russland steuere auf einen (Welt-)Krieg zu.

Ob es sich hierbei um einen Aussetzer handelte oder er ferngesteuert agierte, sei dahingestellt. Würde das Kriterium fachliche Eignung bei der Besetzung eine Rolle spielen, wäre die Bundesregierung mit der Berufung des Landes- und sprachkundigen Gernot Erler sicherlich besser beraten. Aber wie gesagt: Der Satrap bleibt nur so lange Statthalter, wie er den Anordnungen Folge leistet. **Ralf Möllering, Melle**

Wertlose Verträge

Zu: Vor dem Ansturm? (Nr. 2)

Englands Premierminister David Cameron will seine Zustimmung zur EU-Aufnahme von Ländern wie Serbien oder Albanien daran koppeln, dass vorab geklärt ist, dass Bürger dieser Staaten keine Ansprüche an das britische Sozialsystem anmelden können. Aber was hilft das? Vereinbarungen und Verträge sind, das ist inzwischen eindeutig belegt, in der EU das Papier nicht wert, auf das sie geschrieben sind. Das sieht man momentan ja wieder sehr gut bei uns hinsichtlich der Ansprüche von arbeitsunwilligen Migranten. **Rainer Ebeling, Rohrbach**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



Nr. 4 – 25. Januar 2014

Türme stehen zum Verkauf

Mehlsack – Die Stadt Mehlsack sucht Investoren, die am Kauf des denkmalgeschützten Kirchturmes interessiert sind. Das auf dem Marktplatz stehende 28 Meter hohe Gebäude aus dem Jahre 1851 ist der Überrest der im Zweiten Weltkrieg zerstörten neugotischen evangelischen Kirche.

Das Gebäude hat seit Kriegsende keine sakrale Funktion mehr. Der Turm stand neben dem Kirchenschiff, deren Steinfundamente noch gut zu sehen sind. Im Turm hingen zwei Glocken aus Bronze, wovon eine für Kriegszwecke abgegeben wurde. Die zweite Glocke dient der Pfarrkirche St. Peter und Paul.

Die Kirche wurde im Krieg zerstört und in den 60er Jahren auseinandergenommen. Die Stadt besitzt eine technische Dokumentation über die Renovierung des Turmes, erstellt durch die Partnerstadt in Deutschland. Wenn eine interessante Offerte eingeht, wird Mehlsack eine offizielle Ausschreibung für den Verkauf des Turmes veranlassen, der zum Beispiel touristischen Zwecken dienen könnte.

Das ist jedoch nicht der einzige Turm, den Mehlsack zum Verkauf anbieten will. Noch in diesem Monat wird die Ausschreibung für den Verkauf des Wasserturmes aus dem Jahre 1905 erfolgen, der seit einem halben Jahr nicht mehr in Betrieb ist. Das Objekt befindet sich im Naturreservat „Dolina Rzeki Walszy“ („Im Tal der Walsch“). Nach Auffassung der Stadtverwaltung kann man dort einen Aussichtspunkt mit einer Seilbahn oder ein anderes Objekt der aktiven Erholung errichten. Ende vergangenen Jahres hat die Stadt versucht, den Turm für 36000 Euro zu verkaufen, aber es fand sich kein Investor. *PAZ*

Proteststimmung in Königsberg

Neue Gebühr für Gebäudesanierungen empört Bürger – Kommunale Dienstleister genießen schlechten Ruf

Dass zu Beginn eines neuen Jahres die Tarife für Wohnnebenkosten erhöht werden, ist nichts Ungewöhnliches. Dass aber eine zusätzliche Gebühr für die Generalüberholung von Gebäuden auf die Mieter umgelegt wird, schon. Die Bewohner des Königsberger Gebiets demonstrierten vielerorts dagegen. Insgesamt ist eine größere Bereitschaft zu öffentlichen Protesten zu erkennen.



Fühlen sich betrogen: Städter wollen nicht für Haussanierungen zahlen Bild: J.T.

Pünktlich zu Beginn eines neuen Jahres steigen gewöhnlich die Tarife für Wasser-, Gas- und Stromlieferungen. Während die Preisanstiege in Russland recht unterschiedlich sind, fallen sie in Königsberg meist überdurchschnittlich hoch aus.

Im vergangenen Jahr wurde die Möglichkeit erörtert, auch die Kosten für notwendige Grundsanierungen von städtischen Wohngebäuden auf die Mieten umzulegen. Im Gebietsparlament, das normalerweise Gesetze stets einstimmig annimmt, hat das Thema hitzige Debatten zwischen den unterschiedlichen Fraktionen entfacht. Es gab viele Verbesserungsvorschläge und Zusätze zum Gesetzesentwurf, der Vergünstigungen für bestimmte Bürger vorsah. Die Fraktion „Einiges Russland“ unterstützte das Gesetz, während die meisten Abgeordneten der anderen Parteien dagegen waren. Die Spannungen verschlimmerten sich, als die endgültige Entscheidung von nur einer einzigen Stimme abhing. Der Abgeordnete, von dem die Annahme des Gesetzes schließlich abhing, war Wladimir Sultanow von der kommunistischen Fraktion. Obwohl alle Kommunisten dagegen waren, unterstützte er die Position von „Einiges Russland“ und entschied so den Ausgang der Abstimmung, womit er sowohl den Zorn seiner Parteigenossen als auch der meisten Bürger auf sich zog.

Seit dem 1. Januar finden die Bewohner des Königsberger Gebiets nun einen neuen Posten auf ihren Nebenkostenabrechnungen, die „Gebühr für Generalüberholung“, die 5,90 Rubel (13 Euro-Cent) pro Quadratmeter Wohnfläche beträgt, das heißt, für eine 50 Quadratmeter große Wohnung werden 300 Rubel (6,60 Euro) im Monat zusätzlich fällig. Bezahlen muss die Gebühr jeder, unabhängig davon, ob in seinem Haus bereits eine Sanierung durchgeführt wurde oder nicht. Viele sind gegenüber dieser Veränderung deshalb skeptisch, weil die mit den kommunalen Betrieben beauftragten Firmen in dem Ruf stehen, die Gelder zu veruntreuen. Landesweit gibt es immer wieder Skandale deswegen. Das hat sogar dazu geführt, dass in den Polizeibehörden Abteilungen eingerichtet wurden, die sich speziell mit der Untersuchung von Betrugsfällen im Bereich Wohnungswirtschaft kümmern.

Unzufriedenheit mit Lebensstandard

Liest man die monatlichen Abrechnungen aufmerksam, die jeder Bürger erhält, so wird er einiges Kurioses finden. Es kann vorkommen, dass der Anteil für die Treppenhausbeleuchtung, wo nur zeitweise ein paar Lampen brennen, höher ist als der Stromabschlag für die gesamte Wohnung, in der ständig elektrische Geräte Strom verbrauchen.

In den vergangenen Monaten haben die kommunalen Dienstleister Einzelzähler in den Wohnungen angebracht, um exakt nach Verbrauch abrechnen zu können. Bürgermeister Alexander Jaroschuk rät den Bürgern, sich selbst darum zu kümmern und zu prüfen, ob in ihrem Haus nicht gemeldete Personen leben und wenn ja, es ihren Versorgern mitzuteilen. Gemeint sind sogenannte „Gummiwohnungen“, das heißt, Wohnungen, in denen zehn und mehr Gastarbeiter wohnen, aber beispielsweise nur eine Rentnerin gemeldet ist, in deren Wohnung noch keine Einzelzähler angebracht sind. In dieser Wohnung würden dann hohe Kosten für Wasser, Wärme und Strom anfallen, aber die offizielle Mieterin zahle nur Kopeken.

Die Einführung neuer Gebühren hat in der Bevölkerung Empörung hervorgerufen. Ende Dezember kam es zu einer Kundgebung vor dem Roßgärter Tor in Königsberg. Dabei dominierten die Flaggen und Transparente der kommunistischen Partei. Die Partei „Bürgerplattform“ unterstützte die Kundgebung. Sie protestierten gegen die neue Gebühr für Generalsanierung. Auch in anderen Städten des Gebiets kam es zu Demonstrationen.

Insgesamt ist die Bereitschaft, im nördlichen Ostpreußen auf die Straße zu gehen, gestiegen. Bei Umfragen gaben 60 Prozent der Gebietsbewohner an, dass sie wahrscheinlich an Demonstrationen teilnehmen würden. Eine Umfrage vom Dezember zeigte, dass innerhalb eines halben Jahres die Bereitschaft, seine Meinung öffentlich kundzutun, sprunghaft gestiegen ist.

Als Grund für die Protesthaltung wurde an erster Stelle die allgemeine Unzufriedenheit mit dem Lebensstandard angegeben, gefolgt vom Ärger über die Verschlechterung im Bereich der Wohnungswirtschaft und Unmut über den massenhaften Zuzug von Migranten. *J. Tschernyschew*

Mit den Kreuzrittern nicht mehr über Kreuz

Museum im Rathaus der Stadt Soldau erzählt die Geschichte des Deutschordensstaates frei von jeglichen Ideologien

Noch vor wenigen Jahren wäre die Eröffnung eines Museums über die Geschichte des Deutschordensstaates in Soldau nicht möglich gewesen. Doch im Spätsommer vergangenen Jahres wurde in dem von den Deutschordensbrüdern gegründeten Städtchen Soldau nahe Neidenburg ein Museum eröffnet, das mit früheren Einrichtungen dieser Art fast nichts gemeinsam hat. Es entstand auf eine Initiative der Soldauer Rathausbeamten von der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit. Sie nutzten die einmalige Gelegenheit, während den Sanierungsarbeiten im Rathausgebäude einige Räumlichkeiten im Soldauer Rathaus in ein zwar kleines, in jeder Hinsicht aber sehr innovatives Museum umzuwandeln. Nach einem halben Jahr, das seit der feierlichen Eröffnung vergangen ist, kann man bereits von einem großen Besuchererfolg sprechen. Anziehend ist das Museum vor allem für Jüngere, die in Sachen moderne Mediengestaltung meist kundiger sind als Erwachsene.

Auf dem Soldauer Altmarkt erschienen am Eröffnungstag in bewundernswerter Eintracht der amtierende Hochmeister des Deutschen Ordens, Bruno Platter, der Marschall der Woiwodschaft Ermland-Masuren Jacek Protas und der Bürgermeister der Stadt, Bronisław Mazurkiewicz, sowie der neu gekürte Museumsdirektor Kazimierz Grazawski, ein Historiker von Beruf und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Allensteiner Universität. Seine Qualifikationen ermöglichten erstmals eine unvoreingenommene Präsentation zahlreicher Verdienste der Kreuzritter in Polen. Als Bahnbrecher dieses langwierigen Prozesses gilt der deutsche Historiker Udo Arnold, ohne den eine Neubewertung der zu besprechenden Fragen nicht zu denkbar gewesen wäre. Seine Abhandlungen sind daher in der Soldauer Bibliothek stark vertreten. 2012 erhielt Professor Arnold sogar die Ehrendoktorwürde der Uni in Allenstein für seine Verdienste, deren Ziel es war, einer weiteren Diffamierung des Ordens ein Ende zu setzen.

Bis dahin gab es eine in Polen weit verbreitete „schwarze“ Legende über das Wirken dieser mittelalterlichen Organisation. Sie verhinderte jahrzehntelang ein unvoreingenommenes Sprechen über ihre Hinterlassenschaft. Doch schon zum 600. Jahrestag der Grunwald/Tannenberg-Schlacht vom 15. Juli 1410 gab es vereinzelte Versuche, diesen im Laufe des vergangenen Jahrhunderts so oft missbrauchten Gedenktag weiterhin zu politisieren. Während einer staatlichen Veranstaltung zu jenem Anlass im Jahre 2010 wurde dem aus Wien, dem heutigen Hauptsitz des Deutschen Ordens, eingetroffenen Ehrengast Bruno Platter die Verfilmung von Sienkiewiczs Roman „Kreuzritter“ aufgetischt. Darin wurde der deutsche Orden ausschließlich aus einer rein polnischorientierten Sicht dargestellt, das heißt als eine macht- , blut- und habgierige Kraft, die man mit allen Mitteln bekämpfen musste, um die Grenzen des eigenen Staates zu schützen. Einer ebensolchen Darstellungsweise konnte man ferner in einer 1960 bei Tannenberg eröffneten kleinen Museumseinrichtung begegnen.

> Jahrzehntelang beherrschte die Legende von den macht- und habgierigen Rittern die polnische Sicht des Deutschen Ordens

Etwas anders verhielt man sich dagegen auf der Marienburg, wo vor allem den architektonischen Wert dieser großen Backsteinanlage im Blick hatte.

Das Soldauer Museum unterscheidet sich von der bisherigen Betrachtungsweise durch eine europa- und auch deutschlandoffene Einstellung. Das beweist bereits die Gestaltung der offiziellen Internetseite des Museums. Sie wurde dreisprachig polnisch, englisch und deutsch entworfen. Es sei hiermit erinnert, dass bislang fast keine deutschsprachigen Ausschilderungen im Allensteiner Schloss- und Burg-Museum vorhanden sind, was vielen deutschen Besuchern eine Besichtigung dieser wertvollen Museen erschwert. Dieser sprachliche Aspekt entfällt zum Glück bei dem von der EU geförderten Projekt in Soldau, dessen erfolgreiche Stifter und Gründer in einer ausführlichen und mit Bildmaterial gut belegten Information über den Inhalt und die geschichtliche Wandlung des Stereotyps Deutschordensritter/Kreuzritter folgendes schrieben: „Die politischen Änderungen in Polen nach dem Jahre 1989 und die Normalisierung der politischen Beziehungen mit dem vereinten Deutschland hatte den Verzicht auf die Nutzung der Symbole des Deutschen Ordens bei der Verfolgung der aktuellen politischen Ziele zur Folge. Obwohl verschiedene Aspekte in der Geschichte des Deutschen Ordens weiterhin zahlreiche Kontroversen und Streitigkeiten wecken und noch lange wecken werden, beschränken sie sich nur auf die Diskussionen und Debatten mit einem wissenschaftlichen und historischen Charakter. Die positive und die negative Seite der Geschichte von Kreuzrittern gehören also langsam der Vergangenheit an. Die Stimmung und die nationalistischen Bewegungen werden ruhiger und die Geschichte des Deutschordenslandes in Preußen kann endlich ohne ideologische Einflüsse untersucht werden“. *Grzegorz Supady*

Weitere Informationen unter: http://muzeum.dzialdowo.pl/impk/de/Ausstellung



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

ich freue mich immer, wenn uns Leserinnen und Leser schreiben, die nur sagen wollen, dass sie unsere Ostpreußische Familie gut finden. Herr **Martin Wuschke** aus Meinen bringt es mit drei Worten auf den Nenner „sie berührt mich“! Aber eine Erklärung fügt er dann doch hinzu: „Obwohl ich mit Jahrgang 1970 für die Geschehnisse zu jung und nicht betroffen bin wie die Generation meiner Eltern und Großeltern, berühren mich die Ereignisse und wie sie beschrieben werden, doch sehr. Aus Ihren Zeilen sprechen Trauer, Schmerz, Liebe, Zuversicht und sie erzählen von so vielen glücklichen Wiedersehen!“

Und so sollen sie auch heute von der Zuversicht sprechen, dass wieder einmal ein Wunder geschehen möge. Wunder gibt es zwar immer wieder, aber doch in immer größer werdenden Abständen, die Zeit fordert unerbittlich ihren Tribut. Das Wort Wunder bringt Herr **Axel Michaelis** aus Dobersdorf auf den Plan. Es wurde durch ein Gespräch mit dem Ehepaar **Sigrid** und **Hubert Henniges** aus Preetz in Holstein ausgelöst, das sich auf den vermissten Vater von Frau Sigrid bezog, auf den Stabsfeldwebel **Paul Hock**. Und dabei kam unsere Ostpreußische Familie ins Spiel, auf die nun das Ehepaar Henniges und ihr vermittelnder Freund alle Hoffnung setzt.

Paul Hock wurde am 29. Oktober 1908 in Mustin geboren. Er wurde Berufssoldat und war zuletzt Stabsfeldwebel in der 542. Volks-Grenadier-Division, Nachschub Kompanie 1542, Feldpostnummer 16689 E. Diese Division wurde im Juli 1944 auf dem Truppenübungsplatz Stablack aufgestellt und nahm an den Kämpfen in Ostpreußen teil. Die letzte Meldung, die seine Familie erreichte, stammt vom 2. Februar 1945. Es gibt einen Hinweis, der Anlass zu der Vermutung gibt, dass Paul Hock bei Pillau in russische Gefangenschaft geriet und vermutlich in jenen Tagen verstarb. Aber diese Annahme hat bisher zu keinen konkreten Angaben geführt.

Frau Henniges und ihre inzwischen verstorbene Mutter haben seit Jahrzehnten alle ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten genutzt, um das Schicksal von Mann und Vater zu klären, bis heute ohne Erfolg. Jetzt gab Herr Michaelis die Weichenstellung, wie er erklärt: „Da ich als Abonnent der *PAZ* über Großeltern und Eltern in den Leserkreis der Zeitung regelrecht hineingewachsen bin und die *Preußische* meine wichtigste Informationsquelle ist, kenne ich die Leistungen der Zeitung und damit auch die der Ostpreußischen Familie. Darauf gründet sich die vage Hoffnung, dass sich das Dunkel, das über dem Schicksal von Paul Hock liegt, doch noch erhellt, und die Ostpreußische Familie dieses Wunder vollbringt“.

Das ist keine leichte Hypothek, die uns da aufgetragen wird, denn gerade die letzten Kämpfe in Ostpreußen bergen viele nie geklärte Schicksale von Wehrmachtsangehörigen, und nicht nur von diesen. Im Laufe von Jahrzehnten sind hunderte von Suchfragen nach Vermissten an uns herangetragen worden, die zu Beginn des Jahres 1945 zwischen die Fronten gerieten oder von den Russen überrollt wurden. Nur sehr selten geschah das, was dann als „Wunder“ bezeichnet wurde, weil wir ja auch auf dem langen vergeblichen Suchweg der letzte Hoffnungsträger waren, wie auch in diesem Fall. Aber wir haben nie etwas unversucht gelassen – und so auch heute. Wir danken Herrn Michaelis für das Vertrauen und hoffen, dass er als Vermittler der Suchfrage brauchbare Hinweise aus unserem Leserkreis erhält (Axel Michaelis, Trensahler Weg 4 in 24232 Dobersdorf).

Nicht immer bekommt unsere Familienseite Anerkennung, und so musste ich einer Dame, die einen von mir redigierten Bericht als fade und langweilig bezeichnet, erklären, dass unsere Familienseite ihre eigenen Gesetze hätte. Sie wird eben von Älteren, die in ihr die verlassene Heimat und ihre Kindheit wieder finden wollen, ebenso gelesen wie von deren Söhnen und Enkeln – das haben ja die Zeilen von Herrn Wuschke bewiesen. Da muss man eben vieles erklären, was für die Fluchtgeneration selbstverständlich ist. Das habe ich der Dame geschrieben und auch, dass wir so klar wie möglich informieren müssen, damit unsere Leser auch in anderen Ländern für unsere Probleme Verständnis finden. Da hatte ich noch Zuschriften bekommen, die diese Erklärung untermauern, und die, wie die nächste Suchfrage beweist, sogar den Bogen über drei Länder und zwei Kontinente spannen.



Portal des Schulgebäudes der Königin-Luise-Oberschule in Königsberg Bild: Pekrul

Geschrieben hat die Anfrage Frau **Femke de Koning** aus den Niederlanden. Sie hatte sich zuerst telefonisch an uns gewandt und bedankt sich nun für unsere „Behilfsamkeit“, also für unsere Bereitschaft, ihr helfen zu wollen. Sie sucht den Sohn eines Königsbergers, um mehr über das Schicksal seines verstorbenen Vaters zu erfahren. Ob wir diesen mit einer Veröffentlichung erreichen, ist fraglich, da der Gesuchte in Kanada lebt oder lebte, denn auch er müsste heute bereits Mitte 80 sein.

Aber zuerst zu dem Vater, den in Gumbinnen geboren **Ernst Ruckpaul**. Das Königsberger Adressbuch von 1941 weist ihn als Bäckermeister auf dem Mitteltragheim Nr. 14 aus. Er war verheiratet, denn wie die Niederländerin mitteilt, suchte er nach dem Krieg von Eisenach aus über das DRK seine Familie. Erfolgreich, denn nach einigen vergeblichen Versuchen, sich im Raum Frankfurt selbstständig zu machen, wanderte Ernst Ruckpaul mit Frau und Sohn nach Kanada aus. Es dürfte ihm gelungen sein, dort in seinem Beruf Fuß zu fassen, denn auch Sohn **Martin** trat in des Vaters Fußstapfen. Allerdings verstarb Ernst Ruckpaul bereits in den 70er Jahren, seine Frau folgte ihm einige Jahre später. Martin Ruckpaul zog nach dem Tod der Eltern nach Toronto und wurde dort Berufsschullehrer für das Bäcker-und Konditorenhandwerk.

Soweit die Informationen, die Frau Femke de Koning uns übersandt hat. Sie möchte nun gerne erfahren, wie es Ernst Ruckpaul und seiner Familie in Kanada ergangen ist. Da anscheinend der Bäckermeister während des Krieges als Wehrmachtsangehöriger auch in den Niederlanden gewesen ist, wäre es für die Anfragende wünschenswert, etwas darüber zu erfahren. Besonders wichtig sind für sie die Lebensdaten von Ernst Ruckpaul. Deshalb ist Frau Femke de Koning sehr daran gelegen, mit Martin Ruckpaul in Verbindung zu kommen. Er blieb ihres Wissens unverheiratet und hat keine Nachkommen. Die Niederländerin ist für jede Auskunft dankbar. Frau Femke de Koning ist telefonisch unter (0031) 207630063 oder per E-Mail unter femke.dekoning@tuvalu.nl zu erreichen. Postadresse: Postbus 57226 in 1040 BC Amsterdam.

Sicher erinnern sich ehemalige „Luisenschülerinnen“ an das Haus in der Landhofmeisterstraße in Königsberg, in dem sich die Königin-Luise-Oberschule für Mädchen befand. Das Gebäude steht noch und ist in gut erhaltenem Zustand wie man auf dem Foto erkennen kann, das Herr **Jörn Pekrul**, Frankfurt am Main, auf einem seiner „Königsberger Spaziergänge“ gemacht hat. Auf diese werden wir wieder zu sprechen kommen, denn der 45-Jährige, der so bewusst Ostpreuße ist und den Spuren seiner Vorfahren mit einer Intensität nachgeht, die bewundernswert ist, hat für uns eine Art Bestandaufnahme der heute noch vorhandenen Zeugen deutscher Vergangenheit in Nordostpreußen erarbeitet. Herr Pekrul übersandte uns eine Fotomappe mit über 200 großformatigen Aufnahmen aus der heutigen Stadt, die auch dem unwissenden Betrachter einen Überblick vermitteln, wie die Vergangenheit noch immer in unserer alten Metropole spür- und sichtbar ist.

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Die geradezu meisterhaft aufgenommenen Fotos haben eine hohe Aussagekraft, man spürt, dass Jörn Pekrol bis in die letzten Winkel gekrochen ist, um verborgene Spuren zu entdecken. Diese Mappe ist für uns ein Schatz, denn wir werden nun für viele Königsbergfragen das aktuelle Foto finden, um das betreffende Thema auch bildlich veranschaulichen zu können. Dafür ein erstes großes Dankeschön an Herrn Pekrul, auch für die von ihm aufgezeichneten Erinnerungen seiner verstorbenen Mutter an Flucht und Vertreibung, die wir in einer der nächsten Folgen bringen werden.

Die Liebe des Fotografen zum Detail wird sichtbar in der Aufnahme vom Portal der ehemaligen Königin-Luise-Oberschule in der Landhofmeisterstraße, durch das heute russische Schulkinder gehen. Und von diesen erreicht uns nun der Wunsch, mit einer deutschen Schule eine Partnerschaft eingehen zu wollen. Die neue russische Direktorin, Frau **Eleonora Simonova**, hat sich an die Königin Luise-Schulgemeinschaft, in der sich ehemalige Luisenschülerinnen zusammengefunden haben, gewandt mit der Bitte, ihr bei der Suche nach einer für dieses Projekt aufgeschlossenen Lehranstalt zu helfen. Mit der Partnerschaft sollen die russisch-deutschen Beziehungen unter Kindern und Jugendlichen gefördert werden. Die Sprecherin der Schulgemeinschaft, Frau **Brunhild Roschanski**, Münster, hofft nun, über unsere Leserschaft eine Schule zu finden, die an der gewünschten Partnerschaft interessiert ist. Angesprochen sind in erster Linie Pädagogen und Kommunalpolitiker, aber auch Leser, die über Kinder und Enkelkinder Verbindung zu einer in Frage kommenden Schule haben. Als Ansprechpartnerin stellt sich Frau Roschanski zur Verfügung, die auch weitere Informationen vermitteln kann. (Brunhild Roschanski M.A., Aegidiimarkt 4 in 48143 Münster, Telefon: 0251/511940).

Unser Nachschrapselchen: Diesmal geht es wieder um ein Lied, das nur die Ostpreußen wissen könnten – ich muss leider passen. Auch Herr **Gerd Birth**, früher Canditten, dem von einer älteren Dame aus seinem Nachbarort Buchholz, Kreis Preußisch Eylau, der Wunsch vorgetragen wurde, kennt es nicht und wendet sich deshalb an mich im Vertrauen auf mein „phänomenales Wissen über unsere Heimatregion“. Leider habe ich das Lied nicht gespeichert, wenn ich es überhaupt je gehört und gelesen haben sollte. Schön und gut: Es handelt sich um den Text eines Liedes, das mit dieser Zeile beginnt: „Wir sind die ersten Preußen, wir sind vom Ostseestrand“. Wer das Lied kennt, übermittle bitte den Text und gegebenenfalls auch die Noten an Herrn Gerd Birth, Kantstr. 30 in 41836 Hückelhoven-Baal, Telefon: (02435) 616, Fax: (02435) 929280, E-Mail: g.birth@t-online.de.

Eure

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Treuer Gefährte

Ein Mischlingshund findet im fremden Treck sein Herrchen – Geschehen vor 69 Jahren auf der Frischen Nehrung

Die erste Suchfrage in unserer heutigen Kolumne hat uns zurückversetzt in jene Wintertage, als die große Fluchtwelle wie ein Tsunami über unsere Heimat hereinbrach und Männer, Frauen und Kinder mitriss in die Tiefe des Infernos, aus der viele nicht mehr auftauchten. Mögen auch fast sieben Jahrzehnte vergangen sein, die Erinnerung keimt auf und lässt sich nicht löschen. Zwar ist dieser Winter etwas gnädiger, weil er bis jetzt kaum Schnee und Kälte brachte und die Gedanken an eisige Fluchttage nicht so heftig aufkommen lässt, aber sie sind unterschwellig immer da und spiegeln sich in den Fluchtberichten wieder, die uns auch heute erreichen.

In Buchform, in bewahrten Tagebüchern, als biographische Aufzeichnungen für Kinder und Enkelkinder – jedes Einzelschicksal steht für sich, keines ist mit anderen zu vergleichen, und deshalb wird es schwer sein, eine Auswahl zu treffen, zumal wir immer nur Auszüge bringen können. Machen wir uns heute den Einstieg in diese Thematik etwas leichter mit einer Erinnerung, die uns Frau Anita Motzkus überlassen hat. Sie gehört zu den Berichten über das Schicksal unserer treuen Gefährten, den Hunden, die wir im vergangenen Jahr angeregt hatten. Aufgeschrieben hat sie Herr Dietrich Katins, aus dessen Heimatort Neuendorf, Kreis Gerdauen, Besitzer und Hund stammten.

„Es war der 12. Februar 1945. Wir standen im Treck auf der Frischen Nehrung im Wagenstau in der Nähe des Ortes Vogelsang. Das schleppende Vorwärtskommen hatte an diesem Tag auch sein Gutes. Wir hatten Zeit, auch schon mal etwas weiter vorzugehen, um sich umzusehen und auch nach eventuell bekannten Fahrzeugen Ausschau zu halten. Diese hatten wir zwar unter den vielen fremden Wagen nicht gefunden, dafür hatten wir aber ein anderes ergreifendes Erlebnis.

Mit unserem Fahrzeug stromerte auch immer der Hofhund von unserer Treckgefährtin Minna Baumann herum, der sich in wundersamer Weise die ganze Fluchtzeit über bei der Kolonne gehalten hatte. Das war sicher der guten Fürsorge von Michel, dem polnischen Kutscher, zu verdanken, bei dem auch die beiden strammen Pferde, zwei Füchse, in guter Obhut waren. Plötzlich, wie aus heiterem Himmel, fing Prinz an zu winseln, stellte sich dann an das hintere Ende eines fremden Wagens und kläffte nach oben in Richtung auf das Ende der Abdeckplane. Wir versuchten, ihn zurückzuhalten. Doch er riss sich los und sprang noch erregter an dem Wagen hoch. Mittlerweile regte sich auch etwas unter der Plane, was den Hund noch wilder werden ließ. Die Plane wurde zur Seite geschoben, und ein Landser in Uniform lugte vorsichtig heraus. Mit einem Satz sprang Prinz auf den Wagen, jaulte und leckte und ließ sich kraulen. Wir Umstehenden standen stumm da, dann sagte einer: ‚Mensch, das ist ja Baumanns Willi, der Sohn von Minna!‘



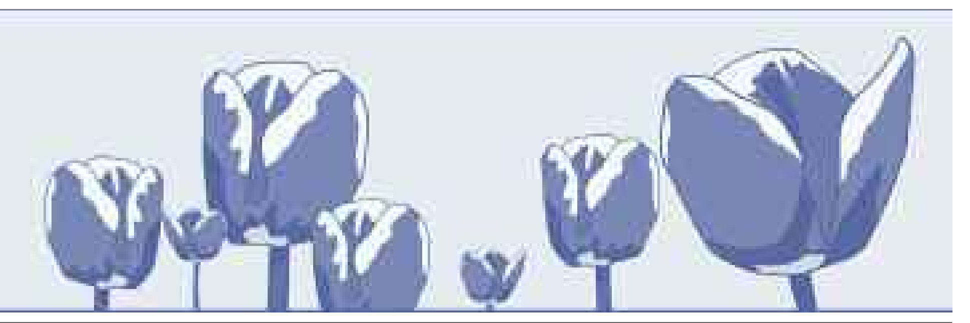
Flüchtlingstreck: Ohne tierische Begleiter ging nichts Bild: Archiv

Willi hatte einen Steckschuss im Gesäß und war nach einer Notversorgung im Kampfgebiet auf einem Flüchtlingswagen auf dem Weg ins Hinterland, um dort in einem Lazarett Aufnahme zu finden. Die Wiedersehensfreude war groß, besonders bei Minna Baumann. Willi wurde mit Hilfe einiger Männer sofort auf den Wagen seiner Mutter umgebettet, allein hätte er es wohl nicht geschafft. Es war wie ein Wunder. Da hatte ein Hund seinen Herrn im Stau der hier einen Fluchtweg suchenden Treckwagen erschnüffelt, den er ja vorher lange nicht gesehen hatte. Ein einfacher Hofhund, mittelgroß, mit buschigem, braunem Fell, ohne eines der viel gerühmten Rassemerkmale. Es zeigte sich wieder einmal, dass Mischlingshunde die anhänglichsten und treuesten Gefährten der Menschen sind.

Willi Baumann ist dann mit unserem Treck bis kurz vor Danzig gekommen, wo er Aufnahme in einem Lazarett fand. Er wurde von dort weiter nach Westen transportiert, aber nach der Ausheilung kam er wieder an die Front. Dort wurde er gefangen genommen und musste noch einige Jahre in Gefangenschaft im südlichen Kaukasus verbringen. Er hat leider seinen treuen Prinz nie wieder gesehen. Ein amerikanischer Soldat hat in Niedersachsen sein treues Hundeleben aus Übermut mit einer MZ kurzerhand ausgelöscht“.

Willi Baumann hat diese Fluchtgeschichte oft im Kreis seiner Landsleute bei Heimattreffen erzählt. Sicher wird er darüber nachgedacht haben, dass ohne die Entdeckung auf dem fremden Flüchtlingswagen durch Prinz vielleicht sein Leben anders verlaufen wäre, denn wer weiß, welchen Weg dieser Treckwagen genommen hat, ob er vielleicht von der Russenwalze überrollt worden wäre. Der Cousin von Anita Motzkus ist im vergangenen Jahr im Alter von 85 Jahren verstorben.

R.G.



Wir gratulieren ...

ZUM 103. GEBURTSTAG

Muschmann, Meta, geb. **Petrick**, aus Tewellen, Kreis Elchniederung, am 31. Januar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Schaar, Margarete, geb. **Lamb**, aus Fuchshagen, Kreis Ebenrode, am 28. Januar

Wichert, Gerda, geb. **Sauff**, aus Magotten, Kreis Wehlau, am 30. Januar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Klein, Helene, geb. **Mumedey**, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 31. Januar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Panne, Annemarie, geb. **Pruess**, aus Ebenrode, am 25. Januar

Urban, Heinrich, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, am 29. Januar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Elksnat, Helene, geb. **Danner**, aus Neu-Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 29. Januar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Grossmann, Erika, geb. **Piwko**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 27. Januar

Lengtat, Eva, geb. **Oschlies**, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 29. Januar

Ludwig, Anni, geb. **Schött**, aus Alt Passarge, Kreis Heiligenbeil, am 28. Januar

Niden, Hubert, aus Waiselhöhe, Kreis Neidenburg, am 30. Januar

Nolting, Helene, geb. **Hempel**, aus Wehlau, Große Vorstadt 24, am 27. Januar

Perschel, Elly, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 25. Januar

Schön, Johanna, aus Pillau, Kreis Samland, am 31. Januar

Uhlig, Ursula, geb. **Burger**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 28. Januar

Voss, Esther, geb. **Schellwat**, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 12. Januar

Werner, Horst, aus Lengen, Kreis Ebenrode, am 25. Januar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Grottschreiber, Geesche, geb. **Walter**, aus Lyck, am 28. Januar

Höhne, Gerda, geb. **Schwermer**, aus Tapiau, Lindemannstraße 8, Kreis Wehlau, am 28. Januar

Koss, Waltraut, geb. **Zacharias**, aus Walden, Kreis Lyck, am 30. Januar

Lehmann, Ottilie, geb. **Witulski**, aus Hamerudau, Kreis Ortelsburg, am 31. Januar

Renken, Ursula, geb. **Perschke**, aus Warten, Kreis Elchniederung, am 30. Januar

Schieschang, Herta, geb. **Marzinowski**, aus Milussen, Kreis Lyck, am 25. Januar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bandzus, Artur, aus Lyck, am 25. Januar

Bercz, Gerda, aus Königsruh, Kreis Treuburg, am 25. Januar

Breede, Hilde, geb. **Hamann**, aus Pillau, Kreis Samland, am 31. Januar

Christoffer, Lieselotte, geb. **Pawlowski**, aus Gusken, Kreis Lyck, am 31. Januar

Dombrowski, Anneliese, geb. **Kabey**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 27. Januar

Fröhlich, Gertrud, geb. **Wedler**, aus Motzfelde, Kreis Elchniederung, am 26. Januar

Gerdes, Ernst, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, am 27. Januar

Häring, Martha, geb. **Weissenberg**, aus Hochmühlen, Kreis Ebenrode, am 26. Januar

Harnedy, Charlotte, geb. **Abrosat**, aus Preußenwall, Kreis Ebenrode, am 30. Januar

Hartmann, Hugo, aus Dorschen Kreis Lyck, am 30. Januar

Ledrat, Hildegard, geb. **Böhnke**, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 26. Januar

Melenk, Siegfried, aus Ossafelde, Kreis Elchniederung, am 25. Januar

Paukstat, Edith, aus Gutsfelde, Kreis Elchniederung, am 28. Januar

Rittweger, Helga, geb. **Mallek**, aus Neidenburg, am 30. Januar

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

TERMINE DER LO

Jahr 2014

8./9. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.
5./6. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.
11. bis 13. April: Kulturseminar, Bad Pyrmont.
17./18. Mai: Deutschlandtreffen der Ostpreußen, Messe Kassel.
6. bis 9. Juni: Ostpreußisches Musikwochenende, Bad Pyrmont.
21. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Allenstein.
19. bis 21. September: Geschichtsseminar, Bad Pyrmont.
13. bis 19. Oktober: Werkwoche, Bad Pyrmont.
18. Oktober: 7. Deutsch-Russisches Forum im Königsberger Gebiet (geschlossener Teilnehmerkreis).
24. bis 26. Oktober: Schriftleiterseminar, Bad Pyrmont.
3. bis 7. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-26 oder info@ostpreussen.de.

Sareyko, Lieselotte, geb. **Clemens**, aus Metgethen, Kreis Samland, am 28. Januar

Sattler, Gertrud, geb. **Philipp**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 27. Januar

Schloemp, Edith Vera, geb. **Kasprzyk**, aus Neidenburg, am 29. Januar

Schwerin, Ilse, geb. **Lücke**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 27. Januar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Ganseleiter, Horst, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße, am 28. Januar

Gayk, Emma, geb. **Chudaska**, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 31. Januar

Kobs, Else, geb. **Kirstein**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 26. Januar

Krysewski, Kurt, aus Steinhalde, Kreis Ebenrode, am 26. Januar

Kunter, Charlotte, geb. **Drossmann**, aus Ebenrode, am 26. Januar

Liß, Emma, geb. **Koyro**, aus Lyck, Sentker Chaussee, am 27. Januar

Metschulat, Ernst, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 27. Januar

Schimkaese, Horst, aus Markgrafsfelde, Kreis Treuburg, am 28. Januar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Barten, Anna, geb. **Schulz**, aus Kahlholz, Kreis Heiligenbeil, am 29. Januar

Birth, Edith, geb. **Komaschewski**, aus Treuburg, am 31. Januar

Georgesohn, Annemarie, geb. **Krüger**, aus Ortelsburg, am 27. Januar

Goetz, Werner, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 29. Januar

Gusovius, Sabine, geb. **Gusovius**, aus Königsberg-Stadt, am 28. Januar

Hirseland, Anni, geb. **Mikeß**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 27. Januar

Matrisch, Wilhelm, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, am 30. Januar

Müller, Heinrich, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, am 31. Januar

Riemann, Kurt, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 25. Januar

Roschoszew, Ilse, geb. **Bardischews**, aus Pillau, Kreis Samland, am 26. Januar

Rose, Margarete, aus Albrechtswalde, Kreis Mohrungen, am 29. Januar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Franke, Werner, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 30. Januar

Georg, Irmgard, geb. **Lukaschewitz**, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 30. Januar

Keip, Grete, geb. **Kaminski**, aus Podersbach, Kreis Treuburg, am 29. Januar

Lieckfeld, Joachim, aus Prostken, Kreis Lyck, am 28. Januar

Malinowski, Elfriede, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 29. Januar

Müller-Schulz, Renate, geb. **Schulz**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 28. Januar

Pietruk, Helmut, aus Treuburg, am 27. Januar

Schuster, Willi, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 28. Januar

Schuster, Willy, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 28. Januar

Strack, Irma, geb. **Zyckla**, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 29. Januar

Wagener, Elfriede, geb. **Okuniek**, aus Talussen, Kreis Lyck, am 25. Januar

Anzeigen

Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen, die Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle und der Redaktion der „Preußischen Allgemeinen Zeitung" gratulieren herzlich ihrem Sprecher

Stephan Grigat

zu seinem 50. Geburtstag.

Wir wünschen ihm für das neue Lebensjahrzehnt die beste Gesundheit, Erfolg und persönliche Erfüllung bei seinen vielfältigen Aufgaben und weiterhin Schaffenskraft bei seiner Arbeit für Ostpreußen.

für den Bundesvorstand
Gottfried Hufenbach, Stellv. Sprecher
Friedrich-Wilhelm Böld, Schatzmeister

für die Mitarbeiter
Dr. Sebastian Husen, Bundesgeschäftsführer



Seinen 90. Geburtstag
feiert am 30. Januar 2014

Wilhelm Matrisch

aus Malshöfen, Kreis Neidenburg
jetzt Hinterm Stern 29, 22041 Hamburg

Es gratulieren herzlich und wünschen alles Gute
Astrid und Claus
Sigrun
Nico und Meggi mit Felix
Malte und Ines
Mandy Colleen und Torsten mit Tyra

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bahl, Günter, aus Rahmenen, Kreis Ortelsburg, am 26. Januar

Behrendt, Edeltraut, geb. **Paczenski**, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 25. Januar

Ecke, Irmgard, geb. **Piassek**, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 30. Januar

Ehresmann, Ursula, geb. **Newiger**, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 26. Januar

Fischer, Käte, geb. **Pietrowski**, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 30. Januar

Gerbig, Gerda, geb. **Szonn**, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 31. Januar

Gotthardt, Karla, aus Poggenburg, Posen, Westpreußen, am 22. Januar

Grünheit, Elfriede, geb. **Plewka**, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 29. Januar

Gütschow, Hannelore, geb. **Nadzeyka**, aus Lyck, am 29. Januar

Heinrich, Heinz-Josef, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 25. Januar

Hildebrandt, Hans, aus Schwengels, Dothen, Kreis Heiligenbeil, am 17. Januar

Hönes, Elfriede, geb. **Kraft**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 25. Januar

Knippschild, Chalotte, geb. **Zeranski**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 28. Januar

Lehmann, Ursula, geb. **Porschatis**, aus Lyck, am 30. Januar

Matzeit, Siegfried, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 31. Januar

Philipowski, Horst, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 27. Januar

Ramdor, Inge, geb. **Kloß**, aus Antonsdorf, Kreis Lötzen, am 31. Januar

Riede, Gertrud, geb. **Paczenski**, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 25. Januar

Riske, Hildegard, geb. **Balzuweit**, aus Wehlau, Pogegener Straße 5, am 25. Januar

Schaffrin, Anneliese, geb. **Hosenberg**, aus Klein Rauschen, Kreis Ortelsburg, am 27. Januar

Schittek, Helmut, aus Klein Dankheim, Kreis Ortelsburg, am 28. Januar

Schlender, Hans, aus Gollnow 6, Kreis Wehlau, am 28. Januar

Schridde, Helga, geb. **Bonk**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 30. Januar

Siegert, Anneliese, geb. **Kniest**, aus Scharfeneck, Kreis Ebenrode, am 30. Januar

Soika, Brigitte, geb. **Polixa**, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 26. Januar

Strathausen, Eva, geb. **Witt**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 30. Januar

Szendeleit, Dietmar, aus Neulirch, Kreis Elchniederung, am 29. Januar

Wielk, Ruth, geb. **Mauk**, aus Schönhöhe, Kreis Ortelsburg, am 30. Januar

Wiese, Günter, aus Pillau, Kreis Samland, am 27. Januar

Wirth, Anne-Maria, geb. **Ulrich**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 29. Januar

Zywietz, Hildegard, aus Schwirgstein, Kreis Ortelsburg, am 28. Januar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Arndt, Arno, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 31. Januar

Brodersen, Christel, geb. **Viehöfer**, aus Neu-Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 26. Januar

Härtel, Helga, geb. **Kowalski**, aus Radomin, Kreis Neidenburg, am 28. Januar

Happel, Ilse, geb. **Naroska**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 30. Januar

Hoffmann, Herta, geb. **Henning**, aus Rosenberg, Kreis Heiligenbeil, am 26. Januar

Horrmann, Gerhard, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 26. Januar

Hundertmark, Helmut, aus Goldbach, Karpau, Kreis Wehlau, am 30. Januar

Jordan, Waltraud, geb. **Schulz**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 27. Januar

Jüngling, Klaus-Dieter, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 30. Januar

Käppel, Gerda Christa, geb. **Damerau**, aus Alt Passarge, Kreis Heiligenbeil, am 27. Januar

Kolodzey, Gisela, geb. **Guzewski**, aus Tannau, Kreis Treuburg, am 31. Januar

Lux, Hartmut, aus Bergenau, Kreis Treuburg, am 26. Januar

Naroska, Joachim, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 30. Januar

Opiolla, Luise, aus Kassel, am 26. Januar

Patz, Günter, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 28. Januar

Riechert, Renate, geb. **Kuschinski**, aus Damerau, Kreis Ebenrode, am 29. Januar

Stapelmann, Elfriede, geb. **Edem**, aus Taplacken, Kreis Wehlau, am 27. Januar

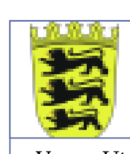
Treidel, Siegfried, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 28. Januar

Wagner, Ernst, aus Wehlau, Allestraße, am 30. Januar



Nowotsch, Horst, aus Morgengrund, Kreis Lyck, und Ehefrau Ingrid, geb. **Kossakowski**, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 25. Januar

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Reutlingen – Fahrt zum Deutschlandtreffen – Das Treffen findet vom 17. bis 18. Mai in der Messe Kassel statt. Die Fahrt geht ab Reutlingen vom 16. bis 19. Mai, also vier Tage mit drei Übernachtungen mit Frühstück in das 4-Sterne Waldhotel Schäferberg Espenau bei Kassel. Leistungen: Busfahrt, 3 Übernachtungen, dreimal Frühstücksbüffet. Der Transfer zur Messe zum Heimattreffen ist inklusive. Am Tag der Anreise ist noch eine Stadtrundfahrt in Kassel und die Besichtigung der Wilhelmsburg geplant. Auch für Sonntag, 18. Mai, nach dem Treffen wird es noch eine Überraschung geben. Am Montag, 19. Mai, wird die Gruppe nach dem Frühstück auf der Heimfahrt den Edersee besuchen. Nach Absprache ist eine Schifffahrt möglich. Alle Landsleute und Freunde der unvergessenen, verlorenen Heimat sind herzlich eingeladen mitzufahren, denn: Ostpreußen lebt! Weitere Auskunft bei Ilse Hunger, Telefon (07121) 52541. Es sind noch Plätze frei. Es werden wieder interessante und unvergessliche Tage werden.

Schwäbisch Hall – Mittwoch, 5. Februar, 14.30 Uhr, Hotel Sölch, Hauffstraße 14: Hans-Dieter Krauseneck referiert über „Ännchen von Tharau". Mitglieder und Freunde sind herzlich eingeladen.

Stuttgart – Mittwoch, 12. Februar, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Schloßstraße 92: „Stint ahoi". Eingeladen sind die Mitglieder der Kreis- und der Frauengruppe zur traditionellen Faschingsveranstaltung. Beiträge der Mitglieder sind erwünscht. Gäste sind herzlich willkommen.

Ulm/Neu-Ulm – Donnerstag, 13. Februar, 13 Uhr, Ulmer Stuben: Die Frauengruppe trifft sich zum traditionellen Fischessen. Anmeldungen bei Frau Mater.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Hof – Sonnabend, 8. Februar, 14 Uhr. Altdeutsche Bierstube Hof, 95030 Hof: Grützwurstessen. –**Bericht von der Jahreshauptversammlung mit Neuwahl des Vorstandes** – Die Kreisgruppe Hof hatte zu ihrer ersten Zusammenkunft im neuen Jahr 2014 mit Neuwahl des Vorstandes eingeladen. Nach dem gemeinsam gesungenen Westpreußenlied begrüßte der 1. Vorsitzende Christian Joachim herzlich eine stattliche Anzahl von Mitgliedern und Gästen, seine besten Wünsche galten den gewesenen Geburtstagskindern. In seinem Rückblick auf das Jahr 2013 dankte er für die monatlichen Zusammenkünfte, die Teilnahme an der Gemeinschaftsveranstaltung zum Tag der Heimat, die vielen Auftritte der Volkstanzgruppe unter Leitung von Jutta Starosta oder die Reisen in die Heimat. Jugendreferentin Jutta Starosta gab einen umfangreichen Bericht von ihrer vielseitigen Arbeit in der Jugendgruppe. Großer Dank und Anerkennung für diese gekonnten Vorträge und Tänze gilt dieser jungen Gruppe. Mit einem gemeinsamen Reiseprogramm in die Heimat, 2013 war es Schlesien, vertiefen sich die Wurzeln der Vorfahren. Revisor Gert Oehler bescheinigte dem erkrankten Schatzmeister Klaus-Dieter Napromski eine korrekte und gewissenhafte Kassenführung und Buchhaltung. Die ordnungsgemäß durchgeführte Vorstandswahl ergab folgende Mannschaft: 1. Vorsitzender Christian Joachim, Schatzmeisterin Hannelore Morgner, Schatzmeister-Vertreterin Christl Starosta, Schriftführerin Renate Pfaff, Schriftführer-Vertreterin Jutta Starosta, Sozialbetreuerin Waltraut Hahn, Jugendreferentin Jutta Starosta, Kulturreferent Bernd Hüttner, Heimatpflege Hannelore Morgner, Erika Kizina, Revisor Gert Oehler, Beisitzer Hildegard Drogomir, Gerda Künzel, Klaus-Dieter Napromski, Renate Oehler, Peter von Lossow. Der Vorsitzende Christian Joachim dankte Gert Oehler für die ordnungsgemäße Durchführung der Wahl und Entlastung des alten und neuen Vorstandes, dankte allen für die geleistete Zusammenarbeit und bat um gemeinsame heimatliche Zusammenarbeit im neuen Jahr 2014. Nach einem heiteren Gedicht stellte Bernd Hüttner den von ihm als Prominenten ausgewählten Friedrich I. von Preußen, geboren am 11. Juli 1657 in Königsberg, gestorben am 25. Februar 1713 in Berlin, und dessen Lebensgeschichte vor. Nach dem gemeinsam gesungenen Ostpreußenlied saß man noch beim geselligen Plausch zusammen. Termine: 10. bis 17. Juni: Reise nach Ostpreußen (Masuren-Kreis, Deutsch Eylau, Danzig). Gäste sind herzlich willkommen.

Kitzingen – Freitag, 14. Februar, 15 Uhr, Hotel Würzburger Hof: Valentinstag und fröhlicher Faschingsnachmittag mit Beiträgen der einzelnen Mitglieder und musikalischer Umrahmung durch Lm. Günter Schmidt.

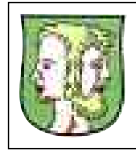
München – Jeden Montag, 18 bis 20 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Ostpreußischer Sängerkreis. Kontakt: Dr. Gerhard Gräf, Offenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960.

Nürnberg – Dienstag, 28. Januar, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Nürnberg-Langwasser (Endstation U-1): „Eine Reise auf die Insel Usedom und nach Stettin (Pommern)". Ein Mitglied aus Ansbach berichtet. Gäste sind immer herzlich willkommen.



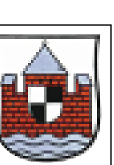
BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Lyck – Sonnabend, 1. Februar, 15 Uhr, Kleiner Ratskeller, Am Rathaus 9, 10825 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Peter Dziengel, Telefon (030) 8245479.





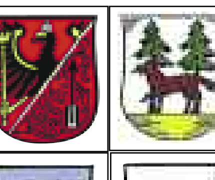
Tilsit-Ragnit/Tilsit-Stadt – Sonnabend, 8. Februar, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Hermann Trilus, Telefon (03303) 403881.

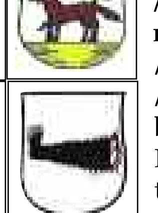


Rastenburg – Sonntag, 9. Februar, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



Frauengruppe – Mittwoch, 12. Februar, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 115, 10963 Berlin: Ostpreußische Küche. Anfragen bei Marianne Bekker, Telefon (030) 7712354.





Gumbinnen/Johannisburg/Lötzen/Sensburg – Dienstag, 18. Februar, 13 Uhr, Restaurant Dalmata, Albrechtstraße 52, 12167 Berlin: Die Gruppe trifft sich zum Jahresbeginn. Anfragen für Gumbinnen bei Joseph Kirche, Telefon (030) 4032681, für Johannisburg und Sensburg bei Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, für Lötzen bei Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.





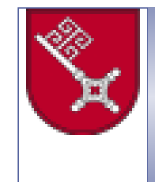
Angerburg/Darkehmen/Goldap – Donnerstag, 20. Februar, 14 Uhr, Restaurant Oase Amera, Borussiastraße 62, 12102 Berlin: Winter in Ostpreußen. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Bartenstein – Sonnabend, 22. Februar, 13 Uhr, Restaurant Heidelbeere, Heidelberger Platz 1: Eisbeinessen. Anfragen bei Elfriede Fortange, Telefon (030) 4944404.



Heilsberg/Rößel – Sonnabend, 22. Februar, 15 Uhr, Seniorenfreizeitstätte Maria-Rimkus-Haus, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin: Fasching. Anfragen für Heilsberg bei Benno Boese, Telefon (030) 7215570, für Rößel bei Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremen – Sonnabend, 1. Februar, 15 Uhr, Einlass ab 14.15 Uhr, Hotel Airport Bremen, Flughafenallee 26: Bremer West- und Ostpreußentag mit Fleck und Klopsen. Nach der Begrüßung ist Zeit zum Unterhalten und zum Bummeln und Schauen am Büchertisch. Gäste, die Kaffee und Kuchen möchten, können dieses zusätzlich bestellen. Zur Unterhaltung wurde der vom diesjährigen Sommerausklang bestens bekannte „Männerchor Harmonie Moordeich v. 1912 e.V." eingeladen. Er wird mit Volksliedern und volkstümlichen Melodien erfreuen. Das Essen beginnt um zirka 17.30 Uhr mit dem traditionellen Pillkaller. Anschließend gibt es je nach Wahl Königsberger Fleck oder Königsberger Klops (oder Gemüseteller). Die Veranstaltung soll wieder durch Einnahmen aus dem Bücherverkauf gesponsert werden. Für die Veranstaltung gelten daher folgende ermäßigte Preise: Eintritt und Essen (Königsberger Fleck): 10 Euro, Eintritt und Essen (Königsberger Klops od. Gemüseteller): 13 Euro. Eintritt ohne Essen fünf Euro. Das Geld kann auch überwiesen werden. - Anmeldungen sind erforderlich unter Benennung des Speisewunsches in der Geschäftsstelle oder auf Anrufbeantworter Telefon 3469718. Mitglieder aus Borgfeld und Lilienthal können sich auch bei Frau Reiter, Kiebitzbrink 89, Telefon (0421) 271012 anmelden.

HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

LANDESGRUPPE

Kulturreferat – Herzlich willkommen zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen am 17. undbis 18. Mai 2014 in den Messehallen in Kassel. Für die Fahrt des Kulturreferats zum Ostpreußentreffen sind noch ein paar Plätze frei. Zurzeit stehen leider nur noch Doppelzimmer zur Verfügung. Die Fahrt findet von Freitag, 16., bis Sonntag, 18. Mai, statt. Der Preis für diese dreitägige Fahrt beträgt nur 156 Euro pro Person im Doppelzimmer. Im Preis enthalten: Fahrt in einem 3-Sterne-Reisebus, 2 Übernachtungen mit Frühstücksbuffet im 4-Sterne-Hotel Best Western Grand City Kassel, am Freitag, 16. Mai Kuchen und Kaffee/Tee im Hotel, anschließend eine dreistündige Stadtrundfahrt und Besichtigung mit einem Gästeführer der Stadt Kassel, am Freitagabend, 16. Mai Abendbuffet in einem für die Gruppe reservierten Raum, Busfahrten zwischen Hotel und Messehallen. Abfahrten: Freitag, 16. Mai, 7.30 Uhr Kirchenallee – gegenüber Hamburg-Hauptbahnhof, 8 Uhr Bahnhof Harburg, 8.15 Uhr Meckelfeld, Höpenstraße 88 – Gaststätte Waldquelle. Rückfahrt: Sonntag, 18. Mai, 16 Uhr, von den Messehallen nach Meckelfeld, Harburg und Kirchenallee. Auskunft und Anmeldung bei Walter Bridszuhn, Telefon (040) 6933520.

KREISGRUPPE

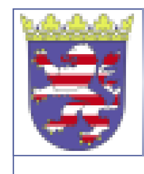
Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden 1. Mittwoch im Monat (außer Januar und Juli) mit Liedern und kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



Sensburg – Sonnabend, 15. Februar, 14 Uhr, Café Prinzess, Alsterdorfer Straße 572, Hamburg-Ohlsdorf: Gemütliches Beisammensein der Gruppe. Gäste sind herzlich willkommen.

BEZIRKSGRUPPE

Hamburg-Wilhelmsburg – Montag, 27. Januar, 15 Uhr, Gasthaus Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle): Heimatnachmittag „zum neuen Jahr": Erlebnisse, Wünsche, Erwartungen früher und heute.



HESSEN

Kommissarischer Vorsitzender: Ulrich Bonk, Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/Main, Telefon (069) 77039652.

Darmstadt – Fahrt zum Deutschlandtreffen – Die angekündigte Busfahrt vom 16. bis 18. Mai zum Deutschlandtreffen nach Kassel wird durchgeführt, da die Mindestteilnehmerzahl erreicht ist. Es sind noch Plätze frei. Weitere Anmeldungen nehmen Gerhard Schröder, Telefon (06151) 148788, oder Gisela und Christian Keller, Telefon (06074) 98327, entgegen.



Kassel – Donnerstag, 6. Februar, 14.30 Uhr: Jahreshauptversammlung. Anschließend gestaltet Ruth Barthel den Heimatnachmittag: „Freud und Leid zur Winterszeit".

Wiesbaden – Dienstag, 11. Februar, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: Treffen der Frauengruppe, Allerlei zur Fassenacht. Ein närrischer

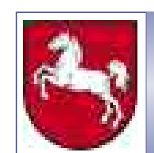
Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 17

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 25. Januar, 10.05 Uhr, 3sat: Heiliges Öl – Eine Kulturgeschichte des Olivenöls. Reportage, D 2005.
SONNABEND, 25. Januar, 14 Uhr, RBB: Am Frischen Haff. Zu Besuch im Bernsteinland.
SONNABEND, 25. Januar, 21.50 Uhr, 3sat: Max Beckmann. Der Erste Weltkrieg und das Werk des Malers. Doku, D 2013.
SONNTAG, 26. Januar, 8.05 Uhr, WDR 5: Osteuropa-Magazin.
SONNTAG, 26. Januar, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Vor 80 Jahren: Der deutsch-polnische Nichtangriffspakt wird in Berlin unterzeichnet.
SONNTAG, 26. Januar, 14.40 Uhr, 3sat: Weltenbrand. Doku zum Kriegsausbruch 1914.
SONNTAG, 26. Januar, 22.30 Uhr, 3sat: Westfront 1918. Antikriegsdrama, D 1930.
SONNTAG, 26. Januar, 23.30 Uhr, ZDF: Mörder unter uns. Reportage über Auschwitz-Prozesse.
MONTAG, 27. Januar, 15.15 Uhr, Arte: Verschollene Filmschätze. 1937. Die Hindenburg-Katastrophe.
MONTAG, 27. Januar, 20.15 Uhr, 3sat: World Wide War. Der geheime Kampf um die Daten. Doku.
MONTAG, 27. Januar, 22.45 Uhr, ARD: Putins Spiele. Doku über Wladimir Putin und seine Inszenierung der Olympischen Spiele im subtropischen Sotschi.
DIENSTAG, 28. Januar, 9.55 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Kalenderblatt. Vor 1200 Jahren: Kaiser Karl I., der Große, gestorben.
DIENSTAG, 28. Januar, 19.15 Uhr, Deutschlandfunk: Das Feature. Golfen auf Kohlegruben. Über das neue Selbstbewusstein Oberschlesiens.
DIENSTAG, 28. Januar, 20.15 Uhr, ZDF: Nicht alles war schlecht (1/2). DDR – Liebe, Lust und Freiheit.
DIENSTAG, 28. Januar, Arte: Der lange Schatten des Josef Stalin.
DIENSTAG, 28. Januar, 0.00 Uhr, NDR: Der Fall Chodorkowskij. Doku, D 2011.
MITTWOCH, 29. Januar, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 200 Jahren: Der Philosoph Johann Gottlieb Fichte gestorben.
MITTWOCH, 29. Januar, 21 Uhr, SWR: Betrifft: Was tun für die Rente? Reportage.
DONNERSTAG, 30. Januar, 13.07 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Länderreport. Wo geht's hier lang? Straßennamen und der Umgang mit Geschichte.
DONNERSTAG, 30. Januar, 13.20 Uhr, 3sat: Königsberg – Ferne, fremde Heimat. Doku, D 2005.
FREITAG, 31. Januar, 20.15 Uhr, 3sat: Sklavenarbeit für unseren Fortschritt. Die Doku erklärt die Herkunft seltener Rohstoffe aus den Minen Afrikas und Südamerikas und erzählt die Geschichten der Minenarbeiter.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

Nachmittag mit Spaß an der Freud'.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Helmstedt – Donnerstag, 13. Februar, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4: Treffen der Gruppe. Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (05351) 9111.

Osnabrück – Donnerstag, 30. Januar, 14 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Literaturkreis. – Dienstag, 11. Februar, 16.45 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Kegeln.

Rinteln – Donnerstag, 13. Februar, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42: Monatstreffen der Gruppe. Joachim Berg zeigt – teilweise in Farbe – Ausschnitte aus der „Ostpreußenreise 1937". Mit der Schmalfilmkamera gedrehte Amateuraufnahmen sind durch historisches Material ergänzt worden. – Informationen zu den weiteren geplanten Veranstaltungen und zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat, Telefon (05751) 5386 oder rebuschat@web.de.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Für die Fahrt zum Ostpreußentreffen am 17./18. Mai in Kassel sind noch einige wenige Plätze frei, ebenso Zimmer im gebuchten Hotel. Bei Interesse bitte melden bei Manfred Ruhnau, Kreisgruppe Bonn, Telefon (02241) 311395.

Bielefeld – Montag, 3. Februar, 14 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Zusammenkunft der Frauengruppe. – Donnerstag, 6. Februar, 14.30 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt. – Donnerstag, 13. Februar, 14.30 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Ostpreußische Platt.

Bonn – Sonnabend, 15. Februar, 19.30 Uhr, Stadthalle Bonn-Bad Godesberg, kleiner Saal: Traditioneller Winterball der Landsmannschaft Ostpreußen, Schlesien und der Sudeten. Buntes kulturelles Programm: Cirkus Schule Don Meloni, Volkstänze, Gesangverein „Frisch Auf" Meindorf und andere. Große Tombola. Eintritt: 15 Euro im Vorverkauf und an der Abendkasse, Schüler, Studenten und BJO 10 Euro. Alle Landsleute und Ostpreußen-Gruppen sind herzlich dazu eingeladen. Weitere Auskünfte bei Manfred Ruhnau Telefon (02241) 311395.

Düsseldorf – Mittwoch, 5. Februar, 15 Uhr, GHH/Raum 311: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Jeden Mittwoch, 18.30 bis 20 Uhr, GHH/Eichendorff-Saal, I. Etage: Chorporbe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen – Westpreußen – Sudetenland. – Donnerstag, 13. Februar, 19.30 Uhr, GHH/Raum 412: Offenes Singen mit Barbara Schoch. – Freitag, 14. Februar, 18 Uhr, Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62, 40210 Düsseldorf: Stammtisch.

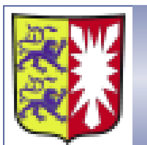
Gütersloh – Montags, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Realschule, Moltkestraße 13: In unregelmäßigen Abständen findet der Ostpreußische Singkreis statt. Informationen bei Renate Thamm, Telefon (05241) 40422. – Freitag, 7. Februar, 17.30 Uhr, Brauhaus, großer Saal: Einladung zum Essen. Es gibt Eisbein oder Kassler mit Sauerkraut, dazu Kartoffelpüree oder Bratkartoffeln. Preis 13 Euro. Anschließend gibt es ein Unterhaltungsprogramm und Zeit zum Schabbern. Anmeldung ist bis spätestens 3. Februar erforderlich bei Josef Block, Telefon (05241) 34841, oder Marianne Bartnik, Telefon (05241) 29211. – **Busfahrt zum Deutschlandtreffen in Kassel vom 16. bis 18. Mai** – Bitte schon jetzt einen Platz für die Busfahrt reservieren bei Marianne Bartnik, Telefon (05241) 29211. Näheres bezüglich Ablauf, Programm und Preis wird in einem Faltblatt nach erfolgter Anmeldung mitgeteilt. – Donnerstag, 13. Februar, 15.30 Uhr, Gütersloher Brauhaus, Unter den Ulmen 9: Ostpreußische Frauengruppe.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116: Die Gruppe trifft sich zum Kartenspielen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Malente – Freitag, 7. Februar, 15.30 Uhr, Uwe Seeler Park (Fußballschule), Am Stadion 4, Bad Malente-Gremsmühlen: Jahreshauptversammlung. Die Jahreshauptversammlung beginnt mit folgender Tagesordnung: 1. Eröffnung und Begrüßung, 2. Totenehrung, 3. Jahresbericht des Vorsitzenden, 4. Kassenbericht, 5. Bericht des Kassenprüfers, 6. Entlastung des Vorstandes, 7. Wahlen a) Vorsitzender, b) Stellvertretender Vorsitzender, c) Schriftführer, d) Kassenführer, e) Stellvertretender Kassenführer, f) Beisitzer, g) Zwei Kassenprüfer, 9. Anfragen und Verschiedenes. Gäste sowie Freunde der Landsmannschaften sind herzlich willkommen. Anmeldung zur Jahreshauptversammlung bis zum 4. Februar im Blumenhaus Franck, (Inh. R. Dluzak) in der Bahnhofstraße oder unter Telefon Malente 2659.

Bad Oldesloe – Mit Ausblick auf den Frühling war die Kaffee-Tafel der **Januar-Runde** mit einem Tulpenstrauß geschmückt. Die Vorsitzende schloss in die Begrüßung gute Wünsche für das Jahr 2014 ein. Georg Baltrusch hatte mundartliche Beiträge mitgebracht: vom Lehrer in Masuren und seinen Gänsen und von der „Musche-Kuh", die uns mit vielen Lebensmitteln versorgt. Die beruflichen Tätigkeiten der Frauen im Laufe der letzten 100 Jahre hatte Gisela Brauer zum Thema des Nachmittags gemacht. Sie stellte dabei die Bäuerinnen in der Heimat heraus, die in beiden Weltkriegen des vorigen Jahrhunderts die Höfe allein verantwortlich bewirtschafteten und damit die Ernährung der Bevölkerung sicherten. Die Bauern waren an der Front, in Kriegsgefangenschaft oder gefallen. Sie sprach außerdem von Nonnen und Diakonissen im Pflegedienst beziehungsweise als Gemeindeschwestern, von Lehrerinnen, Stenotypistinnen und auch von Künstlerinnen. In der lebhaften Aussprache danach erinnerte Boris Makarowski an die Dorfschneiderinnen, die vielfach als Hausschneiderinnen auf den Bauernhöfen tätig waren und zum Teil mit Naturalien entlohnt wurden. Sie fertigten und änderten Kleidung und nähten alles von der Aussteuerwäsche bis zum Brautkleid. Drei Schwestern seines Vaters arbeiteten als Dorfschneiderinnen. Eine besaß einen Webstuhl und webte Flickenteppiche aus Stoffresten. Nächster Termin: Jahreshauptversammlung mit Fleck oder Königsberger Klops-Essen am Mittwoch, 12. Februar, 13.30 Uhr, in Wiggers Gasthof, Bahnhofstraße 33, Bad Oldesloe.

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 11. Februar, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Der Extremsportler Wolfgang Kulow aus Lensahn hält einen Vortrag zum Thema: „Mit dem Fahrrad über den zugefrorenen Baikalsee". Gäste sind herzlich willkommen.

Schönwalde am Bungsberg – Sonnabend, 25. Januar, 15 Uhr, Café Ehlers: Arbeitstagung in Kasseedorf. – Donnerstag, 30. Januar, 14 Uhr, Jugendherberge: Seniorenbegegnung.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

Jena – Freitag, 31. Januar, 14 Uhr, Panorama Gaststätte Schlegelsberg, Oskar-Zachau-Straße 6, 07749 Jena: Gruppentreffen mit „Rückblick 2013 und Überblick aller Veranstaltungen 2014". Alle Landsleute sind herzlich willkommen! – Freitag, 28. Februar, 14 Uhr, Panorama Gaststätte Schlegelsberg, Oskar-Zachau-Straße 6, 07749 Jena: Gruppentreffen mit Vortrag von Frau Böttcher über „Walter Scheffler". Alle Landsleute sind herzlich willkommen!

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Ostpreußisches Landesmuseum



Postkarte aus der Kreisstadt Labiau Bild: OL

Dienstag, 4. Februar, 14.30 Uhr: Alltagsleben in Ostpreußen. Nach 50 Jahren – Filmmaterial aus Labiau.

Bäckermeister Riemann leistete sich gegen Ende der 1930er Jahre eine Filmkamera und hielt Alltagsszenen seiner Heimatstadt Labiau fest, die heute Dokumente einer untergegangenen Zeit sind. Schwarzweiß- und einige Farbstreifen wurden von der Kreisgemeinschaft Labiau zu einem zirka 40 Minuten langen Film zusammengefügt. Da Riemann aktives Mitglied im Schützenverein war, gehören auch Schützenfeste mit Umzügen zu seinen Motiven.

Manfred Heinrich war Sohn des Herausgebers der Labiauer Zeitung und besuchte 1997 zum ersten Mal nach der Vertreibung seine Heimatstadt. Geschickt verbindet er eigene Erinnerungen aus der Zeit bis 1945 mit Eindrücken von 1997. Seine Filmaufnahmen aus Labiau, aber auch aus anderen Orten des nördlichen Ostpreußens sind auch bereits wieder historische Dokumente geworden.

Im Anschluss: gemütliches Beisammensein mit Tee, Kaffee und Gebäck. Rechtzeitige Reservierung unter Telefon (04131) 75995-0 oder info@ol-lg.de empfohlen. Eintritt 5 Euro.

Medialer Erfolg zum Jahreswechsel

Hamburger Landesverband der Vertriebenen zu Gast im Rathaus

Es ist nicht vermessen zu erwähnen, dass über die dem Bund der Vertriebenen (BdV) Hamburg angeschlossenen Verbände beim traditionellen Jahresausklang, der „24. Brauchtumsstunde", aber vor allem bezüglich des „40. Jubiläums der Teilnahme", vor allem der Schlesier, Ostpreußen und Pommern am „Neujahrsempfang im Rathaus", noch nie so großartig berichtet worden ist. Als „mediale Speerspitze" des BdV seit Jahrzehnten bei diesen jährlichen Vorhaben seit 1974 (Neujahrsempfang) und 1990 (Brauchtumsstunde), war der persönliche Einsatz der Landsleute in Hamburg, besonders bei den Weih-nachtsfeiern des Schlesier- und Ostpreußenchors und den Veranstaltungen zum Jahreswechsel, so erfolgreich.

Verbandsarbeit in Hamburg ist lebendiger denn je

Mit schlesischer Ausdauer und deutschem Fleiß stand Landsmann Piesch seit 1953 bei den Schlesiern und später bei den Oberschlesiern, sowie beim BdV,


Beim Neujahrsempfang in Hamburg: Vertreter der Vertriebenen Bild: G. Galauner

seinen Mann, um auch als „junger Trachtler" in der „Glinder Schlesier-Trachtengruppe" (Schmiedeberger Volkstracht) und auch in der landsmannschaftlichen Arbeit Zukünftiges zu gestalten. Er belebte mit seinen Ideen die kultursoziale Verbandsarbeit in der Hansestadt.

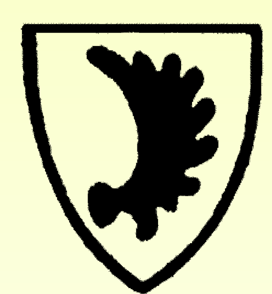
Es gelang erneut, gemeinsam mit anderen Landsmannschaften beim Jahreswechsel einen großartigen Erfolg zu erzielen. Sowohl bei der Brauchtumsstunde als auch beim Jahresempfang des Senats in Hamburg am Neujahrstag im Rathaus konnten die Vertreter der Vertriebenenverbände beweisen, dass die Verbandsarbeit der Ost- und Mitteldeutschen und den Siedlungsdeutschen in Hamburg lebendiger denn je ist.

Am 1. Januar waren über achthundert Besucher, darunter eine stattliche Abordnung der Heimatvertriebenen und Aussiedler, bei den Bürgermeistern Olaf Scholz und Dr. Dorothee Stapelfeldt, um beide mit Neujahrsgeschenken, wie einem „Schlesischen Rundbrot" und Neujahrsblumen, zu überraschen.

Es ist erfreulich, dass neben den Fernsehsendern SAT1 und HH 1 auch das „Hamburg Journal" des Norddeutschen Rundfunks (NDR) berichtete. Nach anschließend hell erklingendem traditionellem „Glück auf!" der Landsleute für die beiden Bürgermeister zum Abschied wurden die Vertreter der Vertriebenenverbände umfassend und ausführlich interviewt.

Zwar fehlten Hinweise darauf, dass die Verbände seit 40 Jahren die Neujahrsgratulationen mit den landsmannschaftlichen Abordnungen durchführen. Dafür berichteten die Printmedien umso gründlicher über die landsmannschaftlichen Verbände und deren kultursoziale erfolgreiche Arbeit. *BdV/LvD Hamburg/PAZ*

Auflösung des Preisrätsels



Herzlichen Dank allen Lesern, die an unserem Weihnachtspreisrätsel teilgenommen haben.

Die richtige Lösung lautet:

Allenstein

Die Preise in Form von Geschenkpackungen mit Königsberger Marzipan sind den Gewinnern bereits zugeschickt worden. Sollten Sie zu denen gehören, die dieses Mal nicht gewonnen haben, so seien Sie jetzt schon auf unser nächstes Preisrätsel hingewiesen, das Ihnen auch wieder viel Freude bereiten soll. Nochmals allen Teilnehmern herzlichen Dank!

Geschäftsstelle der Ostpreußischen Kulturstiftung, Postfach 17, 91791 Ellingen

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Kreisvertreter begeht runden Geburtstag

Für seine Heimat Ostpreußen, insbesondere für den Kreis Angerburg, hat sich der Jubilar Kurt-Werner Sadowski schon seit mehr als fünfzig Jahren ehrenamtlich eingesetzt, und er tut es nach wie vor mit einem unglaublichen Engagement.

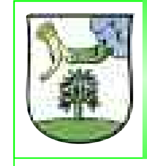
Geboren wurde Kurt-Werner Sadowski am 4. März 1934 in Insterburg. Bis zur Flucht am 23. Oktober 1944 lebte er in seinem Elternhaus in Benkheim, Kreis Angerburg. Auf der Flucht führte ihn, zusammen mit seiner Mutter, der Weg zunächst nach Heilsberg. Von dort aus ging im Winter 1945 die Flucht weiter über das Haff nach Westdeutschland, nach Barme, jetzt Dörverden. Nun wurde Niedersachsen Ausgangspunkt für den weiteren Lebensweg von Kurt-Werner Sadowski. Nach Gymnasium und Fachschule erlernte er den Beruf des Industriekaufmanns. Von 1961 bis Juni 1964 war er Bürgermeister und Gemeindedirektor in Barme/Dörverden. Am 1. Juli 1964 erfolgte der Wechsel in den Bremischen Verwaltungsdienst. Jetzt wurde die Freie und Hansestadt Bremen ein weiterer Ort auf dem Lebensweg des Jubilars. Doch nicht nur beruflich ergab sich eine Veränderung in seinem Leben, eine Frau Namens Ruth kreuzte seinen Weg. Und diese besagte Frau steht ihm seit mehr als vierzig Jahren bei all seinen Aufgaben zur Seite.

Neben seiner Tätigkeit als Abteilungsleiter für Personal und Haushalt in einer Behörde im Geschäftsbereich des Senators für Bauwesen hat Kurt-Werner Sadowski seine ehemalige Wirkungsstätte in Barme/Dörverden nicht vergessen. Nachdem er Gründungsmitglied des Vereins S.C. „Weser“ Barme e.V. 1964 war, erfolgte prompt die Wahl zum 1. Vorsitzenden. Ein Ehrenamt, das er bis 1987 ausübte und dann zum Ehrenvorsitzenden ernannt wurde. Doch nicht nur ein Amt ausüben, sondern in diesem Falle selbst sportlich zu sein, das tut Kurt-Werner Sadowski bis heute. Sooft es die Zeit erlaubt, geht er in Barme/Dörverden zum Tischtennis, ein Anliegen und Ausgleich. Dieser Ausgleich ist nur zu verständlich, wenn man weiß, wie sehr sich Kurt-Werner Sadowski für seine Heimat einsetzt. Seit dem 15. Juni 1958 gehört er zu der jüngeren Generation der Angerburger, die sich zur Mitarbeit in der Kreisgemeinschaft bereit erklärten. Seit 1963 gehört er dem Kreistag (Delegiertenversammlung) an. Von dem Zeitpunkt an ging es kontinuierlich weiter. Am 20. Juni 1981 erfolgte die Wahl in den Kreisausschuss. Stellvertretender Kreisvertreter wurde er am 11. September 1993. Und schließlich erfolgte am 15. September 2001 die Wahl zum Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Angerburg. Seit 1982 ist er zudem auch Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. Bremen. Dem Vorstand gehörte er seit 1998, zunächst als Beisitzer, an und seit 1999 war er auch für die Kassengeschäfte zuständig. Für seine Arbeit für Ostpreußen wurde er am 29. November 2003 mit dem Silbernen Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen ausgezeichnet. Eine Zeit später folgte das Goldene Ehrenzeichen der Landsmannschaft.

Als Kurt-Werner Sadowski zum Kreisvertreter gewählt wurde, da konnte er nicht ahnen, welche Veränderungen der Kreisgemeinschaft Angerburg bevorstanden. In seiner ruhigen, umsichtigen Art hat er die Kreisgemeinschaft durch schwierige Zeiten gebracht. Stets war und ist er bemüht einen guten Kontakt zu unserem Patenschaftsträger, dem Landkreis Rotenburg (Wümme) zu halten. Ebenso ist es ihm ein ganz wichtiges Anliegen die Verbindung zum Heimatkreis zu pflegen, dazu gehören die Unterstützung der Deutschen Gesellschaft Mauersee und der Kontakt zu den dortigen Behörden und Schulen. Auch Erhalt und Pflege ehemaliger deutscher Friedhöfe, um einen Ort des Erinnerns und Gedenkens zu wahren, hat große Priorität bei Kurt-Werner Sadowski. Für sein ehrenamtliches Engagement wurde er im September 2013 vom Landkreis Rotenburg (Wümme) mit dem Ehrenteller des Landkreises ausgezeichnet. Und nur wenige wissen, wie sehr sich Kurt-Werner Sadowski und seine Frau nach dem Umzug des Archivs, Geschäftsstelle und dem Angerburger Zimmer über die letzten Jahre eingebracht haben.

Die Angerburger können ihm für diesen Einsatz nicht oft genug „Danke“ sagen. Möge das neue Lebensjahrzehnt ihm viele schöne Momente bringen.

Susanne Hagen



LABIAU

Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein, Telefon (04853) 562. info@strammverlag.de, Internet: www.labiau.de.

Aufruf zur Wahl der Kreisvertretung

Die Vorschlags- und Bewerbungsfrist für die Kandidaten als Kirchspielvertreter ist Ende Dezember 2013 abgelaufen. Der Wahlausschuss, bestehend aus den Kirchspielvertretern Erika Freitag (Vorsitzende), Extertal, Brigitte Hagedorn, Dortmund, und Martina Hahn, Bad Oldesloe, hat die Kandidatenliste aktualisiert und gibt für die Wahl der Kirchspielvertreter am 15. März 2014 folgende Namen für die Kirchspiele bekannt: **Friedrichsrode/Sussemilken:** Horst Warthun, Bruno Reichwald (Ersatzvertreter), **Gilge:** Erika Freitag, Groß Baum: Martina Hahn, **Groß Legitten:** Hubertus Springer, **Hohenbruch/Lauknen:** Brigitte Stramm, **Kaimen:** Ilse Hunger, Dorothea Kurzmann, **Labiau-Land:** Anni-Lore Lemke, Bärbel Lemke, Klaus-Arno Lemke, **Labiau-Stadt:** Heinke Lanatowitz, **Laukischken:** Egbert Marenke, Irma Marenke, **Liebenfelde/Mehlauken:** Alfred Erdmann, Ludendorff: Helmuth Krautien, **Markthausen/Popelken:** Alfred Schaulinski, Anneliese Todt, Thomas Rieser, Karl-Heinz Hundsdörfer (Ersatzvertreter). Entsprechend der Wahlordnung vom 13. April 2003 erfolgt die Wahl schriftlich und namentlich durch eine formlose Postkarte an die Geschäftsstelle der Kreisgemeinschaft Labiau z. Hd. Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein. Die Postkarte muss den Namen der zu wählenden Person enthalten sowie die Heimatanschrift des Wählenden. Dieser muss in der Heimatortskartei Labiau geführt sein. Bei Einsendung von beispielsweise mehreren Postkarten werden alle abgegebenen Stimmen ungültig. Jeder Wahlberechtigte hat so viel Stimmen wie Kandidaten für sein Kirchspiel zu wählen sind. Einsendeschluss der Postkarten ist der 15. März 2014. Entsprechend Punkt 6 der Wahlordnung sind die Kandidaten mit den jeweils höchsten Stimmenzahlen gewählt. Der Wahlausschuss stellt das Ergebnis der Wahl fest und veröffentlicht es in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt.* Über einen Wahleinspruch, der innerhalb von vier Wochen nach Veröffentlichung schriftlich bei der Geschäftsstelle eingegangen sein muss, entscheidet der Wahlausschuss. Bei Unklarheiten melden Sie sich gerne bei der Kreisvertreterin. Wir bitten um rege Beteiligung.

PREUSSISCH EYLAU

Kreisvertreter: Rüdiger Herzberg, Brandenburger Straße 11 a, 37412 Herzberg, Telefon (05521) 998792, Fax (05521) 999611, E-Mail: r.b.herzberg@ t-online.de; Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer Heimatmuseum im Kreishaus Verden (Aller): Manfred Klein, Breslauer Str. 101, 25421 Pinneberg, Tel. (04101) 200989, Fax (04101) 511938, E-Mail: manfred.klein.rositten@malle-tech.de, www.preussisch-eylau.de.

Zehntägige Busreise

Die Canditter Gruppe wird in der Zeit vom 25. Juni bis 4. Juli 2014 eine Busreise nach Ostpreußen unternehmen und mit der Fähre zurückfahren. Reiseverlauf: **1. Tag (Mittwoch, 25. Juni):** Einstieg/Zustieg, beginnend in Bielefeld, dann Weiterfahrt nach Herford, Langenhagen und ZOB Hannover, ferner entlang der A2 und des Berliner Rings; Passieren der deutsch-polnischen Grenze bei Frankfurt/Oder und Weiterreise bis zum Hotel „Pietrak“ in Wongrowitz am See/Warthegau. **2. Tag (Donnerstag, 26. Juni):** Von Wongrowitz über Thorn mit Stadtbesichtigung dann weiter bis zum Hotel „Gorecki“ in Heilsberg für 3 Übernachtungen. **3. Tag (Freitag, 27. Juni):** Vormittags zur freien Verfügung, nachmittags Ehrenmalfeier in Canditten und Grillnachmittag mit gemütlichem abendlichen Beisammensein im Storchendorf Schewecken. **4. Tag (Sonnabend, 28. Juni):** Fahrt nach Landsberg, Canditten und Blumstein zum Besuch von Freunden und Bekannten; für alle übrigen Teilnehmer eine kleine Fahrt ins Blaue beziehungsweise Möglichkeiten für eigene Unternehmungen. **5. Tag (Sonntag, 29. Juni):** Abfahrt vom Hotel in Heilsberg, dann Passieren der polnisch-russischen Grenze bei Beisleiden; Kurzbesuch am L'Estocq-Denkmal und in der Stadt Preußisch Eylau [Bagrationowsk]; Weiterfahrt nach Königsberg für eine Stadtbesichtigung in Königsberg; dann Weiterreise zum Hotel in Rauschen an der Ostseeküste für 2 Übernachtungen. **6. Tag (Montag, 30. Juni):** Fahrt zum Ostseebad Cranz oder zur freien Verfügung für eigene Unternehmungen. **7. Tag (Dienstag, 1. Juli):** Abfahrt vom Hotel in Rauschen und Weiterfahrt zur Kurischen Nehrung; dort Besuch der Vogelwarte Rossitten und der Epha-Düne, verbunden mit einem wunderschönen Spaziergang durch die einmalige Haff-Landschaft. Passieren der russisch-litauischen Grenze auf der Kurischen Nehrung und Ankunft in Nidden/Litauen für 2 Übernachtungen im Hotel „Nidos Smilte“. **8. Tag (Mittwoch, 2. Juli):** Besuch des Thomas-Mann-Hauses und des Fischerdorfs Schwarzort sowie Aufstieg zur Hohen Düne mit einem atemberaubenden Blick über das Haff, die Ostsee und die Kurische Nehrung. Der restliche Tag steht zur freien Verfügung. **9. Tag (Donnerstag, 3. Juli):** Abfahrt vom Hotel in Nidden und Weiterfahrt über die Kurische Nehrung, Überfahrt mit der Fähre nach Memel, Stadtbesichtigung von Memel mit Ännchen-von-Tharau-Denkmal und abends Boarding auf der Fähre nach Kiel; dort Überfahrt nach Kiel (mit Übernachtung und HP an Bord). **10. Tag (Freitag, 4. Juli):** Verlassen der Fähre in Kiel und Rückfahrt über Hamburg Hauptbahnhof und die übrigen Ausstiegspunkte bis zur Ankunft in Bielefeld. Die Berliner Reiseteilnehmer erhalten eine Bahnfahrkarte und fahren von Hamburg Hauptbahnhof direkt nach Berlin Hauptbahnhof (im Reisepreis inbegriffen) und sind dann früher zu Hause, als es mit dem Bus möglich wäre. Der Reisepreis beträgt bei mindestens 45 Teilnehmern 856 Euro im Doppelzimmer plus 89 Euro Visagebühren für den russischen Teil. Bei weniger Teilnehmern erhöht sich entsprechend der Preis. Im Reisepreis sind sämtliche Kosten inbegriffen, und zwar Fahrtkosten, Übernachtungen, Halbpension, Ausflüge, Stadtführungen, Eintritt Kurische Nehrung und Kosten mit der Fähre von Memel nach Kiel. Hotelübernachtungen vor Antritt der Reise und Parkplatzmöglichkeiten während der gesamten Reise sind vorhanden. Gäste aus anderen Regionen und Interessierte sind herzlich bei uns willkommen! Nähere Auskünfte und Anmeldungen bei Gerd Birth Kantstraße 30, 41836 Hückelhoven-Baal, Telefon (02435) 616, Fax (02435) 920280 oder per Email: g.birth@t-online.de.



RASTENBURG

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm. Gst.: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950.

Aufruf zur Wahl der Bezirks- und Ortsvertreter

Wahlaufruf für die Wahl 2014 der Bezirks- und Ortsvertreter nach §6 der Satzung der Heimatkreisgemeinschaft Rastenburg. Gewählt werden die Vertreter der einzelnen Bezirke der Stadt und des Kreises Rastenburg. Stimmberechtigt sind alle Mitglieder, die in der Heimatkartei aufgenommen sind. Die Wahl der Kandidaten ist erfolgt, wenn nicht innerhalb von 21 Tagen nach der Veröffentlichung des Wahlaufrufes beim Wahlausschuss Widerspruch oder Gegenstimmen eingehen. **Bezirk Rastenburg Stadt:** Stadtvertreter: Grabowski, Lothar, Velbert; Bezirksvertreter: Dom-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 18

nick, Erna, Reinbek; Kummer, Marliese, Buxtehude; Korff, Dorothea, Birkenfeld; Grabowski, Lothar, Velbert; Gritzki, Knut, Northeim; Krawolitzki, Frank, Erlangen. **Bezirk Rastenburg Land:** Bezirksvertreter: Domnick, Siegfried, Reinbek; Ortsvertreter: Groß Galbuhnen: Hoffmeister, Irmgard, Bochold; Krausendorf: Trojan, Heinz, Wannweil; Kirchspiel Bäslack: Bezirksvertreter: Kaes, Edith, Wesseling; Ortsvertreter: Bäslack: Kaes, Edith, Wesseling; Pötschendorf: Staschko, Christa, Willich; Scharfs: Berend, Bruno, Stahnsdorf; Pütz/Spiegels: Gingter, Margarete, M ö n c h e n g l a d b a c h ; Widrinnen/Wilkendorf/Laxdoyen/Pragenau: Bludau, Maria, Paderborn; **Kirchspiel Barten:** Bezirksvertreter: Windt, Kurt, Altenkirchen; Ortsvertreter: Barten: Schumacher, Gerda, Ennepetal; Baumgarten: Kazperowski, Bernd, Marl; Freudenberg: Behrend, Hildegard, Essen; Jankenwalde: Pawlowski, Lore, Hamburg; Meistersfelde/Sansgarben: Windt, Kurt, Altenkirchen; Sausgörken: Rohlfing, Renate, Minden; Taberwiese: Vogel, Dr. Regina, München; Dombehnen: Plaumann, Dr. Siegfried, Burgwedel. **Kirchspiel Dönhofstädt:** Bezirksvertreter: Kuhnke; Horst, Warstein; Ortsvertreter: Dönhofstädt/Gr.Wolfsdorf/Kl. Wolfsdorf: Kemper, Helga, Oer-Erkenschwieck; Krimlack/Plehnen: Neumann, Dorothea, Moers; Modgarben: Lambrecht, Horst, Barsbüttel. **Kirchspiel Drengfurth:** Bezirksvertreter: Weiß, Karl, Freiberg; Ortsvertreter: Drengfurth: Weiß, Karl, Freiberg; Fürstenau: Behling, Christel, Düsseldorf; Jäglack: Schmidt, Rudi, Ronnenberg; Marienthal: Heise, Elli, Osterode; Salzbach/Schülzen: Schawohl, Kurt, Gevelsberg; Wolfshagen: Schiller, Albert, Hamburg. **Kirchspiel Korschen:** Bezirksvertreter: Perzel, Peter, Ammersbek; Ortsvertreter: Korschen: Kreuzer, Inge, Darmstadt; Preuhs, Helmut, Geislingen. **Kirchspiel Leunenburg:** Bezirksvertreter: Pehl, Kurt, Pleinfeld; Ortsvertreter: Kaltwangen: Donning, Ingeborg, Hamburg; Leunenburg: Pehl, Kurt, Pleinfeld; Schlömpen: Zachau, Alfred, Hochheim; Schrankheim: Schenk, Heinrich, Wismar; Wormen: Musolf, Willi, Berlin. **Kirchspiel Langarben:** Bezirksvertreter: Link, Winfried, Gütersloh; Ortsvertreter: Bannaskeim/Godocken/Langarben: Link, Winfried, Gütersloh; Borschehnen: Weiß, Helmuth, Wetzendorf; Podlacken. **Kirchspiel Langheim:** Bezirksvertreter: Scheiba, Minni, Stuttgart; Ortsvertreter: Langheim: Scheiba; Minni, Stuttgart; Sußnick: Landini, Helga, Wuppertal. **Kirchspiel Paaris:** Bezirksvertreter: Neumann, Dorothea, Moers; Ortsvertreter: Paaris/Seeligenfeld/Gr. Winkeldorf: Roggatz, Elisabeth, Wald-Michelbach. **Kirchspiel Schönfließ:** Bezirksvertreter: Paehr, Ursula, Wesel; Ortsvertreter: Babziens/Schönfließ/Tolksdorf: Schlemmert, Alice, Bielefeld. **Kirchspiel Schwarzstein:** Bezirksvertreter: Gawrisch, Gerhard, Bad Zwischenahn; Ortsvertreter: Blaustein/Neu Rosenthal: Daniel, Christian, München; Partsch: May, Dietrich, Oldenburg. **Kirchspiel Wenden:** Bezirksvertreter: Brückmann, Erich, Erftstadt; Ortsvertreter: Kemlack: Brückmann, Erich, Erftstadt; Wehlack: Hilgendorff, Hubertus, Flehm; Wenden: Siegmann, Lieselotte, Oschatz; Elisenthal: Klein, Christel, Hardegsen; Platlack/Hermannshof: Ipsen, Renate, Meckenheim



SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Großes Familientreffen in Wilster



Großes Wiedersehen: Fünf Generationen einer Familie trafen sich in Schleswig-Holstein

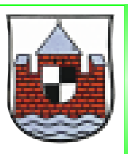
Bild: KG Schlossberg

Reinhard F. Schlemminger, Sohn unseres ehemaligen Kreistagsmitgliedes Gerhard Schlemminger aus Rucken, berichtet über das große Sippentreffen der Salzburger Familien Moser und Schlemminger in Wilster, Kreis Steinburg (Schleswig-Holstein): **281 Jahre zurück in die Vergangenheit** – Vor 281 Jahren wurden die Familien Moser und Schlemminger zusammen mit rund 30000 weiteren Landsleuten wegen ihres protestantischen Glaubens aus dem Salzburger Land ausgewiesen. Über Pfings-ten kam es in Wilster (Schleswig-Holstein) zu einem großen Sippentreffen dieser beiden alten Salzburger Familien. Fünf Generationen im Alter von zwei bis 90 Jahren trafen sich im Colosseum zu einem Wiedersehen. Es wurde mit einer Stadtbesichtigung, einer Busfahrt durch die Wilstermarsch und deren Umgebung und einem weiteren gemütlichen Beisammensein wiederum im Colosseum fortgesetzt.

Das Treffen war von Claudine Donelly, geb. Schlemminger, aus Irland, sowie von den Brüdern Gustav, Reinhard und Horst Schlemminger organisiert worden. Sie sind Söhne von Gerhard und Ilse Schlemminger aus Poßfeld/Wilster. Da die heutigen Bauernhöfe nicht mehr über große Dielen zum Feiern verfügen, entschieden sich die Planer für das Colosseum als Veranstaltungsort.

Als die Familien 1732 aus dem Salzburger Land ausgewiesen wurden, erließ der „Soldatenkönig“ Friedrich Wilhelm I. das Preußische Einladungspatent. Damit sollten die Salzburger bei der Wiederbesiedlung des Kronlandes in Ostpreußen helfen. Dort waren einige Landstriche durch die Pest, die dort in den Jahren zuvor gewütet hatte, nahezu entvölkert worden. Die Emigranten wurden vorwiegend im nordöstlichen Teil Ostpreußens angesiedelt und sesshaft. Weitere Salzburger Familien siedelten in Holland, in den USA und in anderen Teilen Preußens. Eine Sonderbriefmarke der Deutschen Bundespost thematisierte 1982 die damalige Emigration.

Nach Überlieferung wurde 1932, 200 Jahre nach der Vertreibung, das erste Sippentreffen der Familien in Ostpreußen im Kreis Schloßberg (Pillkallen) durchgeführt. Diese Treffen wurden zunächst jährlich und später in unregelmäßiger Folge weiter zelebriert, aber durch die erneute Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg jäh unterbrochen. Bedingt durch familiäre Verbindungen wurden Wilster und die Wilstermarsch nach dem Krieg für viele Familienangehörige zur „neuen Heimat“. Der Tradition folgend, wurden auch hier Familientage durchgeführt. Sie fanden unter anderem 1953, 1956 und 1981 auf dem Bauernhof von Gerhard und Ilse Schlemminger in Poßfeld statt. 15 Jahre nach dem letzten Treffen im Jahr 1998 bei Elfriede Schmidt, geb. Moser, in Jürgenshagen (Mecklenburg-Vorpommern) kam es jetzt zum erneuten Wiedersehen. Damit sollten einerseits die neu herangewachsenen Generationen über die historischen Zusammenhänge informiert und andererseits die familiären Bindungen gestärkt werden. Über 70 Familienmitglieder von Konstanz bis Flensburg waren der Einladung gefolgt. Am ersten Abend wurden in vielen Gesprächen „Mosers Erzählungen“ aufgefrischt, ehe man am Sonntag das Alte Rathaus, die St.-Bartholomäus-Kirche sowie den Friedhof besuchte. Die Busrundfahrt führte unter anderem zur tiefsten Landstelle Deutschlands nach Neuendorf-Sachsenbande, zu den Brunsbütteler Kanalschleusen und weiteren attraktiven Sehenswürdigkeiten. Bei Kaffee und Kuchen wurden am Nachmittag die Stammbäume der Familien Moser und Schlemminger präsentiert und aktualisiert. Sie gehen bis in die Zeit um 1650 zurück.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz, E-Mail: info@ tilsit-stadt.de.

Neue Publikation

Die Stadtgemeinschaft hat eine Broschüre mit dem Titel „Tilsit zwischen Lenin und Luise“ herausgegeben. Geschildert wird der Weg, den die heute Sowjetsk genannte Stadt am Memelstrom seit dem Ende der Sowjetmacht gegangen ist. In einer Rückschau auf die vergangenen 22 Jahre liest man von den Bemühungen, das preußische Erbe zu entdecken und sich gen Europa zu öffnen. Die Broschüre hat 74 Seiten und 31 Fotos. Sie ist auf Spendenbasis erhältlich und kann bei der Stadtgemeinschaft Tilsit, PF 241, 09002 Chemnitz angefordert werden.

Reise ins nördliche Ostpreußen

In den letzten Jahren habe ich sehr erfolgreich Reisen ins nördliche Ostpreußen organisiert. Immer mehr Menschen, die mit Ostpreußen grundsätzlich nichts zu tun haben, beteiligen sich und sind begeistert. 2014 plane ich erneut zu fahren mit einem modernen, bequemen Reisebus. Für jeden Mitreisenden sind zwei Sitzplätze vorgesehen. Abfahrt von Berlin/Hauptbahnhof: Sonnabend 9. August, 23 Uhr. Rückfahrt: Sonntag 17. August, in Berlin gegen 18 Uhr. Wir wohnen während der ganzen Zeit in Rauschen in einem sehr guten Hotel, das zentral gelegen ist. Von Rauschen aus werden wir täglich Fahrten mit unserem Reisebus unternehmen, z. B. nach: Königsberg, Cranz, Insterburg, Georgenburg (Gestüt), Gumbinnen, Trakehnen, Pillau, Fischhausen, Palmnicken, Germau, Kurische Nehrung bis Nidden/Litauen. Geplant ist auch eine Seereise von Königsberg bis Pillau. Haben Sie Interesse und möchten gerne mitfahren, sprechen Sie mich bitte wegen weiterer Informationen an. Louis Ferdinand Schwarz Südstraße 6a 49201 Dissen, Telefon (05421) 1325.

Kreuzworträtsel

Einrichtungsgegenstände; Bad im Spessart; heiter, unbeschwert wirkend; Bodenerhebung; Schwindler; Veranstaltung, Ereignis (engl.); oberägyptische Stadt; Spielbank; Brauch, Sitte (lateinisch); vordringlich; mit einem Baustoff ausbessern; Abkürzung für senior; Gebäudeteil; Papstname; römische Göttin des Herdfeuers; zahlenmäßige Erfassung; Weigerung; Verzicht; germanisches Schriftzeichen; eine der Musen; weibliches Haustier; Zusammengehörigkeitsgefühl; Staat in Südamerika; manche; nicht wenige; ungebraucht; früherer österr. Adelstitel; kleines Riechorgan (ugs.); Tränen vergießen; Rauchfang, Schornstein; europäischer Strom; verzehrbare Flüssigkeit; tierisches Plankton; achtarmiger Kopffüßer; Stimmzettelbehälter; Früchte einbringen; Antrieb, Verlockung; Pyrenäenstaat; knechten; Wassersportler; scherzhaft: eilig laufen; unbekannt, anonym; türkische Hafenstadt; tiefer Gram, Kummer; Monatsletzter; Gliederband; Schmuckstück; Nordwestfranzose; Universum; nur geistig vorhanden; Vorgefühl, Vermutung; fügsam, gebändigt; Zierpflanze, Efeugewächs; wärmeloser Zustand; Schmetterlingslarve; festliches Essen (franz.); Fische fangen; chemischer Grundstoff; sizilianischer Vulkan; Bargewinn; Heldengedicht; Bundesstaat der USA; Tipp, Abmachung; lächerlich, kindisch; Brettspiel; Verordnung, Erlass; Fluss in den Finn. Meerbusen; asiatischer Tempelbau; letzte Phase vor der Landung; früherer Papstpalast in Rom; dt. Name der poln. Stadt Opole; spanisch: Hurra!, Los!, Auf!; Stadt u. Provinz in Norditalien; Heilverfahren; Heilurlaub; Frostgebilde; dehnbares Hohlorgan; kleine Metallschlinge; Vergeltung; Hauptstadt der Ukraine; Kartenspiel; aufhören; Hafenstadt in Libyen; landwirtschaftliches Gerät; Zufluchtsort (griech.); poetisch: Atem; Nachtvogel; Geschütz; ausführen, verrichten; nautisches Hilfsmittel; Zeichen für Zentimeter; Kfz-Zeichen Trier; Rasenpflanze; frühere niederländische Münze; Druckbuchstabe; chem. Zeichen für Lutetium; einflussreich; gewaltig; wahrnehmen, spüren; alter Lappen, Stofffetzen

PAZ14_04

So ist’s richtig:

Diagonalrätsel: 1. Rutsch, 2. Wetter, 3. ratlos, 4. heftig, 5. Leiter, 6. Ritter – Retter, Helfer

Kreiskette: 1. Pinsel, 2. Spirre, 3. Iraner, 4. Tirana, 5. Marion – Inspiration

Sudoku:

9	8	5	6	4	7	1	3	2
6	1	2	9	5	3	7	8	4
3	4	7	2	8	1	9	6	5
8	2	3	4	9	5	6	1	7
7	6	4	8	1	2	5	9	3
1	5	9	7	3	6	4	2	8
4	7	6	3	2	9	8	5	1
2	9	1	5	7	8	3	4	6
5	3	8	1	6	4	2	7	9

Sudoku

			6	4	7			
	1						8	
	4	7	2		1	9	6	
8	2			9			1	7
1	5			3			2	8
	7	6	3		9	8	5	
	9						4	
			1	6	4			

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

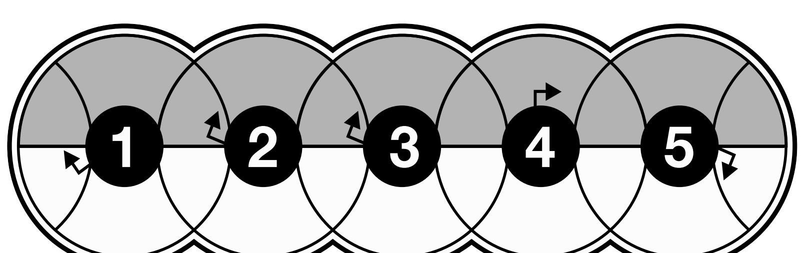
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Befreier aus der Not.

1 gleitende Bewegung
2 Zustand der Lufthülle
3 hilflos
4 stark, gewaltig
5 Sprossenstiege
6 adliger Krieger

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Wort für geistige Eingebung.

1 Malgerät, **2** Blütenstand, **3** Vorderasiat, **4** Hauptstadt von Albanien, **5** Frauenname



In Europa zu Hause

Adelsgeschichte der ostpreußischen Familie Dohna erschienen

Die Familie der Dohnas gehört zu den großen preußischen Häusern. Ihre Geschichte reicht mehr als 850 Jahre zurück und hat ihre Ursprünge im gleichnamigen Dorf Dohna südlich von Dresden. Von hier im Jahre 1402 in der Dohnaschen Fehde vom Meißner Markgrafen vertrieben, verlegte sich die größer werdende Familie zunächst auf Böhmen und Schlesien, dann mit dem Deutschen Orden nach Ostpreußen, wo die Dohnas zu den großen Gutsbesitzern und Staatsdienern aufstiegen.

Der 1924 geborene Lothar Graf zu Dohna, Emeritus für Geschichte an der TU Darmstadt, hat in jahrzehntelanger Arbeit mit anderen Verwandten eine akribische Geschichte seiner Familie nachgezeichnet. Herausgekommen ist ein gewichtiges Opus, das der Verlag zweckmäßigerweise in zwei Bände unterteilt hat. Es ist in drei Abschnitte unterteilt: Den größten Teil nimmt die von etwa 1200 bis 1945 erzählte Familiengeschichte ein; ein zweiter Teil berichtet über die 27 Schlösser und größere Anwesen der Dohnas in Preußen, ein dritter Teil, geschrieben von der Schwester des Autors, informiert über die Gestaltung der Dohna'schen Gärten und stellt sie in einen gesamteuropäischen Zusammenhang.

Der Autor sagt, seine Darstellung sei keine Familiengeschichte, sondern ein Beitrag zur allgemeinen, jüngst wieder intensiver betriebenen Adelsforschung. Gleichwohl wird von jeweils handelnden Personen ausgegangen, und so ist es letztlich doch eine umfassende Familiengeschichte geworden, gespiegelt vor dem Hintergrund in erster Linie der preußischen, dann auch der deutschen und europäischen Geschichte. Denn die Dohnas, und das ist das eigentlich Faszinierende, waren nicht nur für und in Preußen präsent, sondern mit Abzweigungen auch in der Schweiz und in Schweden (hier bis in höchste Staatsämter), vor allem aber lange Zeit intensiv verbunden mit den Niederlanden, wo sie besonders als Truppenführer höchstes Ansehen genossen. Man kann sagen, dass der „Drill", der die preußische Armee unter dem Großen Kurfürsten formte, wesentlich den in Holland erprobten Dohnas zu verdanken ist.

Nach dem Verlust der Güter in Sachsen und weniger glücklichen Neuerwerbungen in Schlesien und Böhmen waren die Dohnas mit dem Deutschen Orden nach (Ost-)Preußen gekommen. Hier stiegen sie allmählich als treue Gefolgsleute der Hohenzollern in höchste Ämter auf und wurden zugleich als Gutsbesitzer und Erbauer prächtiger Schlösser (Schlobitten) eines der führenden Geschlechter

Adelige in höchsten Staatsämtern

in Ostpreußen. Mehrmals haben sie Preußens Geschicke unmittelbar beeinflusst, etwa 1813 bei der Einberufung der ostpreußischen Stände zum Kampf gegen Napoleon; oder im frühen 16. Jahrhundert, als das Herzogtum Preußen (die Region Ostpreußen) nach dem Aussterben des herzoglichen Linie um ein Haar – und viele preußische Adlige („Libertätsadel") wollten das! – endgültig an Polen gefallen wäre, wenn nicht ein Dohna die vertraglich geregelte kurbrandenburgische Treuhandschaft durchgesetzt hätte (nicht auszudenken, wie anders wahrscheinlich sonst die preußisch-deutsche Geschichte verlaufen wäre!).

Die historische Darstellung endet mit dem Lebensweg Heinrichs Graf zu Dohna-Schlobitten, der 1944 als Angehöriger des Widerstandes vom 20. Juli am 14. September 1944 in Plötzensee hingerichtet wurde. Mit Flucht und Zerstörung 1945 endete die jahrhundertelange Geschichte der Dohnas in Ostpreußen (der Leser hätte sich doch gerne einen Ausblick auf die Gegenwart gewünscht).

Der zweite Teil erinnert mit zahlreichen Abbildungen an die zum Teil großartigen Schlösser und Landsitze der Dohnas meist aus dem 17. und 18. Jahrhundert. Schlobitten etwa galt als „ostpreußisches Versailles"; andere Anwesen wie Schlodien oder Finckelstein standen ihm kaum nach. Zu jedem Bau gibt es eine genaue Baugeschichte bis zum Ende oder Erhalt nach 1945 Hier fehlt leider eine Karte; auch der gutwilligste Leser wird nicht alle 27 Orte auf Anhieb kennen.

Der dritte Teil ist ein reizvoller Ausblick auf die Dohna'schen Gartenanlagen, die im größeren Zusammenhang europäischer Gartenkunst, inspiriert von England und Frankreich, gesehen werden. Die europäischen Verbindungen der Dohnas brachten auch Künstler und Ideen nach Ostpreußen und schufen, auch hier wieder herausragend Schlobitten und Schlodien, vielbewunderte Kunstwerke.

Die beiden Bände sind mit ungewöhnlicher Sorgfalt ediert. Neben vielen Schwarz-Weiß-Abbildungen stimmen etwa 50 Farbtafeln auf diese große Adelsgeschichte ein. Vermutlich wird der wohl unvermeidlich hohe Preis den privaten Leserkreis begrenzen; aber für Bibliotheken und regionenbezogene Museen und Institute ist dieses mit stupender Detailkenntnis geschriebene Werk ohne Zweifel ein „Muss". *Dirk Klose*

***Lothar Graf zu Dohna unter Mitwirkung von Alexander Fürst zu Dohna und Ursula Gräfin zu Dohna: „Die Dohnas und ihre Häuser. Profil einer europäischen Adelsfamilie",** Wallstein-Verlag, Göttingen 2013, zusammen 930 Seiten, 89 Euro*

Impressionen vom Haff

Archivfotos zeugen von maritimer Vergangenheit



Tolkemit: Haffsegler am Anleger warten auf ihren Einsatz Bild: Wolfgang Fuchs

»Heute gut, morgen böse«

Taxifahrer hinterfragt Kriegslegenden seines Großvaters

Meine Augen wollten nicht mehr richtig und so musste ich in eine Tagesklinik. Zur Heimfahrt bestellte mir die Sprechstundenhilfe ein Taxi. Ich sagte dem etwa 40-jährigen Fahrer, mein Ziel und wir fuhren los. Nach einer Weile fragte er „Ein Frankfurter sind Sie aber nicht, wo kommen Sie her?" Ich antwortete ihm, dass ich ein Königsberger sei. Er fragte nach meinem Alter. Als ich ihm alles beantwortet hatte lenkte er sein Fahrzeug in eine Parklücke und sagte: „Sie haben doch sicher etwas Zeit, Sie haben mich neugierig gemacht. Mein Großvater ist Russe, mein Vater ist Russe und meine Mutter ist eine Reindeutsche mit Namen Haller. Dadurch bin ich auch Deutscher. Wenn mein Opa erzählte, dann immer von der Erstürmung und Befreiung von Königsberg wo er mit beteiligt war. Die Deutschen haben die Soldaten so herzlich empfangen und bedankten sich immer wieder, dass wir russische Soldaten kamen und sie vom Joch der Nazis befreiten. Sie hatten ja nichts und wir haben sie erst einmal verpflegt und dafür gesorgt, dass es ihnen nach den schweren Kämpfen gut geht." Der Großvater erzählte meinem Taxifahrer immer und immer wieder von den Guttaten der russischen Soldaten. Dann sagte der junge Mann: „Bitte erzählen Sie einmal". Er wusste ja nun, dass ich die Eroberung von Königsberg am eigenen Leibe miterlebt hatte. Ich begann mit den Worten: „Also, so war es wohl nicht!" Ich erzählte ihm von dem ersten russischen

Die Wahrheit sah ganz anders aus

Soldaten, der die Straße alleine entlang kam, an unserem Haus stehen blieb, den Rucksack und das Gewehr an den Zaun stellte zu uns kam und um eine Zigarette bat. Er bekam eine Schachtel mit Feuerzeug, bedankte sich mit „spasiba" und sagte auf Deutsch: „Heute wir gut, morgen böse, ganz böse!" nahm sein Gewehr und Rucksack und ging rauchend die Straße weiter. Und so wie er es sagte, kam es dann auch ein paar Stunden später. Mit „Ur, Ur" und „Frau komm" stürmten die Soldaten in Horden die Keller und Wohnungen, wer keine Uhr mehr hatte, konnte damit rechnen, erschossen zu werden Die Frau, die nicht wollte, wurde geschlagen und später erschossen. Meine Schulfreundin durfte das mit 16 Jahren zwölf Mal erleben bis sie mit einer Käthe-Kruse-Puppe im Arm entlassen wurde. Dann wurden wir mit Kolbenschlägen aus dem Haus geprügelt. Draußen ging schon eine lange Schlange Menschen, in die wir uns einreihten. Tag und Nacht gingen wir so bis zur Kaserne Rothenstein. Wer nicht mehr konnte, wurde erschlagen oder erschossen. Die Frauen waren Freiwild. Auf Kinder wurde keine Rücksicht genommen. Ungefähr so beantwortete ich die Frage meines Taxifahrers. Er hatte mittlerweile sein Taschentuch an den Augen und weinte. Er startete das Auto und fuhr los. Dann sagte er: „Ich danke Ihnen, ich habe meinem Großvater nie geglaubt. Er ist vor fünf Jahren gestorben, aber nun weiß ich, dass seine Erzählungen alle erlogen waren." Wir waren am Ziel, er drückte mir die Hand mit Tränen in den Augen und sagte: „Ich danke Ihnen nochmals, sie haben mir sehr geholfen". *Gerhard Minuth*

Stadt der 1000 Paläste

Beverly Hills wird 100 Jahre alt – In dem Wohnort der Hollywood-Stars breiten sich jetzt Neureiche aus dem Mittleren Osten an

Der Nordwesten von Los Angeles ist eine Heimat der Stars. Wohl kaum ein Ort besitzt eine so hohe Promi-Dichte wie Beverly Hills. Obgleich die Villengegend auf den steil ansteigenden Hills – Hügeln – fast vollständig von der Millionenstadt umgeben ist, firmiert sie als eigenständige Stadt mit Rathaus und Bürgermeister.

Anfang des Jahres ist Los Angeles immer in Feststimmung. Gerade erst gab es die rauschende Party des „Golden Globe“ im Beverly Hilton, da erwartet man schon die Oscar-Verleihung, die in diesem Jahr am 2. März im Dolby-Theatre gleich neben dem wunderschön renovierten „Chinese Theatre“ stattfinden wird.

Während die Fernsehkameras die größte Versammlung von heutigen Hollywood-Stars in alle Welt ausstrahlen, wird eine Erinnerung an die alten Stars, die Hollywood-Legenden erweckt. Denn Beverly Hills feiert am 28. Januar seinen 100. Geburtstag. Eingeleitet wurde das Jubiläumsjahr bereits mit einer Blumen-Delegation auf der berühmten Rosen-Parade in Pasadena am Neujahrstag.

Los Angeles feiert ein ganzes Jahr lang. Denn neben Hollywood ist die berühmte Wohngegend mit der Postleitzahl 90210 (wie die gleichnamige TV-Serie) und dem Rodeo Drive mit seinen Luxus-Boutiquen die Hauptattraktion für Touristen aus aller Welt. 2013 besichtigten 41 Millionen Besucher die Stadt. Viele von ihnen hoffen, im Stadtteil Hollywood die Filmstars durch die Straßen flanieren zu sehen. Doch die kommen meist nur zu Film-Premieren oder zu den Preisverleihungen. Wohnen und mit ihren Hunden Gassi gehen tun die meisten nach wie vor in Beverly Hills.

Fährt man den Sunset Boulevard entlang durch das lärmende, lebenstrotzende, glitzernde Hollywood, vorbei am Sunset Strip mit seinen eleganten Restaurants wie dem alteingesessenen „Petit Four“ neben der Edel-Boutique von Armani, dann kommt man nach einer Weile in eine andere Welt. Auf edel-braunem Schild verkünden goldene Buchstaben: Hier beginnt „Beverly Hills“.

Überall sieht man ein sattes, gepflegtes Grün unter strahlend blauem Himmel in Gestalt von sorgsam gepflegten Rasenflächen, blühenden Büschen, hohen Hekken und im Sonnenlicht sich wiegenden Palmen. Dazwischen tauchen sie auf, die Häuser der Reichen und Berühmten, die in luxuriöser Pracht den Sunset säumen, und die vielen schmalen Villenstraßen, die sich bis hinauf in die Hills, die Santa Monica-Berge, schlängeln. Und da ist es schon, das weltberühmte rosa leuchtende, ebenfalls von Palmen umrahmte Beverly Hills Hotel mit seiner Polo Lounge, mit dem die Geschichte von Beverly Hills begann.



Der Keim von Beverly Hills: Um das rosa Beverly Hills Hotel von 1912 herum entstand die Promi-Stadt Bild: mauritius

Um 1900 breiteten sich noch Felder mit Kohl und Bohnen auf diesen Flächen aus, bewirtschaftet von Farmern. Dann nahm sich eine Entwicklungsgesellschaft der Gegend an und teilte sie in Grundstücks-Parzellen auf. Doch es geschah nicht viel, bis die Unternehmerin Margaret Anderson überredet wurde, ein Hotel am Sunset zu bauen. Ihr „Beverly Hills Hotel“ wurde 1912 eröffnet.

„Damit begann sich die Stadt zu entwickeln“, sagt heute ihr Urenkel, der in Beverly Hills lebende Historiker Robbie Anderson. Eine Straßenbahn fuhr den Sunset entlang mit Haltestelle am Hotel. Es veranstaltete Fuchs-Jagden in den Hills und vermietete Pferdeställe. Die ersten prächtigen Häuser entstanden. Und 1918 wurde der Ort zur Stadt innerhalb der Gemeinde Los Angeles erklärt und Beverly Hills genannt.

Anfang der 20er Jahre ersetzten allmählich Autos die Elektrische. Die Schienen wurden abgebaut. Damals gründete der Sohn von Margaret Anderson und Manager des „Beverly Hills Hotels“ die „Bridle Association“, eine Gesellschaft, die einen Reitpfad über den Sunset bis zum Meer baute. Der Pfad begann am Rodeo Drive, durch den heute die Ferraris und Mercedes-Limousinen rauschen. Einheimische wie die sich nun ansiedelnden Filmstars und Besucher galoppierten sportlich den Sunset lang. Der Pfad existierte bis nach dem Zweiten Weltkrieg, als er wegen des Autoverkehrs teilweise überpflanzt wurde. 1965 wurde er ganz aufgelöst wurde. Eine nostalgische Parade mit Pferden und Kutschen auf dem Rodeo leitete die Jubiläums-Festlichkeiten schon im vergangenen Jahr ein.

> Weil der Kolonialstil den Zugewanderten nicht passt, werden viele Villen abgerissen

Wer heute in der sonnendurchwirkten Stille durch die verschlungenen Straßen von Beverly Hills wandert, sieht kaum einen Menschen. Nur vereinzelte mexikanische Hausmädchen, die zur Bushaltestelle am Hotel schlendern. Rote „Star Tour“-Busse fahren die Touristen an den früheren und heutigen Häusern der Stars vorbei. Doch der neugierig um sich blickende Fußgänger hat das Gefühl, ein Eindringling zu sein, und läuft Gefahr, von der Beverly-Hills-Polizei gestoppt und nach seinem Ausweis gefragt zu werden.

Dabei ist gerade ein solcher Spaziergang wie eine nostalgische Wanderung durch die große Zeit des Films. Nehmen wir allein den Roxbury Drive mit seinen palastähnlichen Villen. Da liegt an Nr. 918 das im Tudor-Stil gebaute Haus des „Fenster zum Hof“-Darstellers James Stewart mit großen, hier ungewohnten Birken vor der Tür. Daneben wohnte der 30er-Jahre-Star Lucille Ball in ihrer von Hecken eingerahmten Kolonialstil-Villa. Dann der rustikal-elegante Backstein-Bau, in dem der Komödien-Star Jack Benny rauschende Partys gab für Clark Gable, Bing Crosby, Errol Flynn, Joan Crawford, Robert Taylor und Tyrone Power. Sein Nachbar war „Inspektor Colombo“ Peter Falk mit seiner Mittelmeer-Residenz. Dicht daneben standen lange die Häuser des Komponisten George Gershwin und seines Bruders, des Liedtexters Ira Gershwin. Iras Haus wurde jedoch gerade abgerissen, um einem Neubau Platz zu machen.

Viele der alten Besitzer, die Hollywood-Legenden, sind verstorben. Der 97-jährige Kirk Douglas residiert noch wie Steve Martin und einst Lana Turner am Bedford Drive. Aber die heutigen Stars wohnen oft am Ozean, in Malibu – wie Julia Roberts – oder in Santa Monica. Oder wie Arnold Schwarzenegger, Sylvester Stallone und Anthony Hopkins in den Pacific Palisades, wo auch der Schriftsteller Thomas Mann sein Exil verbrachte. Andere Stars haben zwar in Beverly Hills Wohnsitze, aber sie wechseln – im Gegensatz zu früher – oft ihre Häuser. Die Zeiten haben sich eben auch hier verändert.

Neureiche haben vielfach die Residenzen einstiger Stars erworben und nach ihrem Geschmack umgebaut oder gar abgerissen. Iraner und Araber haben sich ausgebreitet und kleine Paläste errichtet. „Mit vielen, vielen Säulen“, sagt Architekt Hamid Omrami, der an die 150 Häuser in der Gegend niedergerissen und neu gebaut hat. „Sie mögen den alten Tudor- und Kolonialstil nicht.“ Im Iran geborene Familien machen heute ein Sechstel der 34 000 Einwohner von Beverly Hills aus, und selbst der letzte Bürgermeister war Iraner.

Mit der 100-Jahr-Feier ist das Bewusstsein wieder erwacht, der Historie von Beverly Hills zu gedenken. Briefmarken, Fotoausstellungen, Kunst-Wettbewerbe, Bücher und gar ein Kochbuch mit Rezepten bekannter Köche zeigen alle Facetten des alten und des neuen Beverly Hills. Am 28. Januar wird das „Happy Birthday Beverly Hills“-Konzert mit prominenten Sängern und Schauspielern sowie mit Gershwin-Melodien und anderen musikalischen Schöpfungen einheimischer Komponisten das Fest-Jahr ganz offiziell eröffnen. *Liselotte Millauer*

Ziemlich bissig

Säbelzahntiger sind ausgestorben. Mit der Spitzmausbeutelratte gibt es aber ein Gegenstück im Miniaturformat

Säbelzahntiger und andere prähistorische Gruseltiere beflügeln immer wieder Phantasie unter Vorschulbuben wie unter Zoologie-Professoren. Ein Rätsel darf nun als gelöst gelten: das hinsichtlich heutiger Verwandter der Säbelzahnkatzen (Smilodone) und anderer Bestien mit Meißelzähnen. Wissenschaftler aus Uruguay und Australien haben das lebende Gegenstück zu den prähistorischen Säbelzahnkatzen ermittelt. Dabei handelt es sich um eine kleine Beutelratte, die die Graslandschaften Uruguays, Brasiliens und Argentiniens bevölkert. Monodelphis dimidiata, so der wissenschaftliche Name der Gelbflanken-Spitzmausbeutelratte, fällt durch zwei Besonderheiten auf: Der furchtlose Pampasjäger wird gerade mal ein Jahr alt und erlegt nach Art der Säbelzahnkatzen Beutetiere, die größer sind als er selbst.

Das Forscherteam von der Universidad de la República in Montevideo und der University of Western Australia in Crawley untersuchte in zwei Naturkundemuseen in Uruguay und Australien die Skelette von 44 heute noch lebenden Beuteltieren auf ihre anatomische Verwandtschaft mit Säbelzahnkatzen und Co. Dabei analysierten sie Schädel, Kiefer und Eckzähne auf 14 Merkmale hin. Ihre Erkenntnisse über das „Pygmäen-Säbelzahnraubtier“ haben die Forscher unlängst in der Fachzeitschrift „Journal of Zoology“ veröffentlicht.

Das possierliche Tier hat unter allen Beuteltieren – relativ zur Körpergröße – die größten Eckzähne. Deren relative Größe entspricht der von Säbelzahnkatzen. Auch die Schädel haben mit Säbelzahnkatzen die Gemeinsamkeit, dass der Unterkiefer sich extrem weit öffnen lässt. „Die Konsequenz ist eine geringe Beißkraft“, schreiben die Forscher um den uruguayischen Physiker und Biomechaniker Rudemar Ernesto Blanco.

Diese Schwäche gleichen kräftige Vordergliedmaßen aus: Spitzmausbeutelratten fixieren ihre Beute damit und halten sie von sich fern, bis der tödliche Biss erfolgt ist. So reduzieren sie das für sie existenzielle Risiko, dass die Eckzähne brechen. Verhalten und Anatomie entsprechen dabei exakt dem, was über prähistorische Säbelzahn-Raubtiere bekannt ist oder vermutet wird.

Mit ihren gebogenen Eckzähnen tötet die Beutelratte ihre Beute per Biss ins Genick oder in die Halsschlagader. Ihre Nackenmuskeln sind auffällig stark, um dem Kopf beim Angriff Halt zu geben. „Dieses morphologische Muster ähnelt dem primitiver fossiler Säbelzahn-Tierarten“, schreibt das Forscherteam.



Bild: action press

Eine echte „Säbelzahnratte“: Opossum zeigt seine Waffen

Ein direkter Verwandter der Säbelzahnkatzen ist die Spitzmausbeutelratte aber nicht. Beide Gattungen haben ihre monströsen Fangzähne während der Evolution offenbar unabhängig voneinander entwickelt.

Die letzten Säbelzahnkatzen sind vor etwa 12 000 Jahren ausgestorben. Der geologisch jüngste Fund im Alter von rund 28 000 Jahren stammt aus der Nordsee, die in der Eiszeit Festland war. Um die Urzeit-Raubtiere näher erforschen zu können, so Blanco, fehle es an einem gut konservierten Fund im Permafrost, möglichst aus der Endphase des Pleistozäns, das vor 12 000 Jahren zu Ende ging – vergleichbar den zotteligen Mammuts, deren Kadaver sich noch heute zuhauf im arktischen Eis finden, vor allem im Osten Russlands.

Alternativ könnten weitere Studien an lebenden Gelbflanken-Spitzmausbeutelratten die Evolution der Säbelzahnkatzen erhellen und weitere Informationen zu deren Jagdtechnik liefern. Bislang galt der wenig erforschte Nebelparder, eine eher smarte Großkatzenart aus Südostasien, als das Raubtier mit den größten Anleihen bei Smilodon und Zeitgenossen. Nebelparder besitzen ebenfalls lange Reißzähne, ein weit aufklappbares Maul und das Geschick, der Größe nach übermächtige Beutetiere zu erlegen.

Spitzmausbeutelratten gehören wie Opossums zur Familie der Beutelratten. Mit Spitzmäusen sind sie nicht verwandt. Die von Panama bis Patagonien heimischen Arten jagen vor allem Mäuse, Insekten und Spinnen, leben aber auch von Pflanzen und Aas. Die Tiere leben oft in menschlichen Siedlungen, wo sie als Mäusejäger beliebt sind. Zwölf von 15 Arten gelten als gefährdet.

Gelbflanken-Spitzmausbeutelratten bringen nur ein einziges Mal in ihrem Leben Nachwuchs zur Welt. Die maximal 150 Gramm leichten Männchen sterben meist alle im März, die nur halb so schweren Weibchen zwei Monate darauf. Die Rivalität um paarungsbereite Weibchen ist entsprechend groß. „Die überentwickelten Eckzähne sind offenbar auch für den Konkurrenzkampf unter den Männchen bestimmt“, heißt es in der Studie. Die kurze Lebenserwartung übe auf die Beutelratten einen hohen Selektionsdruck aus. Wer beim Säbelzahn-Duell unterliegt, pflanzt sich nicht fort und ist biologisch aus dem Rennen. *Kai Althoetmar*

MELDUNG

Buchenwälder gedeihen gut

Berlin – Dem deutschen Wald geht es gut. Zu diesem Ergebnis kommt die Arbeitsgemeinschaft Rohholzverbraucher (AGR), die damit eine Studie des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) anzweifelt, wonach Deutschland die selbst gesteckten Ziele seiner nationalen Biodiversitätsstrategie nicht erfülle. Damit sollte erreicht werden, dass sich eine bestimmte Prozentzahl der Waldfläche ohne menschlichen Einfluss auf natürliche Weise entwickelt.

„Das Ziel der Biodiversitätsstrategie, auf fünf Prozent der deutschen Waldfläche eine natürliche Entwicklung zu gewährleisten, ist mehr als erfüllt“, sagt Denny Ohnesorge von der AGR jetzt. Mehr als 18 Prozent der Waldfläche stünden demnach unter strengem Schutz und dürfen nur eingeschränkt bewirtschaftet werden. Damit erteilte die AGR Forderungen von Umweltschützern nach einem pauschalen Bewirtschaftungsverbot in Buchenwäldern eine Absage.

Wer mehr über das „Geheimnis der Bäume“ erfahren will, sollte sich die faszinierende gleichnamige Dokumentation des Oscar-Preisträgers Luc Jacquet („Die Reise der Pinguine“) ansehen, die derzeit im Kino läuft. *tws*



Zum Feind der Freunde

Als Kommunist im Gulag

Kommunisten hatten es schwer im 20. Jahrhundert, denn sie mussten sich ja nicht nur aller möglicher Feinde erwehren, sondern ebenso ihrer vermeintlichen Freunde. Diese Erfahrung machte auch der deutsche Architekt Rudolf Hamburger (1903–1980). Verheiratet mit der bekannten Agentin und Obristin des sowjetischen Nachrichtendienstes GRU, Ursula Kuczynski alias Ruth Werner, ging er 1930 nach China und diente sich dann von dort aus seinerseits dem GRU als Spion an. Die heute noch existierende „Hauptverwaltung für Aufklärung“ schickte ihren hoffnungsvollen Nachwuchskader daraufhin umgehend nach Polen und in die Schweiz, bevor sie schließlich 1939 die Rückkehr nach China verfügte. Dort flog Hamburger dann allerdings auf und verbrachte ein Jahr in nationalchinesischer Haft, bis eine diplomatische Intervention Moskaus für seine Freilassung sorgte. Danach sollte es wiederum in GRU-Diensten ins Agentenparadies Türkei gehen, doch strandete der Architekt wegen seiner mangelhaften Papiere bereits im angloamerikanisch besetzten Teil des Iran. Dem folgte eine hastige Flucht zurück in die Sowjethauptstadt, wo Hamburger unversehens in die Mühlen der Stalinschen Strafjustiz geriet und 1943 wegen angeblicher Spionage für die USA zehn Jahre Lagerhaft aufgebrummt bekam.

Seine Erlebnisse in den Straflagern Saratow und Kuibyschew an der Wolga, Karaganda in Kasachstan sowie Solikamsk und Usollag im Ural verarbeitete er in dem 200 Seiten langen Gedächtnisprotokoll, das in den 1970er Jahren in der DDR entstand und jetzt auf Betreiben seines Sohnes Maik veröffentlicht wurde und mitleidsvolle Reaktionen auslöste. So zeigte sich die Feuilletonredakteurin der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ „tief berührt“ über Hamburgers Schicksal.

Doch ist es wirklich angebracht, Bedauern über die Odyssee des deutschen „Antifaschisten“ zu empfinden, der sich weit außerhalb von Hitlers Machtbereich dem Geheimdienst einer fremden Macht verschrieben hatte und von dieser am Ende mehr als schäbig behandelt wurde? Wohl kaum, zumal das Buch immer noch einen naiven Glauben an die Richtigkeit der Idee des Kommunismus atmet, den Hamburger nie ablegen konnte. Immerhin ließ er sich nach den zehn Jahren Haft plus zwei weiteren Jahren Verbannung in Millerowo am Don in der DDR nieder, wo er flugs „aus Überzeugung“ der SED beitrat. Dazu kam ab 1958 eine Tätigkeit als Inoffizieller Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit – offenbar lebte Hamburger nach dem Prinzip „Einmal Geheimdienstler, immer Geheimdienstler“.

Stets Spion fremder Mächte

Andererseits ist es aber dennoch lohnend, den Bericht zu lesen. Immerhin wird darin ein recht authentisches Bild vom Homo sovieticus gezeichnet, wie ihn das kommunistische Regime in der UdSSR hervorbrachte. Mehr menschliche Niedertracht und stupide Duldsamkeit als unter den Insassen und Wärtern der Lager in Stalins Reich kann man sich kaum vorstellen, auch wenn es im Erlebnisbereich des Verfassers zu keinen spektakulären, Gulag-typischen Grausamkeiten kam. Es genügt völlig, die endlosen Beschreibungen der stumpfsinnigen Alltagsaktivitäten und -dialoge der Häftlinge zu lesen, um eine Abscheu vor dem System zu empfinden, das Menschen derart verformt und auf ihre niedersten Instinkte reduziert. Wobei diese Abscheu aber so gar nichts mit dem unreflektierten gutmenschlichen Mitleid der „FAZ“ zu tun hat.

Wolfgang Kaufmann

***Rudolf Hamburger: „Zehn Jahre Lager. Als deutscher Kommunist im sowjetischen Gulag. Ein Bericht“**, Siedler Verlag, München 2013, geb., 240 Seiten, 19,99 Euro*



Umverteilung bis zum Ruin

Journalist kritisiert den auf Kredit basierenden Sozialstaat

„Armut ist Diebstahl. Warum die Armen uns ruinieren“ lautet der provozierende Titel des neuen Buches des renommierten Journalisten René Zeyer. Er ist überzeugt, dass der Sozialstaat in seiner jetzigen Form die Gesellschaft langfristig ruiniere, da er zum Teil über Kredite finanziert wird und vor allem zulasten der Mittelschicht organisiert sei. Er betont, dass die hinter den Armen stehende Hilfsindustrie gar kein Interesse daran habe, die Armut wirklich zu bekämpfen, da sie ansonsten ihr Geschäftsmodell verliere. Zudem hebt er hervor, dass ein Blick in die Geschichte, aber auch in andere Regionen der Welt wie Afrika zeige, dass mehr Geld für Bedürftige nicht die Lösung sei. Während Länder wie Somalia und Burundi seit Jahrzehnten zu 80 Prozent von Entwicklungshilfe leben, ohne dass es in den Ländern Fortschritte gegeben hätte, sei der Wohlstand in Ländern wie Indien und China massiv gestiegen, obwohl diese pro Kopf vergleichsweise wenig Unterstützung von außen erhielten.

Der Schweizer Autor, der seine Leser mit vielen Zahlen konfrontiert, findet es bedenklich, dass es ein absolutes Tabu sei, die Frage zu stellen, ob jeder Arme generell ein Recht auf Hilfe habe. Er zeigt auf, dass der deutsche Staat 25,1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für den Posten „Soziale Sicherung“ ausgebe, und weist darauf hin, dass 2010 von den für den Bereich Hartz IV vorgesehenen 49 Milliarden Euro nur die Hälfte davon wirklich für die Empfänger war, der Rest floss in die Verwaltung und Träger, die die Armen betreuen.

Zeyer kritisiert auch die Ermittlung des Anteils der Armen in der Gesellschaft. Besonders den Begriff „relative Armut“, der in Bezug zum Durchschnittsgehalt der Bevölkerung eines Landes gesetzt wird, hält er für Unsinn. So nennt er eine Statistik, laut der die Armutsgefährdung in der Schweiz gleich hinter Ländern wie Rumänien, Polen und Tschechien auf Platz 7 rangiert. Zugleich amüsiert es ihn, dass angeblich jeder zweite Mexikaner in „relativer Armut“ leben soll, gleichzeitig aber 70 Prozent übergewichtig seien.

Wieso hat jeder Arme generell ein Recht auf Hilfe?

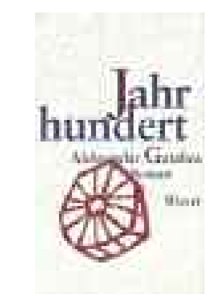
Der Autor erklärt, warum das jetzige Umverteilungssystem ungerecht ist und betont, dass es auch vor allem die wirklich unverschuldet Armen irgendwann am schwersten treffen werde, nämlich dann, wenn das überwiegend auf Schulden basierende Konstrukt zusammenbricht.

„Seit Mitte der 60er Jahre stieg die Staatsquote weiter an und pendelt seither zwischen 40 und 50 Prozent des BIP. Man könnte also zugespitzt formulieren, dass wir seit mehr als 50 Jahren in den wichtigsten Industrieländern einen halben Sozialismus haben“, klagt Zeyer. Auch nervt es ihn, wenn Gutmenschen betonen, der sogenannte Kuchen sei in den westlichen Gesellschaften groß genug, so dass jeder davon etwas abhaben könne. Hierzu merkt Zeyer an, dass das grundlegende ökonomische Gesetz vorgibt, dass vor der Verteilung eines Kuchens stets dessen Herstellung stehe, was besonders die Befürworter eines bedingungslosen Grundeinkommens gern vergessen würden.

Zeyer, dessen Einschätzungen manchmal unter seiner Neigung zur Pauschalisierung leiden, regt zum Nachdenken an. Vor allem seine Anmerkung, dass das jetzige System der Umverteilung zulasten der Mittelschicht überhaupt nicht infrage gestellt werde, lässt aufhorchen. Eine Politik, die als „alternativlos“ dargestellt würde, gefährde die Demokratie, so der Publizist, zudem führten Unmut in der Bevölkerung und fehlende Mitbestimmungsmöglichkeiten irgendwann zum Ruf nach einer starken Hand.

Rebecca Bellano

***René Zeyer: „Armut ist Diebstahl. Warum die Armen uns ruinieren“**, campus, Frankfurt am Main 2013, broschiert, 211 Seiten, 17,99 Euro*



Mit Phantasie gewürzt

Autor arrangiert historische Personen und Kulissen neu

Wie präsentiert man so ein Multitalent? Aleksandar Gatalica, geboren 1964 in Belgrad, ist Literaturwissenschaftler und Altphilologe, dazu ein Autor, der sein textliches Panoptikum in der Stilsicherheit eines fesselnden Erzählers vor dem Hintergrundwissen eines Universalgelehrten „baut“. Dabei wechseln sich zwei „Macharten“ ab: Historische Personen geraten in surreale Situationen oder umgekehrt, fiktive Figuren bevölkern historische Kulissen.

Haben sich Intellektuelle unter Stalin so übertrieben denunziert, dass sich ihre Denunziationen aufhoben? Erwachte der mumifizierte Lenin 1974 im Beisein von Ceausescu, Honecker und anderen „Bossen“ zu neuem Leben? Gatalica weiß immer, wovon er redet – der Leser weiß nie, wohin er ihn führt, nachdem der Autor mit Geschichtsfakten begonnen hat. Diese sind aufschlussreich, oder kennt jeder noch den „roten Baron“ von Richthofen, Lenins „Neue ökonomische Politik“, die US-Fragebögen zur „Entnazifizierung“ von 1946, den serbischen Pavillon der Weltausstellung 1900, deutsche Chansondichter aus den 1920er Jahren? Gatalica kennt das alles und gelegentliche „Schnitzer“ machen nichts aus. Ein Geschichtsrepetitor ist er nicht, ein historischer Pfadfinder allemal.

Das gilt noch mehr für den Titel „Belgrad für Ausländer“ über die Stadt, die vom 9. bis 16. Jahrhundert deutsch als „Griechisch Weißenburg“ firmierte. Gatalica bringt sie dem Leser nahe, mit zahllosen topografischen und historischen Details, die fiktive Personen illustrieren. Jahrhundertelang lag die serbisch-österreichische Grenze am Belgrader Vorort Zemun, was eifrige Spionage auf beiden Seiten begünstigte. Soweit verständlich, aber nur Gatalica kann den „Belgrader Taucher“ erdenken, der so erfolgreich und lange unter Wasser agiert, dass er eines Tages gleich unten bleibt. Gatalica spinnt um den Mord an König Obrenovic und Königin Draga 1903 eine fantastische Story mittels Prophezeiungen aus altgriechischen Texten, er führt kommunistische Literaturfunktionäre (und ihre Förderer von der „Heinrich Böll Stiftung“) in gespenstischer Boshaftigkeit vor, lässt die Leser in Gemeinschaft mit Belgrader Lumpenproletariern durch die Stadt ziehen, was sich alles mit Vergnügen und Spannung liest.

Wolf Oschlies

***Aleksandar Gatalica: „Jahrhundert. Erzählt in hundert und einer Geschichte“**, Wieser, Klagenfurt 2013, geb., 450 Seiten, 21 Euro und **„Belgrad für Ausländer“**, Wieser, Klagenfurt 2013, geb., 120 Seiten, 14,95 Euro*

Fern der Heimat

Ostpreuße wagte im heutigen Namibia sein Glück

Vergleicht man das Leben auf einem traditionellen ostpreußischen Rittergut Mitte der 20er Jahre des letzten Jahrhunderts mit dem auf einer Farm in Namibia, so drängen sich einem hier schon ein paar gravierende Unterschiede auf. Und eigentlich wollte der im Jahr 1888 auf dem Comturhof im ostpreußischen Oberland geborene Fritz Liedtke auch wie schon Generationen seiner Vorväter eines Tages einen Hof in seiner Heimat Ostpreußen pachten und bewirtschaften. Der Erste Weltkrieg, Kriegsgefangenschaft und eine erbärmliche Wirtschaftslage machten ihm hier jedoch einen Strich durch die Rechnung. Nach unüberbrückbaren Differenzen mit dem Erben von August von Dönhoff kehrte er 1927 seiner Heimat Ostpreußen den Rücken. Er besann sich auf die Geschichten, die ihm deutsche Schutztruppenoffiziere in Kriegsgefangenschaft erzählt hatten, Geschichten über das Leben in der ehemaligen Kolonie Süd-West auf dem Gebiet des heutigen Staates Namibia, und wagte das Abenteuer. Er kaufte dort die Farm Okondura, die heute in der dritten Generation von den Liedtkes bewirtschaftet wird.

Helga Tödt präsentiert dem Leser in „Okondura. Von Ostpreußen nach Südwestafrika. Eine Auswanderergeschichte“ das Leben von Carl Fritz Liedtke in einem ansprechenden geschichtlichen Rahmen. Immer wieder geht sie während der Erzählung auch auf die äußeren politischen Umstände und die allgemeinen Lebensbedingungen ein.

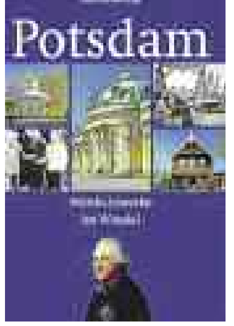
Streit mit Dönhoff-Erben

Die Autorin, die früher als Leiterin der Gesundheitsbehörde im Landkreis Hameln-Pyrmont tätig war und sich seit ihrer Pensionierung mit der Erforschung von Lebensläufen widmet, hat auch bereits ein Buch über die Industriefamilie Krupp geschrieben. In Namibia lernte sie 2011 ihren Verwandten Achim Liedtke, einen der Söhne von Fritz Liedtke, kennen und schrieb nach langen Gesprächen und der Auswertung von Fotoalben dieses Buch. Der extreme Gegensatz eines Lebens im damaligen Ostpreußen im Vergleich zu einem Leben auf einer Farm in Namibia scheint sie hier besonders gereizt zu haben.

Tödt beschreibt auch ihre eigenen Erlebnisse auf ihrer für die Recherche notwendigen Ostpreußenreise und vergleicht das Gesehene mit den Erzählungen von Achim Liedtke. Zunächst scheint das Buch etwas trocken, ähnlich einer Nacherzählung: viele Fakten, wenig Emotionen. Doch je weiter die Geschichte voranschreitet, desto mehr springt der Funke der Begeisterung von der Autorin auch auf den Leser über. Insgesamt ist „Okundura“ eine eindrucksvolle Lebensgeschichte, wenn man den kulturellen und politischen Wandel bedenkt, den Fritz Liedtke und seine Frau erlebten.

Vanessa Ney

***Helga Tödt: „Okondura. Von Ostpreußen nach Südwestafrika. Eine Auswanderergeschichte“**, Pro Business, Berlin 2013, broschiert, 140 Seiten, 13 Euro*



Die wahre Hauptstadt

Potsdams Schönheiten und preußische Historie

Brandenburgs Landeshauptstadt Potsdam zieht Zinsen aus ihrem historischen Erbe, und der Tourismus legt weiter zu. Seit der Wende wird im Zentrum und an den Rändern wieder viel gebaut. Anlass genug für die Kulturjournalisten Michael Bienert, Elke Linda Buchholz und Alexander Rost, die Schönheiten Potsdams in einem reich bebilderten Band mit dem Titel „Potsdam. Weltkulturerbe im Wandel“ Revue passieren zu lassen. Mehrere doppelseitige, informativ kommentierte Farbfotos erhöhen die Attraktivität des Buches. Mit herkömmlichen Stadtführern hat es aber wenig gemeinsam, schon deshalb nicht, weil nur die schönen Orte präsentiert werden, von denen es überraschend viele gibt. Potsdams Bedeutung als Wissenschaftsstandort wird insofern wenig Beachtung geschenkt. Weiterhin fehlen die üblichen Tipps zu Restaurants und zum Zeitvertreib jenseits der kulturellen Erkundungen. Was man aber tatsächlich vermisst, sind Karten.

Vom Wasser aus haben die preußischen Herrscher einst die Havellandschaft südwestlich von Berlin als Lustrevier entdeckt und dieses Fleckchen Erde durch Alleen, Spazierwege, Blumenrabatten, Wasserspiele, Schlösser, Tempelchen und Aussichtstürme in ihr Arkadien verwandelt, so wird uns eingangs erklärt. Auch heute bietet die Anreise auf der Havel Gelegenheit, sich erst einmal in der waldreichen Gegend umzuschauen, bevor die Stadt Potsdam in den Blick kommt: „Am Gestade der Berliner Vorstadt stehen schöne alte Villen und ankern Freizeitboote. Ruderer sind unterwegs, Angler sitzen am Ufer.“

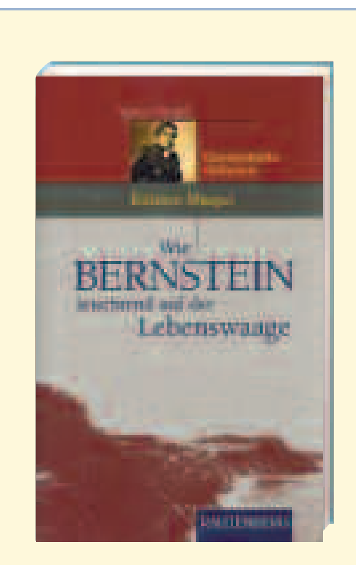
Hochglanz und Anekdoten

Unterdessen erhält der Leser eine Einführung in die Geschichte Potsdams, unterlegt mit Zitaten berühmter Schriftsteller. Nicht einmal Berlin ist so eng wie Potsdam mit der Tradition von Preußens Gloria verbunden. Im Kapitel „Der Geist von Potsdam“ heißt es, dass nicht Berlin und auch nicht Königsberg, wo am 18. Januar 1701 Kurfürst Fried-rich III. von Brandenburg sich als Friedrich I. eigenhändig zum König in Preußen krönte, sondern Potsdam Preußens wahre Hauptstadt gewesen sei. Weiter geht es im Stil einer Reisereportage für ein Hochglanzmagazin. Die Autoren nehmen den Leser mit zu einer Besichtigung der Schlösser und Gärten, wobei es außer Schloss Sanssouci und dem Neuen Palais viele andere Sehenswürdigkeiten in herrlicher Lage zu entdecken gibt.

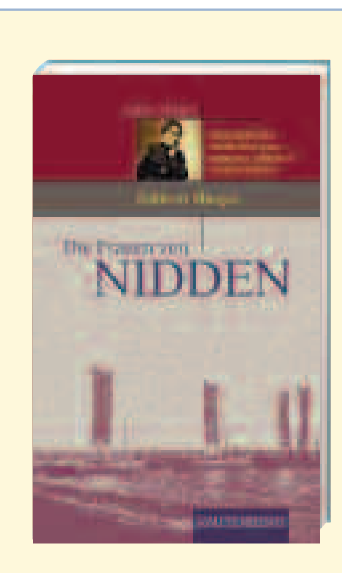
Im eleganten Plauderton erzählen sie Anekdoten und erklären die Vorlieben und den Kunstgeschmack der Herrscher Preußens. Bei einem anschließenden Stadtrundgang verweilt man zunächst im berühmten Holländischen Viertel, bevor bedeutende historische, aber auch moderne Gebäude im Zentrum angesteuert werden.

Dagmar Jestrzemski

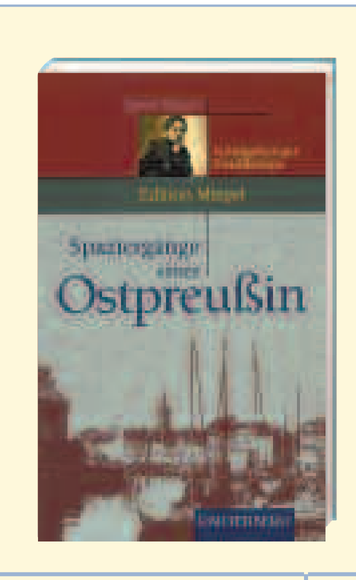
***Michael Bienert, Elke Linda Buchholz, Alexander Rost: „Potsdam. Weltkulturerbe im Wandel“**, Ellert & Richter, Hamburg 2013, broschiert, 224 Seiten, 14,95 Euro*



Agnes Miegel
Wie Bernstein leuchtend auf der Lebenswaage
Gesammelte Balladen
Die Erneuerung der Ballade war das Werk einer Zwanzigjährigen. Mit Ihren Imaginationen und Geschichten, ihren Balladen und Liedern wurde Agnes Miegel die Dichterin der Bernsteinküste und eine der angesehensten Dichterinnen Königsbergs und Ostpreußens. 264 Seiten/ Gebunden
Nr. P 1798 12,95 €



Agnes Miegel
Die Frauen von Nidden
Gesammelte Gedichte unserer Mutter Ostpreußens
In „Die Frauen von Nidden" ist das lyrische Spätwerk der Dichterin versammelt, das autobiographisch mancherlei Aufschlüsse und Erkenntnisse gibt. In den nachgelassenen Gedichten spürt man schmerzvolles Erinnern an die alte Heimat. 264 Seiten/Geb.
Nr. P 1849 12,95 €



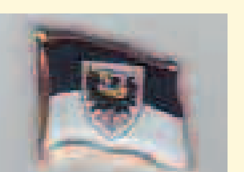
Agnes Miegel
Spaziergänge einer Ostpreußin
Gesammelte Gedichte unserer Mutter Ostpreußens
Von 1923 bis 1926 schrieb Agnes Miegel für die „Ostpreußische Zeitung" die Serie „Spaziergänge einer Ostpreußin". Insgesamt sind 44 Texte erschienen, von denen hier die schönsten und aufschlussreichsten versammelt sind. Sie lassen die untergegangene ostpreußische Welt wieder aufleben. 144 Seiten/Geb.
Nr. P 533128 12,95 €



Schlüsselanhänger Elchschaufel
45 mm in der Diagonale
Nr. P A0257 (1 Expl.) 4,95 €
Nr. P A0258 (3 Expl.) 13,95 €



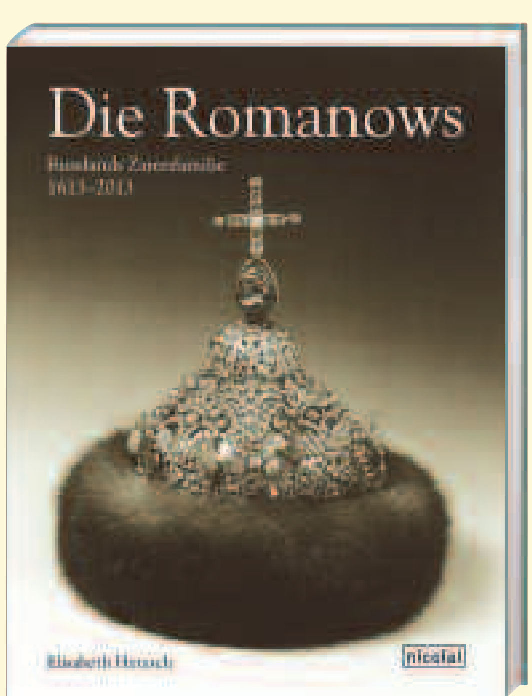
Flaggenpin mit Elchschaufel (ca. 20 mm)
Nr. P 9950 2,50 €



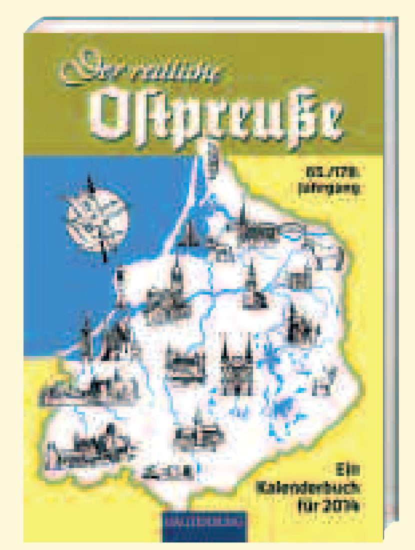
Flaggenpin mit Wappen von Ostpreußen (ca. 20 mm)
Nr. P 9951 2,50 €



Kalender
Ostpreußen und seine Maler 2014
Ostpreußen hatte bis 1945 eine bedeutende Künstlerschaft und Kunstzentren mit der Königsberger Kunstakademie und der Künstlerkolonie Nidden. Die hier gezeigten Bilder ostpreußischer Maler beschäftigen sich mit dem Thema „Ostpreußen aus der Erinnerung".
Format 50 x 35 cm
Nr. P A0641 22,60 €



Die Romanows
Russlands Zarenfamilie 1613 – 2013
Die Romanows: Ein Name voller Glanz und Macht, eine Dynastie mit 400 Jahren bewegter Geschichte, die zahlreiche russische Herrscher hervorbrachte. Unter Peter dem Großen wurde das Zarenreich zum Russischen Kaiserreich und zu einem der prächtigsten Höfe Europas. Ihm folgten nicht weniger mächtige Herrscher wie Katharina die Große, Zar Alexander I. bis III. und schließlich Nikolaus II. »Die Romanows« erzählt eine Familiengeschichte voller Dramatik und Tragik, die nicht nur Russland-Kenner begeistert – mitreißend geschrieben und prachtvoll bebildert mit zahlreichen historischen Abbildungen der Zaren und aktuellen Fotografien der prunkvollen Romanow-Schlösser.
Bild- und Textband im Großformat. 208 Seiten
Nr. P A0664 Gebunden 39,95 €



Der redliche Ostpreuße 2014
Der zuverlässige Begleiter für jeden Ostpreußen durch das Jahr 2014, jetzt mit 16 Seiten mehr Inhalt. Mit ausführlichem Kalendarium, Gedenktagen und Jubiläen großer ostpreußischer Künstler, Dichter, Komponisten und Architekten wie Agnes Harder, Karl Storch, Rolf Burchard, Friedrich Lahrs, Martin Stallmann, Johann Friedrich Reichardt, Andreas Schlüter, Toni Schawaller, Annelore Peters und Agnes Miegel sowie Erzählungen und Gedichten von: Eva Schwimmer, Hedy Groß, Charlotte Keyser, Agnes Harder, Charlotte Wüstendörfer, Hans Graf von Lehndorff, Hermann Sudermann, Hannelore Patzelt-Hennig, Walter von Sanden-Guja, Bogumil Goltz, Walter Scheffler, Renate Dopatka, Agnes Miegel, Erminia von Olfers-Batocki, Eva Maria Sirowatka, Wilhelm Matull, Hildegard Rauschenbach, Ernst Wichert, Grete Fischer, Frieda Magnus-Unzer, Martin Borrmann u.v.m.
Format 17 cm x 24 cm. 144 Seiten
Nr. P 533167 Gebunden 9,95 €

Landkarte
Die Ostgebiete des Deutschen Reiches in den Grenzen vom 31.12.1937
Diese farbige Landkarte zeigt die Ostgebiete des Deutschen Reiches in den Grenzen vom 31.12.1937. Von der Küste der Ostsee bis zum Riesengebirge im Süden kann man sich auf Spurensuche begeben nach den Ortschaften der ehemaligen deutschen Provinzen Pommern, Ostpreußen, Schlesien und im Sudetenland.
Maßstab 1: 1.000.000
Nr. P 5408 9,95 €

Schlüsselanhänger mit Wappen Ostpreußen
45 mm in der Diagonale
Nr. P 9968 (1 Expl.) 4,95 €
Nr. P 9982 (3 Expl.) 13,95 €



Michael Gorbatschow
Alles zu seiner Zeit
Die beeindruckende Autobiographie eines großen Staatsmanns und eine berührende Liebesgeschichte. Der Friedensnobelpreisträger, der das Ende des Kalten Krieges einleitete, lässt sein Leben Revue passieren: Er erzählt von den wichtigsten Stationen seines politischen Werdegangs und den für ihn prägendsten persönlichen Erfahrungen - das beeindruckende Zeugnis eines der mächtigsten Männer des 20. Jahrhunderts. Fast fünfzig Jahre lang lebte Michail Gorbatschow an der Seite seiner Frau Raissa, die er während des Studiums in Moskau kennenlernte. Beide verband eine innige Liebe und ein intensiver geistiger Austausch. Der Krebstod seiner Frau 1999 in Deutschland traf den einst mächtigsten Mann der Sowjetunion tief. Flankiert werden seine Erinnerungen von Tagebuchaufzeichnungen, die kurz nach dem Tod seiner Frau entstanden. 546 Seiten
Nr. P A0627 Gebunden 24,99 €



Landsmannschaftsfahne Ostpreußen mit Elchschaufel-Wappen
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P 9905 Fahne 12,50 €



Kartenmäppchen Ostpreußen
Mit 10 wunderschönen Postkartenmotiven von Künstlern, die in Ostpreußen gewirkt haben.
Nr. P A0529 6,95 €

Kartenmäppchen Königsberg u. ostpr. Städte
Mit 10 wunderschönen Postkartenmotiven von Königsberg und Städten in Ostpreußen.
Nr. P A0530 6,95 €



Königsberger Marzipan Teekonfekt
225 Gramm vakuumverpackt im Geschenkkarton
Nr. P 5664 Marzipan 11,00 €



Königsberger Marzipan „Königsberger Schloß"
225 Gramm vakuumverpackt im Geschenkkarton
Nr. P 5666 Marzipan 11,00 €



Naturbernstein Schlangenkette
Bernsteinrhomben in verschiedenfarbigen Farbschattierungen.
46 cm Kettenlänge
Nr. P A0535 Schlangenkette 45,00 €

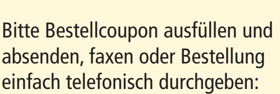
Joachim Scholz
Von Danzig nach Danzig ... ein weiter Weg 1933-1945
Schicksal einer Generation
War es wirklich so? Wie konnte es so weit kommen? Diese Fragen wurden Joachim Scholz nach entsprechenden Fernseh-, Radio- oder Zeitungsberichten von seinen Kindern immer wieder gestellt. Sein Bericht beginnt am 1. September 1939 in Danzig, als er vom Kanonendonner der Schiffsartillerie geweckt wird und endet am 9. Mai 1945, als er nach den schweren Abwehrkämpfen in Ostpreußen, die er als junger Leutnant erlebt, bei der Kapitulation in Sichtweite seiner Heimatstadt Danzig in russische Kriegsgefangenschaft gerät. Seine Erinnerungen führen aber auch zurück in die schicksalhaften Jahre 1933-1939, die er als Schüler und Angehöriger der Hitlerjugend erlebte und die das Lebensgefühl in dieser Zeit widerspiegeln. Es liegt ihm am Herzen, nachzuzeichnen, wie leicht Idealismus, gerade bei jungen Menschen, fehlgeleitet und von Meistern der Demagogie verwandt werden kann. 30 farbige Abbildungen. 256 Seiten
Nr. P 533142 Gebunden 14,95 €



Joachim Scholz
Als nur die Hoffnung blieb
In russischer Kriegsgefangenschaft
Joachim Scholz, 1924 in Danzig geboren, hat in seinem Buch „Von Danzig nach Danzig ... ein weiter Weg" die Jahre von 1933 bis 1945 geschildert, die Zeit einer sorglosen Jugend im Freistaat Danzig bis zum 8. Mai 1945, dem Tag der Kapitulation. Mit dem Morgen des 9. Mai 1945 beginnt nun dieses Buch und führt damit nahtlos weiter in die vier langen Jahre russischer Kriegsgefangenschaft. Dem Autor gelingt es auch hier, mit bewegenden Worten die Stimmung dieser Jahre einzufangen, die Ängste und Hoffnungen in dem immer aussichtsloser werdenden Kampf um das Überleben, bis schließlich der so lang ersehnte Schritt in die Freiheit erreicht wird. Aber Scholz will mehr als diese heute fast unvorstellbaren Erlebnisse festhalten: Er will zeigen, dass es sich immer lohnt, in schweren Zeiten durchzuhalten. So wird dieser fesselnde Zeitzeugenbericht ein Buch, das Mut macht. 66 Abbildungen. 256 Seiten
Nr. P 533151 Gebunden 14,95 €



Gisela Graichen/Alexander Hesse
Die Bernsteinstraße
Verborgene Handelswege zwischen Ostsee und Nil
Bernstein ist ein von Sagen und Mythen umwobener magischer Stein – begehrt und verklärt bis heute. Als „Tränen der Götter" wird das fossile Harz gern bezeichnet. Dass Bernstein aber einst ein äußerst wichtiges Handelsgut war, zeitweilig wertvoller als Gold, und dass es schon vor Tausenden von Jahren auf Handelswegen quer durch Europa transportiert wurde, zeigen neueste archäologische Funde und Untersuchungsmethoden. Denn im nördlichen Afrika und in Südeuropa wurde Bernstein gefunden, der von der Ostseeküste stammt. Es muss also uralte Handelswege zwischen Ostsee und Nil gegeben haben. Welche Rolle Bernstein damals spielte im Austausch von Waren und Wissen, Rohstoffen und Ideen, wie Europas Eliten zu Macht und Reichtum kamen, das beschreibt anschaulich und mit vielen Abbildungen dieses Buch. 368 Seiten
Nr. P A0673 Taschenbuch 9,99 €





Schwermer Trüffelsterne ohne Alkohol
108 Gramm vakuumverpackt
Nr. P A0647 2,45 €

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Die Saar wird halb französisch

Saarbrücken – Das Saarland soll nach dem Willen der Saarbrücker CDU-SPD-Koalition bis 2043 vollständig zweisprachig werden mit Französisch und Deutsch als gleichwertigen Amtssprachen. Staatsdiener sollen Französisch sprechen können, auch ist daran gedacht, Bürger des Nachbarlandes gezielt in den öffentlichen Dienst des Bundeslandes zu holen. Die frühkindliche Erziehung soll ebenfalls vollständig zweisprachig erfolgen. *H.H.*

Ukip führt bei Beliebtheit

London – Die EU-kritische britische Partei Ukip ist derzeit die beliebteste des Inselreiches, wie der „Independent on Sunday“ meldet: 27 Prozent schenken ihr laut Umfrage ihre Sympathie, vor den Konservativen (26) und den Sozialdemokraten (25 Prozent). Wären jetzt Wahlen, wollen jedoch „nur“ 19 Prozent Ukip wählen, (Sozialdemokraten: 35, Konservative: 30). Die mit den Konservativen regierenden Liberaldemokraten fielen auf neun Prozent. *H.H.*

ZUR PERSON

Euro-Kritiker verstummt

Er gilt als Euro-Kritiker der allerersten Stunde. Zusammen mit drei Kollegen reichte der Wirtschaftsprofessor **Wilhelm Hankel** 1997 beim Bundesverfassungsgericht Klage gegen die Einführung des Euro ein. Die Klage wurde seinerzeit in Karlsruhe zwar abgewiesen, aber trotzdem kämpfte Hankel weiterhin unermüdlich gegen die europäische Einheitswährung.

„Die Euro-Lüge“, „Gebt uns unsere D-Mark wieder“ oder „Die Euro-Bombe wird entschärft“ lauteten einige seiner provokanten Buchtitel. Zu provokativ für viele große Medien, die ihn nur ungern zu Wort kommen ließen. „Ich hatte zehn Jahre lang praktisch Schreibverbot“, beklagte sich Hankel.

In der *PAZ* hatte er sich erst im Juli letzten Jahres in einem großen Interview für die Rückkehr nationaler Währungen und die Beibehaltung des Euro als Parallelwährung ausgesprochen. „Mit einem Wettbewerb zwischen Euro und nationalen Währungen würden beide stärker und gehärtet werden“, begründete Hankel sein Anliegen.



Als Ministerialdirektor unter Wirtschaftsminister Karl Schiller verstand der in Langfuhr bei Danzig geborene Westpreuße etwas von Volkswirtschaft. 1969 erfand er die populären Bundesschatzbriefe, die erst 2012 aus Kostengründen eingestellt wurden.

Sein Wechsel 1972 an die Spitze der Hessischen Landesbank (Helaba) endete hingegen unrühmlich. Wegen Verlusten in Millionenhöhe, die die Helaba fast in den Ruin trieben, trat er im folgenden Jahr gleich wieder zurück. Danach kämpfte er von der Universitäts-Kanzel aus als Professor „wie einst Don Quijote gegen die Windmühlen-Politiker unserer Zeit“, schrieb er auf seiner Internetseite. Dort rief das frühere SPD-Mitglied zuletzt auch dazu auf, die AfD zu unterstützen. Nun ist der „Euro-Rebell“ für immer verstummt. Am 15. Januar starb Hankel 85-jährig in Köln. *H. Tews*



Puppenkiste

Wie 100 Milliarden zum Schnäppchen schrumpfen, wie CDU und FDP ihre Reihen säubern, und wie Uran »humanitär« wird / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

So war das also: Nicht nur die Griechen haben sich in den Euro hineingemogelt, sondern eigentlich fast alle, auch die Deutschen. Das enthüllt Nicos Christodoulakis, der von 2001 bis 2004 als hellenischer Finanzminister fungierte und schon vorher an führender Stelle befasst war mit Athens Euro-Ambition.

Schämt sich der Mann für die damalige Flunkerei? Aber nicht doch. „Ich bin sehr stolz“, triumphiert er noch heute im „Handelsblatt“ und verkündet: „Ich würde es ohne Zögern wieder tun.“ Genüsslich zählt Herr Christodoulakis dann die Tricks auf, die er zur Schönung der griechischen Bilanz ausbaldowert hatte. Bei diesen Leuten weiß man wirklich, was man hat.

Und was man verliert: Sein Land benötige jetzt erst einmal wieder Geld, und zwar pronto. 100 Milliarden Euro will der Grieche von der EU für ein Investitionsprogramm, wovon allein satte 17 Milliarden an seine Heimat fließen sollen.

Er ist sehr zuversichtlich, dass Kanzlerin Merkel das Geld rausrücken werde, denn: „Sie möchte doch nicht in ganz Europa als Bestraferin in die Geschichte eingehen, sondern als Retterin Europas. Der Preis dafür wären 100 Milliarden Euro für europäische Investitionsprojekte, wovon ein Teil nach Griechenland ginge. Das ist ein historisches Schnäppchen.“

Nur mal so zum Zahlenvergleich: Vor gut einem Jahr hat sich der Haushaltsausschuss des Bundestages mit Hängen und Würgen 750 Millionen zusätzlich für das Infrastruktur-Programm des damaligen Bundesverkehrsministers Peter Ramsauer abgerungen. Doch für den Griechen sind 100 Milliarden (nicht Millionen) ein Schnäppchen, von dem die Deutschen den Löwenanteil stemmen müssten, während für unsere bröckelnden Brücken ja leider kein Geld da ist wegen der „knappen Kassen“.

Besonders beindruckend erscheint, mit welcher Leichtigkeit sich der Ex-Minister von den Höhen des Pathos („Retterin Europas“) in die Niederungen des schnöden Geldes schwingt. Es geht zu wie an der Käsetheke: „Was hätten Sie gern? Was von dem Gouda? Oder doch lieber wieder den Schafkäse? Wir hätten heute die Rettung Europas im Angebot, ein echtes Schnäppchen, das Pfund zu, äh … also inklusive Mehrwertsteuer … haben Sie eine Kundenkarte?“

Wer sich bislang gefragt hat, was solche Figuren eigentlich in der Europäischen Union suchen, kann nun alle Zweifel beiseite wischen. Sie suchen unser Geld, sonst nichts.

Und sie sollen es auch finden, dafür sorgt die Bundesregierung. Allerdings ist es angebracht, dies den Deutschen nicht offen ins Gesicht zu sagen. Sie könnten sonst beim Schlagloch-Slalom über die verrotteten deutschen Straßen auf populistische Abwege geraten.

> Willsch will keine Marionette sein, und Funk pocht aufs Grundgesetz! Die mussten wirklich weg

Um die Geheimhaltung sicherzustellen, wurden die Verräter, welche dem Volk in der vergangenen Legislaturperiode ein ums andere Mal von dessen Ausplünderung erzählt hatten, kaltgestellt. Einer der Geächteten, der CDU-Bundestagsabgeordnete Klaus-Peter Willsch, hat nun ausführlich beschrieben, wie er vom Posten des Obmanns der CDU/CSU-Faktion im Haushaltsausschuss geschossen wurde. Niemand sprach mit ihm, nicht einmal einen persönlichen Brief gab es, nur eine Rundmail kurz vor Weihnachten, wo sein Name unter den künftigen Unionsmitgliedern im Ausschuss nicht mehr auftauchte. Willsch wollte den „im Mai 2010 vollzogenen Schwenk von Führung und Fraktionsmehrheit bei der ‚Euro-Rettungspolitik‘ aus tiefster innerer Überzeugung nicht mitmachen“, wie er in seinem „Hauptstadtbrief“ vor einer Woche schrieb. Dafür war er fällig.

Zur Erinnerung: Bis zu jenem Mai war es Beschlusslage der Unionsparteien, dass die deutschen Steuerzahler niemals für die Schulden anderer Euro-Länder geradestehen dürften. Jeder Unionspolitiker, dessen man habhaft wurde, bestätigte einem das „aus tiefster innerer Überzeugung“. Über Nacht redeten dann jedoch fast alle das Gegenteil. Da wollte Willsch nicht mitmachen. „Wir sind nicht bei der Augsburger Puppenkiste, wo Abgeordnete die Hand heben, wenn der Marionettenspieler dies möchte“, so der „Euro-Rebell“ in dem Brief.

Willschs Fraktionskollege Alexander Funk erging es genauso, auch er flog raus aus dem Ausschuss. Der 39-Jährige ist sauer und klagt, im Grundgesetz stehe doch, dass man als Abgeordneter nur seinem Gewissen verpflichtet sei.

Das Grundgesetz! Ach, ja. Sie erinnern sich, wie Merkels jüngst abgetretener Kanzleramtsminister Ronald Pofalla seinem Kollegen Wolfgang Bosbach angebellt hat, als der ihn 2011 mit dem Grundgesetz konfrontierte: „Lass mich mit so einer Scheiße in Ruhe!“ Und nun kommt dieser Funk schon wieder mit dem Müll. Solche Leute sind untragbar. Gut, dass Merkels Mannen diesen Nestbeschmutzer abserviert haben.

Es war höchste Zeit: Wenn Athen demnächst konkreter wird mit seinem „Schnäppchen“, soll bitte nicht zu viel davon zum Volk durchdringen. Wir nähern uns den Kampagnen zur EU-Wahl im Mai, und überall lauern Populisten.

Denen hat es sogar die sieche FDP ordentlich gezeigt. So flog der einzige Euro-Kritiker, der seit 2004 für die Liberalen im EU-Parlament saß, im hohen Bogen von der Liste zur Mai-Wahl. Ebenfalls ohne große Debatte, denn Debatten zu dem Thema möchten auch die Freidemokraten lieber vermeiden. Daher verlegt man sich beim Niedermachen einstiger Weggefährten, die heute Euro-kritisch sind, auf persönliche Rempeleien. Hans-Olaf Henkel ist so ein übler Fall. Der einstige Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) hatte die FDP immer unterstützt und anfangs auch den Euro. Dann aber bekam er wegen der „Rettungspolitik“ Bauchschmerzen und mutierte zum Euro-Kritiker.

Nun ist Henkel der AfD beigetreten, was FDP-Chef Christian Lindner beim Parteitag zu der Zote animierte: „Jede Tasse hat einen Henkel, auch eine trübe.“ Ist das nicht witzig? Oh, es geht noch besser. Michael Theurer, Platz zwei auf der FDP-Europa-Liste, kreierte gleich nach Lindner den Reim: „Herr Henkel, Sie gehen uns auf den Senkel.“ Puuhaha!

Nachdem die Partei-internen Quälgeister entsorgt sind und dieser Henkel unter der literarischen Last von Lindners und Theurers Kalauern zusammenbrechen wird, kann die FDP wieder uneingeschränkt für Euro-, Banken- und Pleitestaaten-Rettung kämpfen sowie für das Ziel eines „europäischen Bundesstaates“: Alle Macht den (Brüsseler) Räten!

Außerdem wollen die Liberalen die europäische Asylpolitik liberalisieren, weil so viele Menschen im Mittelmeer ertrinken. Das ist wirklich eine Tragödie. Wie man die aber beenden kann, indem man den Lockruf nach Europa durch ein liberalisiertes Asylrecht noch etwas lauter erschallen lässt, das bleibt das Geheimnis der FDP. Andererseits benötigen einige große Hotelketten (mit denen die FDP ja recht gut kann) dringend zusätzliche Drei-Euro-Fuffzig-Kräfte, und die müssen ja irgendwoher kommen.

Das Wichtigste aber bleibt, darin sind sich alle einig, dass wir „die Lebensverhältnisse der Menschen in ihrer afrikanischen Heimat verbessern“, damit die gar nicht mehr auswandern wollen.

Da wird Deutschland seinen Beitrag leisten wie jetzt in der Zentralafrikanischen Republik. In dem Land hat die Ex-Kolonialmacht Frankreich über die vergangenen Jahrzehnte dermaßen an den „Lebensverhältnissen“ herumgebastelt und einen fiesen Diktator nach dem anderen aufgebaut und gestürzt, dass dort nun gar nichts mehr zueinanderpasst. Also müssen Truppen hin, auch von der EU, um den Menschen zu helfen und eine humanitäre Katastrophe zu verhindern. Diese Katastrophe bestünde zum Beispiel darin, dass die reichen Gold- und Uran-Vorkommen des Landes in völlig falsche Hände geraten. Das dürfen wir nicht zulassen, rein humanitär betrachtet.

MEINUNGEN

*Die „Welt“ vom 13. Januar zitiert den Kölner **Komiker Marius Jung**, der sich über **Rassisten** lustig macht. Rassisten sind für ihn neben den „Neonazi-Würstchen“ auch Dauerbetroffene, die „uns nur als Opfer tolerieren“:*

„Wenn humorlose Sprachpolizisten fordern, Worte wie Neger ganz aus der Sprache zu tilgen und zu verbieten, ist das Fundamentalismus. Und alles, was wir tabuisieren, bearbeiten wir inhaltlich nicht.“

***Rainer Wehaus** kritisiert in den „Stuttgarter Nachrichten“ (15. Januar) die Wahl des Ausdrucks **„Sozialtourismus“** zum **„Unwort des Jahres“**, weil mit der Ächtung dieses Begriffs die freie Debatte unterdrückt werden solle:*

„Alle, die nach Deutschland kommen, sind neuerdings hochqualifizierte Zuwanderer. Wer das eine Lüge nennt und auf die Fakten verweist, gegen den wird die Nazi-Keule geschwungen. Schon die Beschreibung dessen, was ist, gilt in der Flüchtlingspolitik als rechtsradikal, zumindest als rechtspopulistisch ... Flüchtlingspolitik in Deutschland heißt, die Probleme totzuschweigen und Denkverbote aufzustellen. Und zu hoffen, dass einen die Wirklichkeit nicht einholt.“

*Im „Handelsblatt“ vom 16. Januar kritisiert **Hans C. Müller** den **Jubel der Politik** über die **Entwicklung der deutschen Wirtschaft**, die letztendlich 2013 um 0,4 Prozent wuchs:*

„Moderat nennt Wiesbaden diese Zahl. Doch gemessen am neuen deutschen Ego und gemessen am Auftreten der deutschen Politiker, die das Land überall ungefragt zur ökonomischen Blaupause hochstilisieren, müssen wird diesen Wert eigentlich anders nennen: peinlich! Seit der Wiedervereinigung gab es 17 Jahre, in denen das Wachstum höher war als im vergangenen. Zugegeben: Im Vergleich zu dem, was die Euro-Partner durchmachen, ist die Entwicklung in Ordnung. Tatsächlich schafft Deutschland zurzeit meist rund ein Prozentpunkt Wachstum mehr pro Jahr als der Währungsraum insgesamt. Der schrumpfte 2013 zum zweiten Mal in Folge.“

***Axel B. C. Krauss** erklärt im Magazin „Eigentümlich frei“ (online, 17. Januar), was er dagegen hat, dass Toleranz gegenüber **sexuellen Minderheiten Schulstoff** werden solle wie jetzt in Baden-Württemberg:*

„Ich habe nichts gegen Homo-, Trans-, Inter- und Sonstwiesexuelle. Ich habe nur etwas gegen durchgeknallte Sozialkybernetiker, -technokraten und Schrebergartendiktatoren, die den wichtigen und guten Begriff der Toleranz dazu missbrauchen, ihre totalitären Umerziehungsgelüste und ihre Vorliebe für Hirnwäscheexperimente am lebenden Menschen hemmungslos auszuleben und dann auch noch unverschämterweise erwarten, mir fiele das nicht auf.“

*Der katholische **Kardinal Reinhard Marx** betonte auf einer Gedenkveranstaltung des Walter-Eucken-Instituts, dass der **Staat zwar Chancen-, aber nicht Leistungsgerechtigkeit** schaffen solle:*

„Es ist ein Irrtum zu glauben, umso mehr umverteilt wird, umso besser.“